

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Die Neue Welt“): Emil Müller, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münst. 3, Fernsp. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münst. 3, Fernsp. für Redaktion 1794, für Druckerei 361.

Pränumeranda zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Der Fremdbestellpreis monatlich 1,70 Mk., 2 Fremdbest. 2,90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2,25 Mk. inkl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die 7gehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Seite 1 Mk., Zeitungspreisliste Seite 444.

Nr. 44.

Magdeburg, Donnerstag den 22. Februar 1912.

23. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

## Initiativanträge.

Am letzten Sonnabend war die 10tägige Frist abgelaufen, innerhalb welcher im Reichstag Anträge eingebracht werden müssen, wenn sie als gleichzeitig eingebracht gelten sollen. Es sind nicht weniger als 159 solcher Anträge gestellt worden. Für einen Mathematiker des Parlamentarismus wäre es eine sehr interessante Aufgabe, einmal zu berechnen, wie lange der Reichstag bei äußerster Selbstbeschränkung und Kürze dazu brauchen würde, diese 159 Anträge sachgemäß zur Erledigung zu bringen. Da wir einstweilen auf Schätzungen angewiesen sind, wollen wir zuerst vorsichtig sein, und annehmen, daß der ganze Stoff bei äußerstem Fleiß in etwa 10 bis 15 Jahren aufgearbeitet werden könnte, vorausgesetzt, daß der Reichstag diese ganze Zeit ununterbrochen tagte und sonst nichts anderes zu tun hätte. Nun weiß man aber, daß eine Legislaturperiode mitunter kürzer, aber nie länger als 5 Jahre dauert, wovon ungefähr die Hälfte Ferien sind, während die andere Hälfte zu neun Zehnteln mit der Beratung von Regierungsvorlagen ausgefüllt wird. Nimmt man die Interpellationen dazu, deren jede einen oder zwei Beratungstage erfordert, so bleibt im herkömmlichen Arbeitsplan des Reichstags für die 159 Anträge aus der Mitte des Hauses ungefähr der Platz einer Nadelspitze übrig.

Es ist schon heute klar, daß aus den Initiativanträgen überhaupt nichts wird, wenn sich der Reichstag nicht eine andere Arbeitsmethode angewöhnt. Mit den sogenannten Schwerinstagen allein, die in den letzten Legislaturperioden immer seltener geworden sind, aber in der neuen hoffentlich doch wieder aufleben werden, ist es noch nicht getan. An solchen Tagen lassen sich höchstens Anträge erledigen, die in Resolutionsform gefaßt sind, so daß die verbündeten Regierungen aufgefordert werden, einen Entwurf vorzulegen, der auf diesen oder jenen Grundsatzen aufgebaut ist. Solche Willensäußerungen des Reichstags können unter Umständen ganz nützlich sein, sie sind aber noch keine eigentlichen Akte der Gesetzgebung. Ob ihnen die verbündeten Regierungen Folge geben, steht aber noch dahin. Um sie es, wozu sie in vielen Fällen wohl erit durch eine weitaußergreifende öffentliche Agitation genötigt werden können, dann muß die Vorlage erst in den zuständigen Reichsämtern ausgearbeitet werden, dann ist sie vom Reichstag in drei Lesungen zu erledigen und kehrt dann, meist in veränderter Form in den Bundesrat zurück, der sich als zweiter Faktor der Gesetzgebung über die Gesetzgebung erst schlüssig zu machen hat. Die Annahme eines solchen Antrags, der Reichstag möge beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der usw., ist also nur die Einleitung eines umständlichen und weitläufigen Verfahrens, dessen Ende und Erfolg gar nicht abzusehen ist.

Etwas anders ist es, wenn der Reichstag über ausgearbeitete Gesetzentwürfe zu beraten hat, die aus seiner Mitte hervorgegangen sind. Dann hat er diese in drei Lesungen zu erledigen und liefert dem Bundesrat fertige Arbeit ab, die er annehmen oder verwerfen kann. Die Beratung solcher ausgearbeiteten Entwürfe nimmt aber naturgemäß wieder sehr viel mehr Zeit in Anspruch als der einfache Beschluß des Reichstags, an die Regierungen ein Ersuchen wegen Vorlegung eines bestimmten Entwurfs zu richten. Will der Reichstag aus eigener Kraft positive Arbeit verrichten, so wird er sich wohl eher über diesen umständlichen Verfahren entschließen müssen. Er muß aber dann, um nicht nutzlos Zeit zu verstreuen, sich auf die Beratung solcher Anträge beschränken, die wirklich wichtig sind, und für deren Annahme wenigstens im Hause selbst Aussichten bestehen, und er muß zweitens dafür sorgen, daß ihm die nötige Zeit gelassen wird, seine eigene Arbeit zu tun, statt bloß Kuliarbeit im Dienste der Regierung zu verrichten.

Bisher ist es üblich, daß der Reichstag sofort nach Hause geschickt wird, wenn er das von der Regierung ihm auferlegte Pensum erledigt hat. Dieses Pensum wird aber im deutschen Reichstag, zum Unterschied von den andern Parlamenten der Welt, einseitig von der Regierung bestimmt. In andern Ländern ist die Regierung der Arbeitsausschuß einer Parlamentsmehrheit, und die Entwürfe, die er einbringt, sind der Ausdruck des Willens dieser Mehrheit. Im Deutschen Reich steht die Regierung dem Parlament als ein Fremder, in gewissem Sinne sogar ihm entgegengesetzter Faktor gegenüber. Nicht der Wille der Mehrheit lenkt die Regierung, sondern umgekehrt, die Regierung lenkt den Willen der Mehrheit. Aus diesem unwürdigen Verhältnis der Abhängigkeit, kann sich der Reichs-

tag nur dann befreien, wenn er sich die nötige Zeit und die nötige Elbogenfreiheit für seine eigene Initiative schafft.

Besteht nun Aussicht, daß der Reichstag aus der Flut der eingebrachten Initiativanträge die wichtigsten und aussichtsreichsten auswählt, sie zu Gesetzentwürfen ausarbeitet und ordnungsgemäß erledigt, so daß bei Zustimmung des Bundesrats ihre Gesetzgebung noch in dieser Legislaturperiode erwartet werden kann? Man wird gut tun, über diese Frage nicht allzu optimistisch zu denken. Denn zur Erreichung dieses Zieles wäre es nötig, daß sich mehrere Parteien des Hauses zu einer selbstbewußten und eigenwilligen Aktionsgemeinschaft zusammenschließen, die den Verschleppungsversuchen der Minderheit erfolgreich begegnet, den Arbeitsplan des Reichstags autonom ordnet und stark genug ist, den Regierungen nötigenfalls ihren Willen aufzuzwingen.

Die Sozialdemokratie wäre unbeschadet ihrer selbstverständlichen, grundsätzlichen Gegnerschaft gegen alle bürgerlichen Parteien durchaus bereit, von Fall zu Fall mit einzelnen Gruppen eine solche Aktionsgemeinschaft einzugehen. Aber es fehlt an Partnern für das Spiel. Das Zentrum kommt bei seiner heutigen erreaktionären Weisheit dafür gar nicht in Betracht, die liberalen Parteien aber, bei denen sich gelegentlich leise Regungen zum Besseren bemerkbar machen, reichen nicht an Mandatszahl und noch weniger an Energie und aufrichtigem Willen für eine so schwierige Arbeit aus.

Zunächst wird man schon froh sein müssen, wenn es gelingt, die notwendige Aenderung der Geschäftsordnung durchzuführen, die in kürzester Frist erledigt sein kann, und zu der es einer Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht bedarf. Hierher steht es schon mit dem Reichskanzler-Verantwortlichkeitsgesetz, obwohl auch für dieses eine ausreichende Mehrheit vorhanden zu sein scheint, noch schwieriger mit der neuen Wahlkreiseinteilung, die zwar im Interesse der liberalen Parteien liegt, die aber auch auf den stärksten Widerstand der Schwarzen und der Regierungen zu rechnen hat. Ueber das Schicksal der übrigen Initiativanträge, von denen uns natürlich die sozialpolitischen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion besonders auf dem Herzen liegen, jetzt schon Prophezeiungen anzustellen, wäre müßig. Es geht aus dem schon Gesagten hervor, daß man wenig Anlaß hat, allzu hoffnungsfreudig in die Zukunft zu blicken.

Hundertzehn Abgeordnete sind bereit, positive Arbeit zu leisten. Sie würden aber leider nicht allzubiel ausrichten können, wenn zweihundertsiebenundachtzig andre ihre Hauptaufgabe darin erblicken sollten, sie an dieser Arbeit zu hindern.

## Sozialdemokratische Reichstagsarbeit.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am 14. Februar die erste Serie Initiativanträge eingebracht. Sie zerfallen zunächst in zwei Gruppen: Anträge staatsrechtlicher Natur, die auf eine Erweiterung der Rechte des Reichstags hinauslaufen, und sozialpolitische Anträge.

Nachstehend geben wir den Wortlaut der Anträge:

Der Artikel 8 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz:

In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Bestimmung des Staatshaushaltetat erforderlich.

In Artikel 11 Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reichs sind hinter den Worten (zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung) „des Bundesrats“ einzuschalten „und des Reichstags“ (erforderlich).

In Artikel 17 werden die Worte: (des Reichskanzlers), welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt gestrichen.

Hinter Artikel 17 sind folgende Bestimmungen einzufügen: Artikel 17a. Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstag verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erlircht sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kanzlers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

(In weiteren Artikeln 17b bis 17i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Anklage des Reichskanzlers, Verfahren gegen ihn, Schadenersatz usw. gegeben.)

In die Verfassung des Deutschen Reichs wird nach Artikel 23 nachfolgender Artikel eingefügt:

Artikel 23a. Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu

ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klärung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren. Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeiterfüllung und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgesetzt wird.

Dem Artikel 30 der Reichsverfassung werden folgende Sätze hinzugefügt:

Demgemäß sind die Mitglieder des Reichstags auch berechtigt, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern. Gegenstände, die ein Mitglied des Reichstags in dieser Eigenschaft erhalten hat und die sich in seinem Besitz oder seiner tatsächlichen Gewalt befinden, sind der Beschlagnahme entzogen. Dasselbe gilt von den Aufzeichnungen, die Mitglieder des Reichstags in dieser Eigenschaft gemacht haben.

Der Artikel 31 der Reichsverfassung erhält folgende Fassung: Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Auf Verlangen des Reichstags muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs-, Straf- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

§ 52 der Strafprozessordnung erhält folgende Fassung: Zu Absatz 1: Mitglieder des Reichstags, eines Landtags oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates und Mitglieder eines kommunalen Vertretungskörpers (können nicht zur Zeugenschaft gezwungen werden) in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Zudruck-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festlegung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens acht Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der in Theater-, Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singspiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen für das ganze Reich geregelt werden.

Die Untersuchungsbehörde soll bestehen: a) aus dem Bundesrat zu ernennenden Sachverständigen des Bergbaues, b) aus dem Reichstag zu wählenden Besitzern, c) aus von den Bergarbeitern zu wählenden Vertrauensleuten.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der in Theater-, Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singspiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen für das ganze Reich geregelt werden.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund von § 120f der Gewerbeordnung eine Verordnung zu erlassen, welche

1. für die in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter die Dauer der Arbeitszeit auf 8 Stunden des Tages beschränkt und in Glashütten die Nacharbeit an den Glashöfen behufs Verarbeitung der Glasmasse und an den Stredöfen das Strecken verbietet;

2. in Glashütten das Arbeiten an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der erforderlichen Unterhaltung des Feuers an den Öfen, allgemein verbietet und anordnet, daß an Wochentagen die Arbeit an Glas- und Stredöfen, bei denen Schichtwechsel eingeführt ist, die erste Schicht nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und die zweite nicht nach 10 Uhr abends enden darf.

Abänderung des Gesetzes betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohn vom 21. Juni 1869.

Im § 4 wird die Nummer 4 dahin geändert: 4. insoweit der Gesamtbetrag der Vergütung (§ 1, 3) die Summe von 2500 Mark (statt gegenwärtig 1500 Mark) übersteigt hat.

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die für gewerbliche oder andre Unternehmungen errichteten Pensionskassen unter Beobachtung folgender Grundsätze für das ganze Reich einheitlich geregelt werden:

1. Festsetzung einer Maximalgrenze der Eintrittsgelder und Beiträge. Die Beiträge der Unternehmer haben mindestens 50 Prozent zu betragen;

2. Selbstverwaltung der Kassen durch Vertreter der Mitgliedschaft unter Teilnahme der Werkvertreter. Doch muß die Arbeitervertretung entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung der internen Kassenverhältnisse haben. Die Wahl der Arbeitervertreter hat auf Grund des geheimen, direkten Wahlrechts zu erfolgen. Das Wahlrecht ist allen aktiven, invaliden und freiwilligen Kassenmitgliedern zu erteilen. Beamte dürfen nur als Unternehmervertreter zugelassen werden. Durch Entlassung aus der Arbeit darf dem Arbeitervertreter das Mandat nicht verloren gehen;

3. Sicherung der erworbenen Pensionsansprüche nach freiwilliger oder unfreiwilliger Aufgabe der Werkarbeit durch Zahlung einer mäßigen Anerkennungsgebühr oder freiwillige Zahlung des



früheren Vertrags; im letzten Fall entsprechende Steigerung der Pensionsansprüche; Gegenseitigkeitsverhältnis der Klassen. Rückzahlung der Einzahlungen, abzüglich der Verwaltungskosten, an solche auscheidende Mitglieder, die mehr als 200 Wochen Beiträge gezahlt und nicht mehr aktive oder freiwillige Mitglieder ähnlicher Klassen werden können;

4. Ausschluß der Anrechnungsfähigkeit von Unfall- oder Invalidenrenten oder Militärpensionen, sofern die Gesamtbezüge nicht den Durchschnittslohn übersteigen, den das betreffende Mitglied in den letzten 10 Jahren verdient hat.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf betreffend Regelung des Wohnungswesens vorzulegen, insbesondere Normativ-Bestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinspektion sowie Schaffung eines Reichs-Wohnungsamts.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 21. Februar 1912.

### Bebel als Sündenbock.

Zu Beginn des sechsten Tages drohte die erste Staatsberatung sich in Detailkrampf zu verzetteln. Die sehr berechtigten Klagen des Polen Seyda über die skandalösen Wahlvorgänge im Wahlkreis Schwes riefen zwar nicht den nächstbeteiligten, den vorläufigen Mandatsinhaber von Salem, wohl aber seinen Parteifreund, den Reichsparteiler Schulz, auf den Plan, der sich jetzt bereits krampfhaft bemüht, das 15. Mandat, das der Partei erst Fraktionsstärke gibt, zu retten. Die Sorgen sind begreiflich, da ja Herr von Siebert bedenklich wackelt; aber diese Fraktionskämpfer haben mit der Staatsberatung wirklich nichts zu tun.

Zu großen Gesichtspunkten führte die Debatte erst Genosse David zurück, der die wichtigsten Probleme unserer innern und äußern Politik Revue passieren ließ. Als nächste Aufgabe bezeichnete unser Fraktionsredner die durchgreifende Demokratisierung Deutschlands. Das Haupthindernis der freiheitlichen Entwicklung sind die deutschen Mandatschuss, die Junker Ostbeliens. Eingehend wies unser Redner nach, wie der Sammelruf des Reichskanzlers, der in der Tat eine Kriegserklärung gegen den in den Wahlen so deutlich zum Ausdruck gekommenen Willen des Volkes ist, vollkommen aussichtslos bleiben muß, wenn die Liberalen nicht die völlige Zertrümmerung ihrer Grundzüge und Parteien selber besorgen wollen. An der Begründung des Mandatschussregiments sind die Liberalen in erster Linie interessiert. Wir gehen mit ihnen zusammen, um die Bahn freizumachen für die weitere Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Mit dem Hinweis auf die weltgeschichtliche Mission des Sozialismus schloß der Redner seine Ausführungen, die starken Beifall auf unsern Bänken fanden.

Eine sehr ausgedehnte und in ihrer politischen Wirkung der Rechten sehr genehme Auseinandersetzung über die Präsidialentscheidung bildete den Schluß der Staatsberatung. Von unserer Seite waren daran beteiligt die Genossen Bebel und Gause, von nationalliberaler Seite Herr Schiffer, als Vertreter der Rechten, Herr Dr. Kund als Vertreter des linken Flügels, außerdem Herr Gröber vom Zentrum und der Fortschrittler Dr. Müller (Meinungen).

Den Streitpunkt bildeten die Verpflichtungen oder vielmehr die angeblichen Verpflichtungen, die der sozialdemokratische Vizepräsident unter Fraktionsgarantie übernommen haben soll. Natürlich handelt es sich nicht um die staatsrechtlichen Verpflichtungen, denen kein Sozialdemokrat sich zu entziehen gedenkt, vielmehr um die höfischen, die Herr Gröber, einmals Zentrumsdemokrat, als „ungehöriges Recht“ anspricht.

Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß im Laufe von Unterhaltungen und Verhandlungen unüberwindliche Worte fallen, die auch ohne den Willen zur Verdrehung von der Gegenseite so ausgelegt werden, wie es ihr am besten in den Kram paßt. Wenn nun vollends die Gegenseite, das heißt hier die Nationalliberalen, in einen rechten und einen linken Flügel zerfällt, wenn erst Schiffer, den es nach rechts zieht, im Laufe der Unterhandlung die ursprünglichen Unterhändler abließt, dann kann es nicht anders kommen, als es gekommen ist, nämlich zu Mißverständnissen, die aber, bei Lichte besehen, den Nationalliberalen gar nicht mißlieblich sind, weil sie ihnen den Vorwand liefern, durch das kardinische Joch zu kriechen, das die ihre Partei beherrschenden Industrieconservativen auferichtet haben. Vom Kaiserhoch und von Hofigängerei redet man, aber diese Redereien sind nur der ideologische oder vielmehr phrasenlogische Vorhang, hinter dem sich der Sieg Schiffers über Wasseremann, des Besitzes über die Bildung vollzieht.

### Die Konfession der Abgeordneten.

Ueber die Religionszugehörigkeit der neu gewählten Reichstagsabgeordneten weiß Sümpfers Deutscher Reichstag 1912 zu erzählen.

Der Konfession nach sind 179 evangelisch (1907: 220, 1908: 196), darunter 32 luth., 1 Ref., und zwar 41 M., 40 F., 27 G., 22 S., 14 W., 10 W., 3 M., 3 W., 2 M., 1 F., 1 G., 1 S., 1 W., 130 katholisch (gegen 141: 1907 und 140: 1908), und zwar 90 M., 18 F., 9 G., 4 S., 2 G., 2 S., 2 W., 2 S. W.; 69 Konfessionslose (gegen 18: 1907 und 44: 1908), — darunter 10 Dissidenten und 6 Religionslose. — Sämtlich S.; 8 freireligiöses und 1 Deutsch-Katholik (gegen 5: 1907 und 1908), — ebenfalls sämtlich S.; 7 Israeliten (gegen 3: 1907 und 4: 1908); 1 Heptist (S.), 2 nicht angegeben (gegen 1: 1907, S. aus prinzipiellen Gründen).

1908 und 1907 waren noch 2 Katholiken und 1 Konfessionslos geworden. Die Zahl der Freireligiösen und Katholiken ist zurückgegangen, die der Konfessionslosen, Freireligiösen und Juden hat zugenommen. Die Evangelischen haben nicht mehr die absolute Mehrheit unter den Abgeordneten.

### Die Verhältniswahl heraus!

Das Proportionalwahlrecht für den Reichstag fordert die sozialdemokratische Fraktion in folgendem soeben dem Reichstag eingereichten Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den bestimmt wird:

1. daß die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlrecht stattfinden;
2. den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern;
3. der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß.

Ferner wird in dem Antrag der Reichskanzler ersucht, auf dem Verordnungswege Anordnungen zu treffen, wonach die Wahlurnen im ganzen Reich gleichartig gestaltet und auf Reichskosten beschafft werden.

### Zentrums Hoffnung auf rote Hilfe.

„Weg mit dem Jesuitengesetz!“ ruft das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“. Sie rühmt den dahin gerichteten Antrag der Zentrumsfraktion als eine Großtat und bezeichnet den Fortbestand dieses mit sozialdemokratischer Hilfe bereits stark gemilderten Ausnahmegesetzes als ein klassisches Beispiel deutscher Unfreiheit und Polizeivillkür.

Die „Germania“ rechnet in ihrer Hoffnung, das Jesuitengesetz ganz beseitigen und so dadurch vielleicht auch die Position des Zentrums gegenüber Rom verbessern zu können, jedenfalls wieder mit der Hilfe der Sozialdemokratie. Dieses Vertrauen in die Gerechtigkeit und Grundgesetzlichkeit der Sozialdemokratie ist für diese selbst umso ehrenvoller, als der gute Wille der Partei durch das Zentrum der denkbar stärksten Belastungsprobe unterworfen wird.

Das Zentrum weigert sich, die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei zu behandeln, es will nicht mit ihr zusammen im Präsidium des Reichstags sitzen, es erklärt, wo es die Herrschaft hat, sozialdemokratische Staatsarbeiter und Beamte für vogelfrei. Von dieser Sozialdemokratie erwartet aber das Zentrum, daß sie seinen Jesuiten die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung wieder verschaffen werde!

### Zunungen als Kartelle.

Auf sehr interessante Vorgänge in der Zunungsbewegung macht das von den Meistern der Berliner Kaufmannschaft herausgegebene Jahrbuch für Handel und Industrie aufmerksam. Verschiedene Zunungen haben den Plan der gemeinsamen Uebernahme von öffentlichen Arbeiten durch die Zunungen erörtert. Nach der Gewerbeordnung kann unter gewissen Voraussetzungen eine zwangsweise Organisation der Handwerker herbeigeführt werden, jedoch nicht zum Zwecke der Preisregulierung, denn durch den § 100 q der Gewerbeordnung wird den Zwangszunungen verboten, ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden zu beschränken.

Gleichwohl, bemerkt das Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, jetzt in der letzten Zeit Versuche und Ansätze zur Kartellierung im Bauhandwerk ein, viele Zunungen und Vereinigungen stellen eine Normalkostenberechnung der gebräuchlichsten Verrichtungen zusammen. Die Mitglieder können nur moralisch zur Einhaltung der Abrede gezwungen werden. Einige Zunungen gehen jedoch weiter, sagt der Bericht der Meistern der Berliner Kaufmannschaft, und haben eine Art Berufsvereinerklärung eingeführt. Der Handwerker, der sich an die von der Zunung kalkulierten Preise nicht hält, wird mindertwertig, untätig und mit schlechtem Material arbeitend genannt, weil er sonst nicht die ohnehin auf das knappe berechneten Preise unterbieten könne. Ein bemerkenswertes Zugeständnis, heißt es weiter, liegt aber darin, daß die Preisverzeichnisse der Handwerkerorganisationen bereits von Behörden anerkannt werden. Derartige Preisverzeichnisse haben besonders die Bauhandwerker.

Erkennen Behörden die Preisverzeichnisse der Handwerkerorganisationen an, so wäre es ihre selbstverständliche Pflicht, bei der Vergütung von Arbeiten der in Frage kommenden Art auch für die Zahlung von Mindestlöhnen durch die Unternehmer verantwortlich zu sorgen. Gewähren sie diese Sicherung von Mindestlöhnen nicht, so liegt darin eine offensichtliche Parteinahme für das Unternehmertum zum Schaden der Arbeiterschaft, die sich durch nichts ablenzen läßt.

Eine Kartellvereinbarung, deren Zusammenhang mit den Zunungen allerdings nicht ersichtlich ist, besteht nach dem Jahrbuch in Düsseldorf innerhalb des Dekorationsmalers-, Glaser- und Anstreicherhandwerks. Diese Geschäfte bilden einen Bezirk, dem ein Mindestpreisvertrag zugrunde liegt. Kartelliert sind ferner die Hufschmiedemeister im Rheinischen Schmiedebund. Die Mitglieder haben sich bei Vertragsstrafe verpflichtet, vom Bunde festgesetzte Mindestpreise unter allen Umständen einzuhalten. Um alle Schmiedemeister im Bundesgebiet für die Abmachung zu gewinnen, hat der Schmiedebund den Eisenhändlerverband verpflichtet, nur an Mitglieder des Bundes zu liefern, die den Verpflichtungen nachkommen. Eine ähnliche Vereinigung besteht innerhalb des Dachdeckerverbandes zwischen diesem und dem Verband der Holzschlösslermeister.

Dieselben Kreise des Handwerks, die hier die Kartellgespinntheiten der Großindustrie mit aller Kraft anzuwenden, verlangen vom Staat, daß er das Bereinigungsrecht der Arbeiterschaft unterbinde. Im Bauhandwerk machen sich die Unternehmerverbände an den Bauhandwerkern die Verpflichtung aufzuerlegen, für jede Sitzung an Bundesmitgliedern einen bestimmten Provisionsbetrag an den Kartellverbänden der Arbeiterverbände zu zahlen. Den verschiedenen Vereinigungen, die diese Methode anwenden, ist jetzt der Westdeutsche Arbeiterverband für das Bauhandwerk gefolgt. Charakteristisch für die Politik des Schlaraffenlandes ist, daß es für die Arbeiterschaft neue Zwangsregeln fordert, während es selbst den schlimmsten Terror anwendet, um das Unternehmertum in Organisationen hineinzupressen und für seine Kämpfe gegen die Arbeiterschaft seine Defizite zu decken.

### Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Herr Baasche hat in seiner Staatsrede vom 19. Februar das lustige Anekdotchen zum besten gegeben von einer „sozialdemokratischen Lokalgröße“, die im Wahlkampf behauptet haben soll, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel werde von der Sozialdemokratie nicht gewollt; das sei nur eine freisinnige Agitationskluge. Leider hat Herr Baasche, wie es nun einmal üblich ist, unterlassen zu sagen, wer diese sozialdemokratische Lokalgröße ist und wo sich die Geschichte ereignet haben soll.

Wenn an der Sache überhaupt etwas Wahres ist, liegt die Vermutung nahe, daß es nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel war, sondern eine irreführende Darstellung des sozialdemokratischen Endziels, etwa die berühmte Behauptung von der letzten Kuh, die dem Bauer oder dem letzten Hammer, der dem Tischler weggenommen werden soll, die mit Recht als „freisinnige Agitationskluge“ bezeichnet worden ist. Andernfalls, wenn die Darstellung des Herrn Baasche auf Wahrheit beruhen sollte, würde sich gewiß in der sozialdemokratischen Partei niemand finden, der die Äußerung der „sozialdemokratischen Lokalgröße“ für richtig halten und ihr zustimmen würde. Es würde sich vielmehr allgemein die Frage erheben, aus welchen Quellen die „Lokalgröße“ ihre grundsätzliche Aufklärung über Wesen und Ziele der sozialdemokratischen Partei geschöpft haben mag.

Die Herrschaft des in der Demokratie organisierten Volkes über die Volkswirtschaft, die Regelung der Produktion und des Verbrauchs nach einheitlichen und wirklich gemeinnützigen Gesichtspunkten bleibt das unveränderliche Ziel der Sozialdemokratie. Dieses Ziel ist aber nicht zu erreichen, solange sich die wichtigsten Produktionsmittel im Eigentum einzelner Personen befinden. Die Herrschaft, die diese Personen durch ihr Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln über die Volkswirtschaft ausüben, wird aber mit jedem Tage unerträglich. Selbst in der „Freizeit“ hat jüngst ein Herr v. Schwerin auf die seltsame Unstimmigkeit unserer wirtschaftspolitischen Lebens hingewiesen, die darin besteht, daß jede Erhöhung des Preises einzelner Produkte durch Zölle und indirekte Steuern den Gegenstand monatelanger erregter parlamentarischer Kämpfe bildet, während die allgemeine Preisfestsetzung des Produktes selbst durch übermächtige Wirtschaftsvereinigungen, wie z. B. durch das Kohlenyndikat, in durchaus selbstherrlicher Weise erfolgt.

Wenn schon in konservative Kreise die Erkenntnis einzudringen beginnt, daß der Staatsbürger als Konsument von den Eigentümern der Produktionsmittel tributpflichtig gemacht wird, um wie viel schärfer muß in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen das Mißverhältnis empfunden werden, das zwischen den Rechten jener großen Eigentümer und denen der arbeitenden Massen, der eigentlichen Erzeugnisse alles Nationalreichtums, unter der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung besteht. Darum ist nicht daran zu denken, daß die Sozialdemokratie das Ziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel aufgeben, verschleiern oder auch nur in der Energie seiner Verfolgung nachlassen könnte. Aus diesen Zielen schöpft sie das Beste ihrer Kraft!

### Die neue Versicherung in der Schweiz.

Vor kurzem hat das Schweizer Volk die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung durch Urabstimmung beschlossen. Genosse Lang (Zürich) schreibt der „Arb.-Ztg.“ in Wien über den Inhalt dieses Gesetzes: Die Krankenversicherung ist bis heute gesetzlich nicht geregelt; es besteht von einigen besonderen Fällen abgesehen, auch kein Zwang zur Versicherung: alles, was bisher auf diesem Gebiet geschehen ist, beruht auf freiwilliger Tätigkeit. Nun haben sich zwar die Krankenkassen auch auf dem Boden der Freiwilligkeit recht erfreulich entwickelt: schon vor 8 Jahren zählte man 1800 Kassen mit 420 000 Mitgliedern. Der gegenwärtige Zustand befriedigt aber aus zwei Gründen wenig: einmal deswegen nicht, weil die Leistungen vieler Kassen sehr dürftig sind und auch die versicherungstechnischen Grundlagen manchenorts viel zu wünschen übrigließen. Dauerlich ist ferner, daß die Zahl der Lohnarbeiter, die sich keiner Krankenkasse angeschlossen haben, ein paar hunderttausend beträgt.

Das neue Gesetz hat es nun zwar nicht gewagt, den Versicherungsanspruch auszusprechen — mit dem sich auch heute noch viele Kreise nicht befreunden wollen. Es beschränkt sich vielmehr darauf, durch Gewährung von staatlichen Beiträgen an die freiwilligen Krankenkassen die Krankenversicherung zu fördern. Diese Beiträge sind nach den Leistungen der Kassen abgestuft und betragen 3 Franken 50 Centimen bis 5 Franken 50 Centimen fürs Jahr und verbleiben für jedes Wochenbett 20 Franken und erhöht diesen Beitrag um weitere 2 Franken, wenn die Wöchnerin ihr Kind während wenigstens 10 Wochen stillt. Besondere Unterstützung werden den Bewohnern in den Gebirgsgegenden verabfolgt, in denen jetzt die Beschaffung von ärztlicher Rat oft mit sehr großen Kosten verbunden ist. Auf die Unterstützungen haben aber nur die Kassen Anspruch, die gewisse Bedingungen erfüllen. Zu diesen Bedingungen gehört unter anderem eine Mindestleistung: Ersatz der Arzt- und Arzneikosten oder ein tägliches Krankengeld von 1 Franken während wenigstens 180 Tagen im Jahr — und die Gleichstellung von Männern und Frauen in den Kassen. Da die Kassen dank der staatlichen Unterstützung in den Stand gesetzt werden, entweder die Beiträge zu ermäßigen oder bei gleichbleibenden Beiträgen die Leistungen zu erhöhen, nimmt man an, daß ihre Mitgliederzahl rasch anwachsen werde. Unter der Voraussetzung, daß diese Zahl auf 800 000 ansteigt, würden die vom Bunde alljährlich auszubehaltenden Unterstützungen etwas mehr als 4½ Millionen Franken betragen.

Vertraut also das Gesetz hinsichtlich der Krankenversicherung auf die Freiwilligkeit und die freie Initiative, so soll dagegen die Unfallversicherung für die Industrieellen und gewerblichen Arbeiter obligatorisch



# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 44.

Magdeburg, Donnerstag den 22. Februar 1912.

23. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

10. Sitzung.

Berlin, 20. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wermuth, Dr. Delbrück u. a.

### Erste Lesung des Staats.

6. Tag.

Abg. Dr. Seyda (Polen): Unser Antrag auf Aufhebung des Sprachenparagrafen aus dem Vereinsgesetz wird in diesem Reichstag zweifellos angenommen werden. Während der Wahlzeit hat sich ja auch gezeigt, daß die Abhaltung von Versammlungen in polnischer oder französischer Sprache durchaus keine Gefahr für das Deutsche Reich bedeutet. (Sehr richtig! b. d. Polen.) Auch das Verbot der Teilnahme Jugendlicher an politischen Versammlungen muß beseitigt werden. Unsere Versammlungen werden fast ausnahmslos als politische angesehen. (Hört, hört! b. d. Polen.) Rechner führt weiter Beschwerde über ungläubliche Manipulationen der Wahlvorsteher im Wahlkreis seines nicht gewählten Freundes b. Saß-Jaworski. Viele Stimmzettel wurden für ungültig erklärt, weil Saß nur mit einem s geschrieben war (Hört, hört! b. d. Soz.), andre deshalb, weil sie auf Abgeordneter v. Saß-Jaworski lauteten, obgleich der betreffende tatsächlich preussischer Landtagsabgeordneter ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich erwarte, daß diese skandalösen Vorgänge, die man nicht anders denn als amtlichen Wahlzettel bezeichnet, von der Wahlprüfungskommission sobald wie möglich geprüft werden. Ebenso ist es in diesem Reichstag wohl selbstverständlich, daß der Korruptionsfonds der Osmarzenzulagen beseitigt wird. (Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Schulz (Rp.): Die lokalen Wahlvorstände haben die Wahlgelder, von denen der Vorredner sprach, für ungültig erklärt. Herr v. Salem, der gewählte Gegenkandidat des Herrn v. Saß-Jaworski, hat als seine persönliche Ueberzeugung ausgesprochen, daß er Stimmzettel für Saß-Jaworski, die nur ein s enthalten, für gültig halte. Alles Nähere muß in der Wahlprüfungskommission besprochen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Das herrliche Ergebnis der Debatte ist die Feststellung der Tatsache, daß die Konzeptionen und das Zentrum darauf beharren, einen Ausbau der Nachlasssteuer abzulehnen. Ja das Zentrum will auch keine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Welche Steuern will es denn eigentlich bewilligen, wenn neue Steuern notwendig werden? Die Antwort kann nur lauten: neue indirekte Steuern! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Angesichts dessen glaube ich, daß der Kampf, den der Staatssekretär Wermuth für sein Prinzip führt: keine Ausgabe ohne Deckung, schließlich zu einer Niederlage des Staatssekretärs führen wird. Er hat ja gelämpft wie ein Löwe, aber wir haben schon gestern gesehen, daß der Reichsanwalt sofort versucht hat, den Krisapfel der Erbschaftsteuer zurückzugeben. Aber die Dinge sind schon so ins Rollen gekommen, daß sie weiter rollen werden. Man kann jede Hoffnung aufgeben, daß die Konzeptionen sich zu einem neuen Steuergrundgesetz bekennen werden, zu dem Grundgesetz,

die Reichen heranzuziehen und die Armen zu schonen.

Graf Posadowski hat ein schönes englisches Wort vorgetragen, daß im Interesse des Vaterlandes jeder Opfer bringen müsse und Opfer bringen werde, selbst die Reichen. In Preußen und in Deutschland glaube ich, wird dieses Wort auch weiter Bügen gestraft werden. Die Konzeptionen wollen ihren Standpunkt aber verteidigen und diese Art der Politik als eine christliche, als eine Politik der sozialen Gerechtigkeit hinstellen. Während die großen Massen des Volkes in schwerem Ringen um die Existenz es nicht weiter bringen als zu notwendiger physischer Existenz, sammeln sich auf der andern Seite Vermögen in ganz ungeheurerem Maßstab an. In den Jahren von 1895 bis 1910 ist die Zahl der Millionäre und Multimillionäre in Preußen von 5300 auf 9300 gestiegen. Angesichts dieses Prozesses haben die Parteien der Rechten den Mut, jedes energische Zugreifen des Reiches in die großen Klassen dieser Millionäre abzulehnen und immer wieder die Massen des Volkes

mit neuen Lasten zu beladen. Solche Politik im Namen des Christentums und der sozialen Gerechtigkeit vor den Wählern zu verteidigen, ist eine Heuchelei, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. (Sehr. Zustimmung. b. d. Soz.) Wir verlangen, daß endlich zu der

### Einführung direkter Steuern für das Reich

übergangenen wird, und die Regierung wird nicht darum herumkommen, denn diese Forderung kann nicht verschwinden, bis sie erfüllt ist. An Stelle der brüderlichen indirekten Steuern verlangen wir schon jetzt die Reichseinkommen- und Vermögenssteuer sowie die Reichserbschaftsteuer. Es gibt ja noch einen Ausweg aus der Reichsfinanznotlage, in der wir uns trotz der Finanzreform schon wieder befinden, dieser Ausweg lautet: Sparjamkeit. Aber woran soll denn das Reich sparen? Soll etwas dabei herauskommen, so doch nur an den Ausgaben für Kultuszwecke. Daran aber wollen Sie nicht sparen, Sie wollen sparen an den Ausgaben für soziale Zwecke, und dabei versagt auf diesem Gebiet das Reich schon heute die notwendigen Ausgaben. Es war kein Geld da, um den Empfang der Altersrenten vom 70. auf das 65. Jahr herabzusetzen, es war kein Geld da für eine ordentliche Schwangers-, Wäscherinnen- und Säuglingsfürsorge. Und ebenso wenig für eine einigermaßen auskömmliche Witwen- und Waisenrente; es fehlte an Geld für eine Verbesserung der Löhne der Staatsarbeiter und Unterbeamten, es fehlte an Geld, um die Löhne der Soldaten aufzubessern.

Graf Posadowski nannte die Heeresausgaben eine Versicherungsausgabe für den Frieden und fügte hinzu, also mühten auch die, die am meisten zu versichern haben, die größten Prämien zahlen. Das heißt doch, die Lasten mühten aufgebracht werden, nicht nach Köpfen, sondern nach der Größe des Geldbedarfs. Wenn aber die Regierung die regelmäßigen direkten Steuern den Einzelstaaten überlassen will, so könnte sie jedesmal bei einer neuen Heeres- und Marinevorlage die Kosten als eine Kontribution auf die großen Vermögen ausstreuen. Man kann ja statt des Wortes Kontribution einen schöneren Namen wählen, z. B. Nationalsteuer. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man kann verkünden, daß die reichen Leute das Recht haben, auf die Rathhäuser zu gehen und dort auf dem Altar des Vaterlandes ihre Versicherungsprämie niederzulegen. Sie mühten ja das Bedürfnis haben, ihren Patriotismus auf solche Weise zu betätigen. Heute tun sie es nur mit dem Munde. Sollen sie es mit dem Geldbeutel tun, dann ziehen sie die Hand zurück wie von heißem Eisen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Neue Heeresvorlagen sind jetzt eine Gefährdung des Friedens. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist einfach unmöglich, daß wir die Grenzen der Größe unserer Rüstung selbst bestimmen können: kein Land bestimmt die Grenzen seiner Rüstungen. Der englische Marineminister hat vor Jahren erklärt: Wir machen nicht hier unsere Flottenvorlagen, sondern darüber beschließt der Reichstag in Berlin. (Hört, hört! b. d. Soz.) Deutschland tangt vor, die andern Länder tanzen nach und so ändern sich die Verhältniszahlen doch nicht. Nur

### die Lasten wachsen ins Ungeheure.

Wenn jetzt zwischen deutschen und englischen Staatsmännern über die Ausräumung der weltpolitischen Interessengegenstände verhandelt wird, so sollte man doch sehr überlegen, ob man in diese Verhandlungen hinein mit einer neuen Marinevorlage kommt. Wir wollen, daß diese Verhandlungen auf beiden Seiten mit der ehrlichen Absicht geführt werden, zu einem Resultat zu kommen. Leider sind im Gegensatz zu dieser Verständigungsaktion hier Äußerungen gefallen, die neues Mißtrauen erregen werden. Auch Herr Paasche meinte: nur recht mißtrauisch. Dabei hat der englische Premierminister Asquith mit dem Märchen aufgeräumt, daß im Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat, daß die Engländer im verflochtenen Sommer oder Herbst beabsichtigt hätten, uns mit ihrer Flotte zu überfallen. Der englische Minister Asquith und ebenso der Minister des Auswärtigen, Grey, haben diese Produkte, einer wilden und ausschweifenden Einbildungskraft als reine Erfindung bezeichnet.

In Mainz aber hat Herr Erzberger folgendes erzählt: „Im September fanden wir dicht vor dem Krieg, und nur die weiße Zurückhaltung der deutschen Regierung hat den Ausbruch des Weltbrandes verhindert. Die englische Flotte war mobil

gemacht, und sie fuhr in die Nordsee hinaus, um mit der deutschen Flotte zusammenzustößen. Daß es nicht dazu kam, hat darin seinen Grund, daß die deutsche Flotte in der Ostsee weilte.“ (Große Heiterkeit b. d. Soz. Abg. Erzberger ruft: Das ist alles wahr!) Herr Erzberger, wenn Sie das jetzt noch sagen, nach all diesen Äußerungen der englischen Minister, sollten Sie sich in Zukunft doch lieber Scherzberger nennen. (Heiterkeit.) Man stellt es häufig so dar, als sei ein Zusammenstoß zwischen Deutschland und England ein weltgeschichtliches Verhängnis. Nun, England hat sich mit Frankreich verständigt, zu dem es seit Jahrzehnten in weit schärferem Gegensatz gestanden hat, ja sogar mit Rußland, mit dem es an allen Enden der Welt Reibungspunkte hat. Die Stimmung für eine Verständigung zwischen Deutschland und England ist in den weitesten Kreisen vorhanden. Auch der Führer der englischen Konservativen hat gesagt, „wenn es jemals zum Kriege kommen sollte, so wird er nicht das unvermeidliche Ergebnis natürlicher Gesetze sein, sondern wahrscheinlich das Ergebnis menschlicher Torheit.“ (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewiß, und wir fügen noch hinzu, das Ergebnis der Bemühungen kleiner, aber finanziell mächtiger Kreise, die aus dem Kriege ein Geschäft machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die eigentlichen Kriegsheter sind die Kanonen-, Panzerplatten- und Munitionsfabrikanten, sie bezahlen eine Presse, Korrespondenzen, die sie umsonst an die Zeitungen verschicken, mit der einzigen Absicht, fortgesetzt zum Kriege zu führen. Solche Geschäftspatrioten gibt es in allen Ländern. Ihnen das Handwerk zu legen, läge im Interesse der großen Masse des Volkes. Man sollte die ganze

### Militär- und Marineindustrie in Reichsregie übernehmen.

(Sehr gut! b. d. Soz.) Die Massen sind überall friedensliebend, sie beziehen freilich auch keine Kriegspensionen und keine Dividenden aus den Panzerplattenfabriken. Das Leben ist schwer genug für die Massen schon im Frieden; die brauchen keinen Krieg. Um so verwunderlicher war es, daß der Reichsanwalt gemeint hat, im Sommer hätten wir der Volkstimmung nachgeben müssen und hätten von unserer grundsätzlichen Stellung gegen den Militarismus etwas aufgegeben. Ja, ließ er denn in Hofenimow keine Zeitungen? Weiß er denn nicht, daß wir in Deutschland, England und Frankreich gerade gegen den Krieg protestiert haben (Sehr richtig! b. d. Soz.), als Herr v. Kiderlen-Wächter es für richtig hielt, mit dem alldeutschen Kalbe zu pflügen. (Heiterkeit.) Und dazu nahm er in seinem staatsmännischen Gesicht einen Mann, der eine Prosküre geschrieben hat, die, wenn auch nur ein kleiner Teil des Volkes hinter ihr stände, den Weltkrieg entfacht hätte. Bei diesem Manne verschrieb er sich etwas haubtinische Stimmung. Es ging Herrn v. Kiderlen dann wie dem Zauberlehrling. Die Geister, die er rief, wurde er nicht mehr los. Herr v. Kiderlen hatte uns neulich erzählt, dreimal sei Herr Clay bei ihm gewesen, dies und jenes hätte er zu ihm gesagt, und wir möchten doch so freundlich sein, ihm das zu glauben. Wir waren auch dazu geneigt, aber jetzt kommt der Vorstand des Alldeutschen Verbandes und sagt wieder, das, was Herr v. Kiderlen behauptete, sei nicht wahr. Wem sollen wir jetzt glauben?

Man wirft uns vor, wir seien antinational, weil wir international sind. Nach Herrn v. Kiderlen-Wächter sind diese beiden Worte identisch. Aber wenn alle internationalen Gruppen antinational wären, dann gäbe es viele Antinationale. Denn gibt es nicht eine schwarze Internationale? (Widerspruch im Zentrum.) Gibt es nicht eine kapitalistische Goldinternationale? (Widerspruch b. d. Reichsp. u. b. d. Natl.) Und ist nicht die Internationale von allen Internationalen die königliche Internationale der Höfe, diese höfischen Herrschaften, die alle miteinander verwandt sind. (Widerspruch b. d. Konf.) Wir aber sind international im Interesse der eignen Nation. Wir sind international auf der Grundlage der Selbständigkeit jeder einzelnen Nation. (Beifall b. d. Soz.) Also mit diesem Vorwurf bleiben Sie uns vom Leibe. Der frühere Reichstagspräsident Graf Schwerin-Löwis hat es für taktvoll gehalten, uns ähnliche jämmerliche Vorwürfe auf dem Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrats zu machen. Die 110 Sozialdemokraten seien Gegner des Vaterlandes. Wer das Vaterland ist doch unser eignes Volk und

## Wagnis.

Roman von Margarete Böhme.

(49. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Auf Rosens Lippen schien eine Entgegnung zu liegen, aber er unterdrückte sie und verbeugte sich zustimmend.

„Noch eins. Wie lange ist die kleine Schiller jetzt hier im Hause?“

„Ein Jahr, wenn ich nicht irre.“

„So kommt sie demnächst ins Kontor . . .“

„Wir hatten sie schon drin, aber sie machte mit ihrer quecksilbernen Beweglichkeit sämtliche jungen Leute rabiat; da war nichts zu wollen, und deshalb haben wir sie einweisen wieder im Geschäft untergebracht.“

„Merkwürdig, daß ein so junges Ding nicht im Saume gehalten werden konnte . . .“

„Pardon, wir konnten nicht allzu rigoros mit der Kleinen verfahren, weil Herr Hermann sie ein wenig protegiert . . . Der Bruder diente mit ihm zusammen, ist noch Feldwebel; ich glaube, die Luchlieferung ist indirekt durch seine Mitwirkung erfolgt.“

„Und wenn schon, deshalb dulden wir von der Schwester keine Ungehörigkeiten. Lassen Sie dem Mädchen von der Personalleitung wegen ihres unstatthafter Benehmens heute im Geschäft eine strenge Rüge erteilen, — ich traf sie vorhin singend und tanzend im Konfektionslager —, und dann kommt sie von morgen ab ins Kontor an die Schreibmaschine. Wenn sie nicht pariert, fliegt sie hinaus.“

„Ich werde ein Auge auf sie haben.“

„Gut. Ich beobachtete eben in der Schuhwarenabteilung, daß ein Käufer über unsere eigne Ware räsonierte. Möglich, daß er keine Ursache hatte; unsere Ware ist jetzt reell und gut, dennoch habe ich vor, die Fabrik, sobald sich eine günstige Gelegenheit bietet, wieder abzustofen.“

Rosen suchte auf. „Zawohl,“ fuhr Josua fort; „überhaupt sehe ich mehr und mehr ein, daß die Selbstproduktion sich nicht gut mit den Grundrissen des Warenhauses vereinigen läßt. Man wird zu einseitig dadurch. Die Luchfabrik hat sich allerdings glänzend rentiert, aber nur, weil wir sie halb geschenkt bekamen und weil das Patent ein-

schlug. Im übrigen ist es immer das Richtige, mit verschiedenen Fabrikaten zu arbeiten.“

„Wenn Sie die Bergheim nicht behalten wollen, Herr Müllenmeister, wäre ich nicht abgeneigt, sie auf eigne Rechnung zu übernehmen.“

„Das können Sie machen . . .“ Josua erhob sich. „Wir reden noch darüber . . .“ Er grüßte flüchtig und verließ das Kontor in der gleichen ungemütlichen Stimmung, wie er es betreten hatte.

Draußen kam es ihm plötzlich in den Sinn, Agnes abzuholen und sie für den Abend mit nach Hause zu nehmen; Nimi war eingeladen, Genni hatte dagegen davon gesprochen, daß sie, Migräne halber, heute daheim bleiben werde. Und so, in seiner mißgestimmten Verfassung, grante ihm fast vor dem Meinslein mit ihr, weil er sie in seiner schlechtesten Laune zu langweilen, wenn nicht zu verlegen fürchtete.

In der Antiquitätenabteilung trat Karen dem Chef des Hauses entgegen. Fräulein Matrei war vor einer Viertelstunde weggegangen, wohl nur ins Haus . . . Karen wußte nicht wohin.

Josua wartete. Voll nervöser Unruhe lief er hin und her, setzte sich eine Weile, sah auf die Uhr und blätterte mechanisch in einem alten Kupferstichwerk auf dem Tisch, schob die Blätter beiseite und nahm ebenso mechanisch einen geschlossenen Brief, der dort lag, in die Hand, den er erst ein Weile spielend zwischen den Fingern drehte, bis er, fast zufällig, nach der Adresse sah . . . „Fräulein Agnes Matrei . . .“ aus Chicago, von Friedrich . . .

„Ist der Brief hier eben erst gekommen?“ fragte er zu Karen hinüber.

„Der Brief? Nein. Fräulein Matrei hat ihn wohl mitgebracht und aus der Hand gelegt, als Rundschiff kam.“

Josua schwieg. Ein Brief des fernem Verlobten, den die Braut achlos, ohne ihn noch geöffnet zu haben, aus der Hand legte . . . Seltsam! Befremdlich!

Von der Mittagspause war sie um zwei zurück, und jetzt war es halb sieben . . . Zu pressieren schien ihr die Lektüre jedenfalls nicht. Josua steckte den Brief ein.

Einen Augenblick wurden seine Augen angezogen von der anmutigen Lieblichkeit des jungen Mädchens, das mit

weichen, leisen Schritten umherging und sorgfältig, mit liebevoller Akkuratheit, einzelne Gegenstände abwischte und ordnete.

„Sie haben wohl viel Interesse an den alten Sachen?“ fragte er freundlich.

„Nicht nur Interesse, ich liebe sie,“ sagte Karen; „ich freue mich jeden Morgen, wenn ich komme, und man könnte mir Gott weiß was bieten, ich würde mit keiner andern Abteilung im Hause tauschen.“

„So soll es sein,“ sagte Josua. „Man muß seine Beschäftigung um ihrer selbst willen lieben, dann hat man die rechte Freude an der Arbeit. Am Verkauf sind Sie noch nicht . . .?“

„Eigentlich nicht. Aber Fräulein Matrei zieht mich oft heran; ich kenne jedes Stück im Lager, und ich hab ein paarmal, wenn Fräulein Agnes nicht da war, schon gut verkauft; sie war immer sehr zufrieden . . .“

Josua antwortete nicht. Das junge Ding brauchte nicht zu merken, wie ungehalten und erregt er war, und wenn er jetzt gesprochen hätte, würde er seine Stimmung verraten haben.

Die Kleine hatte in kindlich harmlosem Stolz auf ihre Leistungen unbewußt dem Chef berraten, daß Agnes öfter ihren Posten im Laden zu verlassen pflegte und das kostbare Lager der jungen Volontärin überließ. Das war eine grobe Pflichtverletzung, für die Josua Müllenmeister keine Entschuldigung hatte. Solange Agnes im Geschäft tätig war, hatte sie ihre Pflicht wie jede andre Angestellte zu erfüllen, ja als künftige Chefin sollte sie den andern erst recht mit gutem Beispiel vorangehen.

Das laute Pochen einer schönen, alten Empireuhr erfüllte die Stille. Langsam froch der Zeiger weiter, fünf Minuten und noch fünf Minuten und noch . . . „Sie haben keine Ahnung, was Fräulein Matrei im Hause zu tun hat, wo ich sie finden kann?“

Ueber Karens Gesicht schlug ein dunkles Rot. Ahnung? O ja, gewiß war sie wieder oben bei Viefelseldt. Im Hause raunte und vermutete man in letzter Zeit allerlei zusammen, ohne daß bis jetzt jemand etwas Bestimmtes zu behaupten wagte. Daß Viefelseldt sich vor ihrer Verlobung vergeblich um die Matrei beworben hatte, wußten ja alle im Geschäft;



Wir sind doch gewiß nicht Gegner von uns selber. (Geisterheit und sehr richtig! b. d. Soz.) Das sind das für erbärmliche Agitationsmittel,

mit denen dieser Grandseigneur gegen uns kämpft. Die Herren von der Rechten dagegen, die Junfer, die pfeifen auf das Reich, wie ihnen noch Fürst Hohenzollern beistimmt hat. Im Jahre 1907 ging ein Gönner durch ihr Lager. Fürst Bülow stand da als Triumphtor im Glanze seines Sieges und rief aus: Bei der nächsten Wahl werde er uns noch ganz anders aufstellen. (Geisterheit b. d. Soz.) Auf ihn folgte der Generalissimo des Reichsverbandes Herr v. Liebert, der seine Siegesrede mit den Worten schloß: „Der 25. Januar war nicht nur ein Volkstags, sondern ein Gottesgericht. Da hat die Wage des Weltgerichts zum drittenmal der Herr des Lichts und warf den Draußen vom goldenen Stuhl mit Donnerkrachen hinab zum Pfuhl. Der Drache ist die Sozialdemokratie, jetzt ist sie nur zur Hälfte besiegt, aber in 5 Jahren wird der Ritter Georg, das deutsche Volk, sich noch einmal regen und ihr den Rest geben. Schon heute rufe ich Ihnen für 1912 ein Vae victis (Wehe den Besiegten) zu.“ (Schallende Geisterheit b. d. Soz.) Nun, die Manieren des Reichsverbandes haben sich bei den Wählern schnell überlebt.

Herr Gröber will der Sozialdemokratie den Garaus machen, indem er die Bildung hintanhält und auf die Religion verweist. Die Volkserziehung werden Sie nicht aufhalten können, und wenn Sie uns mit weltlicher Religion und praktischem Christentum kommen, nun, wir treiben es viel energischer als Sie.

Graf Bismarck will uns nicht mit Solinger Klängen, sondern mit solonischer Klugheit vernichten. Der Kampf mit geistigen Waffen ist uns angenehm. Aber Graf Bismarcks Aufklärung der Massen besteht darin, daß er erzählt, wir wollten das gesamte Privateigentum abschaffen und im Zukunftsstaat alle in gleicher Weise entlohnen. Ich werde ihm nachher ein Erfurter Programm überreichen und empfehle ihm, wenn er hier in die Arena springt, um wieder eine Zukunftsstaatsdebatte zu entfachen, sich vorher auch in Kautskys Buch von der sozialen Revolution zu informieren. Wir sind keine Partei der Dogmen, das hat bei den Zukunftsstaatsdebatten schon Bebel in voller Klarheit ausgeführt.

Nach einer andern Art unserer Bekämpfung empfiehlt Graf Bismarck, der uns mit Gewalt niederzuschlagen

will. Wie gerade die Herren von der Rechten den Mut finden, von unserem Terrorismus zu reden, ist erstaunlich. Denn ihr ganzes System beruht auf dem Terrorismus. (Lebhafte Zustimmung links.) Mit Gewaltmaßnahmen und Ausnahmegesetzen verfuhr es Bismarck, als wir noch eine Sekte waren, und scheiterte daran. Und jetzt, wo wir 4 1/2 Millionen Wähler haben, will Graf Bismarck sich hier als harter Mann vorstellen. (Große Geisterheit links.) Aber es hegt System in dieser Taktik der Senfentropfen. Sie wollen die Regierung und die Krone vor dem roten Gespenst graulich machen, damit wir die Arbeiter vor die Kleinfährigen führen. Aber den Gefallen werden wir ihnen nicht tun. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Der Reichstagskanzler sollte sich doch mal die Frage vorlegen, warum auf seinen Anruf zur Einigkeit — der „Sozial-Anzeiger“ nennt ihn den Sammelruf des einsichtigen und weitblickenden Führers (große Geisterheit links) — die liberalen Parteien nicht gar nicht hören können. Es war ja ebenso rührend wie komisch, als er dem Abgeordneten Baasche zurief: Hermann lehre zurück, es ist dir alles vergeblich! (Schallende Geisterheit.) Aber die Wirtschaftspolitik ist eine Verteilungspolitik, eine Politik, die die großen Massen belastet und unter der der Mittelstand am schwersten leidet. Deshalb können die Liberalen, unter deren Wählern sehr viele kleine Leute sind, dem Sammelruf nicht folgen. (Lebh. Zustimmung links.) Die liberalen Parteien müssen auch den Ausbau der Reichsversicherungsordnung fordern, eine Gleichberechtigung für den Zutritt zu den leitenden Stellen der Verwaltung in Preußen und im Reich. Aber auf die Anträge der Liberalen antwortet der Reichstagskanzler: Verfassungsreform — nein, Wahlreform — nein, Einschränkung der feudalen Bureaucratie — nein, und das nennt er dann Politik der mittleren Sinne. (Große Geisterheit.)

Da hatte doch der Vorgänger des Herrn v. Bethmann die Dinge etwas tiefer durchgesehen, als er das Experiment der Paarung von Kammer und Reichstag machte. Weit her waren seine Konzeptionen zwar nicht, und als er Ernst machte, ist Fürst Bülow gefallen. Nicht an der Erbschaftsteuer allein, sondern in erster Linie ist er

an dem Versprechen der Thronrede auf eine Wahlreform gescheitert. Und Herr v. Bethmann steht ja offenbar nur noch auf seinem Platze, weil er sich gebunden hat, dies Versprechen in die Verfassung verschwinden zu lassen.

Der Reichstagskanzler hat dann den von uns gestellten ersten Vizepräsidenten wegen einer Äußerung auf das Hohenzollernhaus angegriffen. Er hätte mindestens auch daran erinnern müssen, daß die harten Äußerungen auf Gegenseitigkeit beruhen und daß von der andern Seite Äußerungen gefallen sind, gegen die sich die Worte Scheibemanns noch schwach ausnehmen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Der Reichstagskanzler hat auch eingegriffen, daß dem Präsidenten und zweiten Vizepräsidenten die nachgesuchte Audienz verweigert werde. Als es anfangs hieß, es handle sich um einen persönlichen Akt des Kaisers, dachte ich an das Wort Bülow, der Kaiser sei nicht so kleinlich. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Verweigerung der Audienz soll ja eine PreSSION auf den Reichstag sein, es würde seiner Würde nicht entsprechen, wenn er derartigen PreSSIONsversuchen nachgibt. (Sehr gut! b. d. Soz.) An der republikanischen Stimmung der Sozialdemokratie soll ihre Mitarbeit scheitern. Bei der eckelbringenden Verfassungsreform hat man danach nicht gefragt. Ein theoretisches Bekenntnis zur Republik haben schon ganz andre Leute abgegeben, selbst Bismarck. In Wahrheit ist ja auch ihr Grund gegen uns der, daß unser Einfluß in der Sozialpolitik Opfer heißt, von denen die opfern können. Die Konsequenz der allgemeinen Schulpflicht und allgemeinen Wehrpflicht ist, daß

der Wille der Masse höchstes Gesetz wird. Erst in diesen Tagen ist eine Minderheitsmonarchie zusammengebrochen, in China, weil sie nicht verstanden hat, sich den Notwendigkeiten der Zeit anzupassen. (Sehr gut! links.) Auch die preussischen Wandschmied wollen den Monarchen lediglich als Instrument ihres Willens benutzen. 1807 sagten Stein und Hardenberg zum König von Preußen, man spreche ja nicht zurück von dem Hauptgrundgesetz der möglichsten Freiheit und Gleichheit. Wo ist der Staatsmann, der heute dem König solchen Ratsschlag geben würde. Ein einsichtiger Staatsmann würde sich sagen, daß eine Veröhnung mit der Monarchie nur denkbar ist, wenn er dem Volke eine demokratische Verfassung gibt. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.)

Als sich in England vor ein paar Jahren die Gegensätze zuspitzten, stellte sich der Monarch nicht auf die Seite der Lords, sondern auf die der Volksmehrheit. Diesen Rat sollten auch unsere Minister dem Monarchen geben. (Sehr gut! links.) Hinter den Verfassungsanträgen steht die große Mehrheit dieses Hauses

und die übermächtigende Mehrheit der Wähler. Die ablehnende Haltung des Kanzlers ist die Kriegserklärung an den Volkswillen. (Sehr gut! links.) Wir sind bereit zur positiven Mitarbeit, Herr v. Bethmann übt absolute Verneinung. Gelingt es trotz eines geschlossenen Zusammenschlusses der auf dem Boden dieser Anträge stehenden Abgeordneten nicht, den Widerstand der Regierung zu überwinden, dann haben wir ein gutes Gewissen, dann wird es neu wählen und ein neues Volksgesetz geben. Verjagt der Liberalismus diesmal, dann kann er sich begraben lassen. Natürlich würde so die soziale Frage nicht gelöst, aber die Voraussetzung für eine friedliche Weiter- und Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse geben. Die Millionen, die bedrückt und bevormundet sind, wollen aufsteigen zu menschenwürdiger Existenz. Die Sozialdemokratie ist unüberwindlich, weil ihr Ziel die

Beiseitigung des Zwangs zur Massenarmut, die Entfaltung aller Kräfte und aller Glücksmöglichkeiten ist; mit ihren vertriebenen und vermoderten Waffen kann die Regierung die Sozialdemokratie an der Erfüllung ihrer welt-historischen Mission nicht hindern. (Stürm. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schiffer (natl.): Ich kann nur die Darstellung Baasches bekräftigen. Herr Bebel muß sich geirrt haben. (Hört, hört! rechts.) Seine Darstellung reicht nicht bis zu den bei der letzten Besprechung ausgetauschten Erklärungen. Bebel's Äußerungen bei dieser Besprechung konnten nicht anders ausgefaßt werden als dahin, daß der sozialdemokratische Vizepräsident im Falle der Behinderung des ersten Präsidenten bereit sein werde, den Reich bei Hofe zu machen und das Kaiserthum auszubringen. (Hört, hört! rechts.) Ich habe damals ausdrücklich festgestellt, daß diese Äußerung gefallen ist. (Bebel: Das ist nicht wahr!) Vielleicht erinnert sich Bebel an seinen Scherz, er könne nicht dafür garantieren, daß an dem entscheidenden Tage der sozialdemokratische Vizepräsident wegen einer Darmverstopfung (gr. Geisterl.) die Leitung nicht übernehmen könne. Ich muß ja jetzt annehmen, daß Bebel's Erklärung, die er vergessen haben muß, dem Willen seiner Partei nicht entspreche. Von dieser sehr ernstlichen Erklärung nehme ich an, daß sie geeignet ist, unsere politischen Entschlüsse für die Zukunft außerordentlich zu erleichtern. (Lebh. Hört, hört! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Ueber die Erklärung des Abg. Schiffer bin ich einfach warr. Es ist fast kein wahres Wort daran. (Stürmische Geisterheit, große Bewegung.) Als wir am 7. Februar

von den nationalliberalen Herren gefragt wurden, ob wir die staatsrechtlichen Verpflichtungen für den von uns beanspruchten ersten Vizepräsidenten übernehmen, erklärten wir: Selbstverständlich; worauf die Herren meinten, mehr zu fordern hätten sie keinen Anlaß. (Hört, hört! rechts.) Freiherr v. Bering erklärte, er könne über die Stellung seiner Fraktion ein Urteil nicht abgeben, ihm sei die Uebernahme der höfischen Verpflichtungen wesentlich. Wir erklärten ihm, eine Uebernahme in unserer Haltung beim Kaiserthum würde nicht eintreten. Bei einer weiteren unangefangenen Unterhaltung sagte ich, von einer Teilnahme an höfischen Veranstaltungen könne unsrerseits keine Rede sein. Und jetzt erklärt Herr Schiffer das Gegenteil! Ich habe nur gesagt, für den kranken Präsidenten müsse der Vizepräsident eintreten, von Hofgänger und Kaiserhof war keine Rede. Als die entscheidende Stunde gekommen war und wir eine Erklärung abgaben, daß wir uns an höfischen Veranstaltungen nicht beteiligen, erklärte uns Herr Schiffer, die Nationalliberalen könnten keine Erklärung dahin abgeben, daß sie, wenn wir auch bereit sind, ihren Kandidaten zum Präsidenten zu wählen, für die Wahl unfreier Kandidaten zum Vizepräsidenten garantieren könnten. Darauf beschloßen wir, in allen Wahlgängen für unsere Kandidaten zu stimmen. Nachdem für unsere Genossen Scheibemann eine größere Anzahl Nationalliberaler gestimmt hatten, traten wir geschlossen für Herrn Baasche als zweiten Vizepräsidenten ein. So ist der Hergang und jede andre Darstellung muß ich unbedingt als unrichtig bezeichnen.

Abg. Baasche (Soz.): Herr Schiffer hat den grundlegenden Verhandlungen nicht beigewohnt, und die Erklärungen seiner Freunde bei diesen nicht gehört. Die Grundlage der Verhandlung wurde wieder in Zweifel gezogen, als Herr Schiffer auf der Bildfläche erschien. Es ist nur nebenher vom Kaiserthum gesprochen worden, ohne irgend etwas zuzugeben. Bei Herrn Schiffer war der Wunsch der Vater des Gedankens. Weil er wünschte, daß die Sozialdemokratie eine Erklärung in seinem Sinne abgäbe, hat er die scherzhafte Bemerkung Bebel's in seinem Sinne gedeutet, d. h. mißdeutet. (Bravos! b. d. Soz.)

Abg. Gröber (Ztr.): Nach meiner Erinnerung hat sich Bebel's Erklärung mit dem befreit, was Herr Schiffer hier angeführt hat. Dagegen haben die Herren ausdrücklich erklärt, sie könnten sich nie damit einverstanden erklären, ohne die Zwangs-lage einer Behinderung des Präsidenten durch Krankheit zu spüren zu gehen.

Abg. Schiffer (natl.): Herr Gröber hat meine Darstellung bestätigt. Jedenfalls wissen wir für die Zukunft ganz genau, was wir nun von den Herren Sozialdemokraten zu erwarten haben. (Bravos! rechts.)

Abg. Dr. Zund (natl.): Ich habe die Bebel'sche Erklärung, ein sozialdemokratischer Vizepräsident werde sich bei Behinderung des Präsidenten der Verpflichtung, ein Kaiserthum auszubringen, nicht entziehen, nicht als Scherz auffassen können.

Abg. Bebel (Soz.): Ich bekräftige auf das entschiedenste, daß die Darstellung Zunds richtig ist. Können Sie (zu den Nationalliberalen) bestreiten, daß Sie, nachdem wir uns bereit erklärt hatten, die staatsrechtlichen Verpflichtungen zu übernehmen, erklärten, Sie könnten von uns sonst nichts verlangen? (Bursche von den Nationalliberalen.) Aber, das bestreitet er nicht. Unser Marsch Verhalten hat doch die Nationalliberalen bestimmt, die Verpflichtung, unsere Kandidaten zu wählen, abzulehnen. Wie kann man also behaupten, wir hätten uns zum Hofgang verpflichtet? Das eine weiß ich: Mit den Nationalliberalen lassen wir uns nie mehr in Verhandlungen ein! (Bravos! b. d. Soz. Große Geisterheit und lebhaftes Bursche.)

Abg. Müller (Meiningen, Fortschritt. Rp.): Es ist überaus traurig, daß im deutschen Parlament vertrauliche Gespräche öffentlich diskutiert und dabei die Glaubwürdigkeit von Abgeordneten angezweifelt wird. Besonders traurig ist das, wenn es einem Manne von dem hohen Ansehen und dem Alter Bebel's geschieht. Aber nach meiner Erinnerung kann ich nur bekräftigen, was Herr Gröber ausgesagt hat. Damit schließt die Debatte.

Abg. Erzberger (Ztr.) erklärt persönlich, daß für ihn die Frage gelöst sei, ob er amtlichen Mitteilungen über den im vorigen Jahre drohenden Weltkrieg oder Mitteilungen englischer Staatsmänner mehr Glauben beizumessen habe.

Der Etat geht an die Budgetkommission. Die Anträge der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberalen und des Zentrums auf Uebernahme der Geschäftsbildung werden auf Antrag des Abg. Spahn (Ztr.) an die Geschäftskommission überwiesen.

Es folgt die Beratung von kolonialen Rechnungs-sachen.

Abg. Roske (Soz.): Der unhaltbare Zustand, daß sich der Reichstag mit 5 bis 6 Jahre alten Rechnungen befassen muß, muß endlich aufhören. In den Kolonien ist bis in die neueste Zeit ganz ungenügend gewirtschaftet worden. Der Rechnungshof muß die

zuerst hatte man ihren häufigen Besuchen im Herrenkonfessionslager weiter kein Gewicht beigelegt, aber nachgerade fiel es doch auf; Karen hatte durch Trude Schiller erfahren, daß man sich über diese Freundschaft gehörig mokierte und die verschiedensten Handlöffeln dazu machte.

Allesmal, wenn sie solche Anspielungen hörte, setzte ihr der Atem aus vor Angst und Entsetzen. Sie hatte dann jedesmal das Gefühl, als wenn sie die Schuldige sei, sie, die wußte, was die andern nur vermuteten. Das Geheimnis drückte sie schwer, wie das Bewußtsein eines Verbrechens, dessen Mitwiferin sie war, und das sie geschehen ließ, ohne auch nur den Versuch zu machen, es zu verhindern. Mehrere Male hatte sie einen Anlauf genommen, mit Agnes darüber zu sprechen, ihr zu sagen, was sie damals oben im Lager gesehen, aber das Wort blieb ihr jedesmal in der Kehle stecken.

Josua beobachtete zu scharf, als daß ihm die Verwirrung des Mädchens entgehen konnte. Ohne Zweifel mußte sie, wo Agnes redete, wollte sie aber nicht verraten; irgend etwas war nicht in Ordnung.

„Ich werde selbst sehen, ob ich sie finde,“ sagte er, nahm seinen Hut und trat durch die Verbindungstür in das Haus.

Der erste, der ihm entgegenkam, war Herr Luf.

„Ich habe meine Schwägerntochter in spe,“ sagte er.

„Haben Sie Fräulein Matrei vielleicht irgendwo gesehen?“

„Ja? Nein. Aber vielleicht ist sie oben im Herrenkonfessionslager...“ Luf brach plötzlich, als sei er sich im Moment einer Unvorsichtigkeit bewußt geworden, ab.

„Das heißt, ich meine nur, ich glaube, Fräulein Matrei da vorhin gesehen zu haben.“

Josua wußte nicht, was er von dem sonderbaren Weisen des Einflüsterers denken sollte. Drei Minuten weiter war er oben.

Da stand Agnes leichenblass in einer Zimmertür und plauderte mit dem Aufwartsherrn. Sie hatte eine volle Gesichtshälfte wachen müssen, weil er zu tun gehabt, und hielt sich jetzt angrigelig dafür schadlos.

Josua starrte. Das selbe unangenehme, undefinierbare

und deshalb fast unheimliche Gefühl, das ihn vor reichlich zwei Stunden aus dem Hause hierher getrieben hatte, überlief ihn abermals. In diesem Augenblick hatte Agnes ihn bemerkt und kam auf ihn zu.

„Ich hatte in der Reparatur zu tun,“ sagte sie, noch ehe Josua sie angedeutet hatte. „Ich muß mich eilen, die Kleine ist allein im Laden...“

„Ich will Sie für den Abend mit zu uns herausnehmen. Wo ist Herr Schulz?“

Herr Schulz ist zu einer Besichtigung, muß aber jeden Augenblick zurückkommen.“ Sie hatte für den Abend nichts vor, da Elias Viesefeldt zu einer Besichtigung mußte, und die Einladung kam ihr ganz gelegen.

Josua nickte nur. Hier unter hundert wachenden Augen und aufstrebenden Ohren wollte er der Braut seines Sohnes keine Vorhaltungen machen.

Der zweite Verkäufer der Antiquitätenabteilung war eben gekommen, als sie den Laden betreten. Agnes war sofort abkömmlich.

„Ich habe fünfundsiebenzig Minuten im Laden auf Sie gewartet,“ sagte Josua, als sie zusammen im Automobil saßen. „In dieser Zeit war das gesamte Lager dem kleinen Lehmann anvertraut. Sie wissen ebenjotig wie ich, Agnes, daß eine derartige Pflichtverletzung seitens einer Angestellten die Firma zur sofortigen Entlassung berechtigt. Ich hoffe nicht, daß das schon öfter vorgekommen ist. Jedenfalls darf es nicht wieder passieren.“

Agnes murmelte eine unverständliche Entgegnung. „Heute morgen bekamen wir einen Brief von Friedrich,“ nahm Josua nach einer Weile das Gespräch wieder auf. „Sie auch?“

„Ja... ich auch.“

„Was schreibt er?“

„Friedrich? Ach... nun, wie immer... Es geht ihm gut... Er ist ja so gern drüben...“ Sie hatte ihm das Gesicht etwas abgewandt, dachte es aber, wie hypnotisiert von dem strengen, forschenden Blick, der sich auf sie richtete, um und Josua zu.

„Sie kennen mich schlecht, liebe Agnes,“ sagte er kalt, „wären Sie etwas vorachtiger sein. Es gibt zwei

Dinge, in denen ich keinen Späß verstehe, das sind Pflicht und Wahrheit. Selbst das leiseste, bewußte Abweichen von der Wahrheit ist mir so zuwider, daß ich den Betreffenden, den ich dabei ertappe, niemals wieder recht vertrauen kann. Wo kein Vertrauen ist, geht auch die Sympathie meistens flöten. Warum sagen Sie nicht einfach, daß Sie Friedrich's Brief heute noch nicht gelesen haben? Ich fand ihn unter den alten Stichen im Laden. Hier ist er...“

Er zog den Brief aus der Tasche und warf ihn Agnes in den Schoß. „Sie hatten den Brief Ihres Verlobten offenbar vergessen, denn ich habe nicht bemerkt, daß Sie bei unserm Fortgehen danach geschaut hätten. Briefe umherliegen zu lassen, ist immer eine Nachlässigkeit. Briefe vom Bräutigam pflegen junge Mädchen sonst achtsamer zu verwahren.“

Agnes' Finger zitterten, als sie den Brief in die Handtasche legte. Sie wollte eine Entschuldigung vorbringen, irgendeine Ausrede, aber die klaren, durchdringenden Augen schienen ihre Gedanken zu erraten; unter diesem Blick wagte sie nicht, eine neue Unwahrheit zu sagen. In Wahrheit hatte sie Friedrich's Brief im Geschäft lesen wollen, wurde aber, da an diesem Nachmittag ausnehmend viel zu tun gewesen war, verhindert, es zu tun, und nachher hatte sie den Brief wirklich ganz vergessen.

Vor Zorn über die Zurechtweisung, Verwirrung und Beschämung fing sie an zu weinen. Aber Tränen versengen nicht bei Josua. Als sie laut schluchzte, wurde er ungeduldig. „Beherrichen Sie sich, Agnes,“ sagte er kalt. „Gefühls-eruptionen soll man zwischen seinen vier Wänden abmachen. Ich wünsche nicht, daß Ihre Miene Ursache zu Fragen gibt, und wir sind gleich zu Hause.“

In seinem Lohne lag ein Imperativ, der keinen Widerspruch duldete.

Gehorsam trodnete sie die Tränen ab. Nach einer Weile begann Josua im gewöhnlichen Gesprächston von gleichgültigen Dingen zu plaudern. Trotzdem wirkte der kleine Zwischenfall in Agnes nach; sie fühlte den Boden unter sich wanken und sich von einer ihr sonst fremden Unsicherheit benommen. . . .

(Fortsetzung folgt.)



Nichtigkeit unserer Kritik bestätigen. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen solcher Mißwirtschaft an und bedauert, daß der Reichstag gar keine Möglichkeit hat, die schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen.

Abg. Erzberger (Str.) äußert sich in dem gleichen Sinne. Unterstaatssekretär Conze vom Reichskolonialamt meint, daß die eroberten Vorküsten meistens auf Mißverständnissen beruhten.

Nachdem Abg. Erzberger nochmals gegen diese Zustände gesprochen und ein Regierungskommissar erklärt hatte, daß der Rechnungshof in Zukunft seine Bemerkungen dem Reichstag viel eher zu machen lassen können, werden die Rechnungsfachen an die Rechnungs-Kommission überwiesen.

Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen der Fortschrittler und Sozialdemokraten betreffend die Aufhebung der Zölle auf Kartoffeln und Futtermittel.

Schluß 5 Uhr.

## 9. französischer Parteikongreß.

Nach den Begrüßungsreden der ausländischen Delegierten wurde in der Nachmittagsitzung am 18. Februar zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission gegeben. 80 von 84 Föderationen sind durch 200 Delegierte vertreten, die im Besitz von 2575 Mandaten sind. Nach dem neuen Statut erfolgt die Abstimmung nach Mandaten derart, daß auf je 25 Mitglieder ein Mandat entfällt. Ueber die Art der Abstimmung entspann sich dann eine sehr heftige Geschäftsordnungsdebatte, die von den Guesdisten herbeigeführt wird, um sich das Übergewicht zu sichern, das der neue Abstimmungsmodus den starken Organisationen — und damit ihnen selbst — gibt. Schließlich bringen die Guesdisten mit 1380 gegen 1126 Stimmen durch.

In der Vormittagsitzung vom 19. wurden zunächst über die unter der Legation der Partei errichtete Ferienkolonie verhandelt und die Angelegenheit, die in gegenseitige Anklagen ausartete, einer Kommission zur Prüfung überwiesen.

Es kommt dann der Bericht der Parteileitung zur Verhandlung, wobei die üblichen Klagen über mangelnde Berücksichtigung der Organisationen laut werden. Es wird auch auf die Stagnation der Partei hingewiesen. Genosse Jaurès erinnert daran, daß es Pflicht der Organisationen sei, überall Kandidaten aufzustellen. Angesichts der Wahlreform dürfen wir deren Gegner nicht im Zweifel darüber lassen, daß es uns mit der Durchführung der Proportionalwahl Ernst ist. Er schlägt deshalb vor, der Kongreß möge beschließen, daß auf keinen Fall in der Stichwahl für einen bürgerlichen Kandidaten gestimmt werden darf, der nicht für die Proportionalwahl zu stimmen sich verpflichtet. (Lebhafte Beifall.) In der weiteren Debatte wird besonders noch auf den Ausbau der Presse hingewiesen und beantragt, die Partei möge für diese größere Mittel zur Verfügung stellen. Der Antrag wird der Parteileitung überwiesen.

In der Nachmittagsitzung kommt der Bericht der Parlamentsfraktion zur Diskussion. Vaillant stellt hierzu den Antrag, über den Zwischenfall Ghesquière-Compère-Morel zur Tagesordnung überzugehen.

Die beiden Genossen haben in der Kammer in sehr energischer Weise gegen die syndikalistische Taktik Stellung genommen, was ihnen die heftigsten Angriffe der Syndikalisten und die Proteste eines Teiles der Genossen eintrug. Vaillant führt zur Begründung seines Antrags aus, daß es sich dabei im Grunde um die Frage der Beziehungen der Gewerkschaften zur Partei handle. Diese Frage sei jedoch seit dem Kongreß von Limoges gelöst.

Compère-Morel erkennt wohl die guten Absichten Vaillants an, kann jedoch seinem Wunsche nicht nachkommen. Erst hat man uns im ganzen Lande denunziert und jetzt will man uns einen Knebel aufsetzen? Es kann uns nicht verwehrt werden, hier uns auszusprechen. Niemals haben wir die Konföderation angegriffen. Wir dürfen nicht glauben lassen, daß wir gegen die Konföderation als solche aufgetreten sind, wir haben im Gegenteil mit unsrer Intervention nur deren Stärkung beabsichtigt. (Lebh. Beifall.)

Ghesquière: Wenn man hier die Aussprache verhindern will, so nur, weil man verhindern will, daß der Kongreß sich über die Sabotage und die direkte Aktion ausspreche. (Stürmischer Beifall und Widerspruch.) Wochenlang haben die einen uns gelockt, die andern ihr Verhalten ausgesprochen, andre wieder uns beglückwünscht. Wir müssen endlich wissen, ob wir Rote oder Gelbe, Revolutionäre oder Verräter sind. Wir wollen keine Einstellung der Unterwerfung. Die Partei muß sich für oder gegen die Anarchie aussprechen. (Beifall und große Unruhe.) Der Kongreß gerät in eine immer gereiztere Stimmung, die sich in stürmischen Zwischenfällen entlädt.

Vaillant erklärt seinen Antrag zurückzuziehen, nachdem weder Compère-Morel noch Ghesquière sich ihm angeschlossen haben. Für mich, erklärt Vaillant, ist alles, was die Konföderation beschließt, gut, weil sie es beschließen hat. Wir fürchten die Diskussion nicht, aber dann muß sie auch gründlich sein und dazu hat der Kongreß keine Zeit.

Lafont: Was wir nicht wollen, ist, daß unsere Genossen im Parlament der Arbeiterklasse Sektionen des Millerandismus und der Harmoniebuselet erteilen. Nicht über die Anarchie wird hier abgestimmt werden, sondern über die Parteizucht.

Sigte Duenin nimmt den Antrag Vaillant wieder auf. Es wird jedoch Schluß der Debatte beschlossen und zugleich, daß noch Bracke und Jaurès zu dem Antrag sprechen sollen.

Jaurès: Ich verstehe wohl die Gründe, die unsre Genossen Compère-Morel und Ghesquière haben, um vom Kongreß gehört zu werden und es geht deshalb nicht an, sie nicht zu hören. Es handelt sich hier jedoch nicht um eine Personenfrage, sondern darum, ob die von ihnen ausgesprochenen Ideen richtig sind. Wir werden dabei jedoch unvermeidlich in eine allgemeine Diskussion über die Politik der Partei hineingerissen, die nicht auf der Tagesordnung steht. Die Konsequenzen einer solchen Diskussion werden also weit über den eigentlichen Gegenstand hinausgehen. Ich werde deshalb am Schluß der Diskussion den Antrag stellen, auf dem nächsten Kongreß als einzigen Punkt die Politik der Partei zu diskutieren. (Allgem. Beif.) Ein Teil von uns ist der Auffassung, daß wir nur durch eine ständige Reformaktion zum Sozialismus gelangen können, andre wieder treten wohl auch für Reformen ein, glauben jedoch, daß im kapitalistischen Staate eine wirkliche Reform nicht durchgeführt werden kann, daß erst mit der Sozialisierung der Produktionsmittel wirksame Reformen möglich seien. Die Rolle, die Sie den Gewerkschaften zuweisen, hängt davon ab, wie Sie sich zu dieser Grundfrage stellen. (Allgemeine Zustimmung.) Wenn wir keinen nützigen Wortstreit führen wollen, müssen wir diese Grundfrage erst lösen. Es wird hierauf beschlossen, nach dem Parlamentsbericht die Angelegenheit Ghesquière-Compère-Morel zu verhandeln.

In der weiteren Diskussion wird kritisiert, daß die Parlamentsfraktion nicht genug für die gemäßigten Eisenbahner getan habe. Colly erwidert darauf unter dem lebhaften Beifall des Kongresses, daß er nur wünschen könne, die Eisenbahner verteidigten sich selbst so energisch, wie die Fraktion sie verteidigt. Die bürgerlichen Abgeordneten wissen sehr wohl, daß wir keine organisierten Massen hinter uns haben, daß die Eisenbahner in ihrer großen Mehrheit nicht einmal in unsre Reihenungen kommen. Statt alles vom Parlament zu erwarten, müßten die Eisenbahner ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Während 18 Monaten haben wir im Parlament 56 mal für die Eisenbahner interveniert. Statt in den katholischen Vereinen zu Kreuze zu kriechen, sollten die Eisenbahner ihrer Gewerkschaft und der Partei ihrer Klasse beitreten.

Albert Thomas setzt die Vorteile auseinander, die die Parteifraktion für die Gemäßigten durchgesetzt hat, insbesondere die Sicherung der erworbenen Pensionen bzw. die Zurückzahlung der Pensionsbeiträge.

Er kritisiert, daß die Partei nicht genügend in der Frage der Erbschaften getan habe und es zulasse, daß diese erteilt werden, ohne jede Garantie für die beschäftigten Arbeiter.

Albert Thomas erwidert, wobei es zwischen ihm und Guesde zu einer heftigen Kontroverse kommt. Albert Thomas be-

dauert, daß Brot so wegwerfend von der Nationalisierung des Bergbaues gesprochen habe.

Guesde: Die Nationalisierung vereinige alle Macht in Händen des Staates; mit der Staatsmacht die Macht des konzentrierten Kapitals. (Alb. Thomas.) Sie stellen dem gesteuerten Privatkapital das konzentrierte Staatskapital entgegen? Aber ist nicht heute schon durch die Kontrolle und Trüste das Kapital konzentriert ohne jede staatliche Kontrolle? Auch die deutsche Partei hat stets die Staatsmonopole der Privatausbeutung vorgezogen.

Guesde: Es ist richtig, und wir haben das stets gesagt, daß das Privatkapital sich immer mehr verkrüppelt. Ein Staatsmonopol ist weiter nichts als die Krönung dieser Konzentration. Und das geben

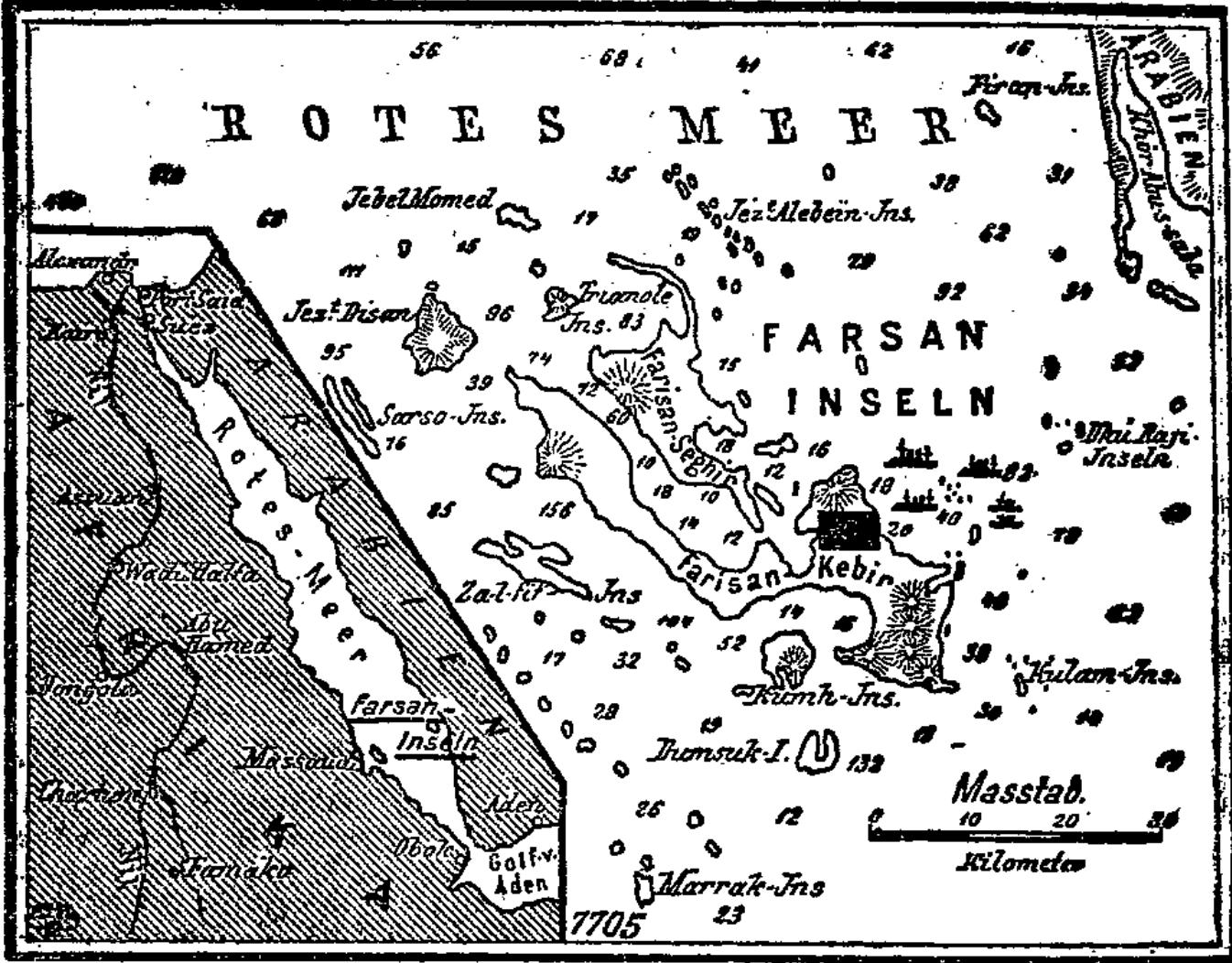
Sie als Hauptreform an und verlangen, daß sie die Arbeiter selbst machen, sich selbst den kapitalistischen Staate, ihren Feinde, ausliefern sollen. Es ist mir unverständlich, ich betrachte es geradezu als einen Selbstmord, zu sagen, daß die Staatsmonopole für die Arbeiter ein Mittel zu größerer Freiheit sind. Nie und nirgends hat die deutsche Partei eine Resolution angenommen, in der die Staatsmonopole als Reform gegen den Kapitalismus empfohlen wurden. Solange es Klassen gibt, kann von einer Nationalisierung nicht gesprochen werden, sondern nur von einer Staatsführung. (Alb. Thomas) erklärt, daß der Staat nicht immer der Feind, sondern ein Schlichter ist, das wir den Kapitalisten nicht überlassen dürfen. Die Bodenbesitzer sind Rationaleigentum und diesen den Kapitalisten nicht ausgeliefert werden.

## Die Italiener im Roten Meere.

Die Italiener, deren Feldzug in Tripolis nicht von der Stelle rückt, tragen jetzt den Krieg nach Arabien, in jene Gebiete, wo die Türken mit den unabhängigen Araberstämmen seit Jahren in blutiger Fehde liegen. Sie haben auf den dem Jemengebiet bei Gobeida vorgelagerten Farjan-Inseln 500 Mann gelandet, die durch

den Krieg auf das arabische Festland herüberzutragen, ein Plan, der um so mehr Aussicht auf Erfolg biete, da sie ja von den Arabern selbst unterstützt würden.

Die Farjan-Inseln, welche unsre Karte zeigt, sind eine nach den beiden Hauptinseln benannte Gruppe kleiner Eilande zwischen 16 1/2 und



200 Anhänger des türkenfeindlichen Araberführers Saïd Abdri verkräftet wurden.

Das Vorgehen der Italiener bezweckt anscheinend, auch auf die tripolitanischen Araber einen Druck auszuüben und sie zum Friedensschluß geneigter zu machen. Da die Italiener durch eine scharfe Blockade der arabischen Küste des Roten Meeres dafür gesorgt haben, daß ihnen die Türken zu Wasser nicht gefährlich werden können, werden sie die Farjan-Inseln trotz der geringen Besatzung wohl behaupten, wenn sie nicht die Absicht haben, die Inseln zu einem Flottenstützpunkt zu machen und von hier nach Anbruch entsprechender Verstärkungen

17 Grad nördlicher Breite und liegen im südlichen Drittel des Roten Meeres, 49 Kilometer von der arabischen Westküste entfernt. Die Hauptinsel Farjan el Kebir enthält einen vollkommen geschützten Hafen und bildet mit der zweiten Hauptinsel zusammen einen zweiten, ebenfalls durchaus sicheren Hafen mit genügender Wassertiefe für die größten Kriegsschiffe und Ozeandampfer.

Umgeben mit Datteln und Dattelpalmen reich versehenen Hauptinseln, liegen um dieselben herum noch eine ganze Reihe kleinerer Inseln. Auf einer derselben, Konuch, befindet sich eine deutsche Kohlenstation.

## Provinz und Umgegend.

### Die landwirtschaftliche Maschine

hat sich in Laufe der Jahrzehnte in Deutschland ein immer größeres Gebiet erobert. Während 1882 von den reichlich 5 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe erst rund 392 000 Maschinen in ihren Dienst gestellt hatten, waren es von den 5 1/2 Millionen Betrieben, die 1895 gezählt wurden, bereits 972 000, und die letzte Zählung im Jahre 1907 ermittelte unter den 5 738 082 landwirtschaftlichen Betrieben 1 497 976, in denen landwirtschaftliche Maschinen verwendet wurden.

Mit diesem Siegeszug der Maschine werden alle, die in der Landwirtschaft arbeiten, vor eine neue Aufgabe gestellt; sie müssen lernen, sich der Maschinen in rationellster Weise zu bedienen. Der landwirtschaftliche Arbeiter entwickelt sich so vom einfachen Knecht und Tagelöhner mehr und mehr zum Träger komplizierter Arbeit; die Bedienung der Maschinen stellt an seine Auffassungsgabe, seine Geschicklichkeit und seine Aufmerksamkeit erhöhte Anforderungen. Der Einzug der Maschine in die Landwirtschaft muß mit der unheilbaren Meinung aufräumen, daß sich die Arbeit in der Landwirtschaft auch ohne Bildung verrichten ließe. Die Junter huldigen zwar noch dem Grundglaube des Heiligen der katholischen Kirche Thomas von Aquino: „Für die Sklaven, die das Land bebauen, ist es zuträglich, daß sie stark an Körper, aber schwach an Verstand sind.“ So werden sie nützlich sein für die Bearbeitung des Landes und nicht ausarten in Untertriebe wider ihre Herren.“ Die Krautpunter betrachten, diesem Grundglaube des heiligen Thomas getreu, die Volksschule als die überflüssigste Einrichtung der Welt, schreiben im Landtag, in Verfammlungen Zeter und Mordio über die „ungeheuern Schullasten“, jammern vor allem über die kostbare Zeit, die die Kinder der Landproletarier auf der Schulbank „vertrödeln“. Es wäre dem junterlichen Geldsack nützlicher, wenn die Kinder während dieser Stunden ausbeutelet werden könnten.

Den Vorteil der Maschinenarbeit einzusehen, dazu reicht ihr Verstand noch hin; sie lassen ihre Felder mit Maschinen bearbeiten. Daß mit der veränderten Arbeitsmethode auch die Vorbildung der Arbeiter anders werden muß, diese Selbstverständlichkeit können sie in ihrer starren Borniertheit nicht erkennen. Noch viel weniger will ihnen einleuchten, daß durch die Maschinentechnik auch die Arbeitsverhältnisse umgestaltet werden müssen. Die Junter bedienen sich des Elektromotors, der Dampfmaschine, des Dampfpflugs, der Drillmaschine, ihre Arbeiter sollen aber noch die Rolle der Leibeigenen spielen. Jede selbständige Regierung der Arbeiter, alles Streben nach geistiger Bildung, das die moderne Arbeiterbewegung bei den Landproletariern weckte, suchen sie gewalttätig zu unterdrücken.

Die Maschine wird auch den harten Boden der rückständigen Herrschaft der Junter aufreißen, umpflügen. Eine neue Saat wird durch die Krume drängen; die Erkenntnis der Landarbeiter, daß sie die alle Abhängigkeit abschütteln müssen im Interesse der Kultur, des Fortschrittes der Arbeit in der Landwirtschaft.

Groß-Ottersleben, 21. Februar. (Kriegsspiele.) Am vergangenen Sonntag morgen wurden die Einwohner von Klein-Ottersleben durch den Gesang von militärischen Marschliedern überrascht. Den Neugierigen zeigte sich ein recht eigenartiges Bild. Hunderte von Schülern der Magdeburger Schulen zogen zum nationalen Kriegsspiel nach den Hängelbergen und auch aus unfern Orten war die liebe Schulfugend mit herangezogen worden, um unter der Leitung Erwachsener die „Freuden des Soldatenlebens“ kennen zu lernen. Wenn man dem Lautendrang verschiedener Personen auch nicht hindernd im Wege stehen will, so ist es doch nicht zu verstehen, daß die Kinder in der Schule gerade mit solchen Spielen „erzogen“ werden sollen. Die Unkosten dieser Kriegsspiele werden jedenfalls aus dem Millionenfonds

gedeckt, welcher vom preussischen Landtag zur Hebung der nationalen Jugendbewegung und zur Bekämpfung der Arbeiterjugendbewegung bewilligt wurde. Die Arbeiter mögen auf ihre Kinder achten, damit diese nicht zu Gegnern der eignen Klassengenossen erzogen werden. Wenn sich die Jugend der Arbeiterbewegung verschaffen will, wird ihr im Sommer durch Arbeiterportvereine oft genug Gelegenheit geboten werden.

Aderstedt, 21. Februar. (Wahl in A. Länge.) Unser Pastor hielt nach der Reichstagswahl auch seine Trostpredigt. Das wird jetzt, in der schweren Zeit der roten Not, in allen Orten so gehalten. Der Pastor Harnisch gab aber in seiner Rede, die er gelegentlich eines „Gemeindeabends“ hielt, eine wunderbolle Entdeckung zum besten. Er hat gefunden, daß es wirkliche Sozialdemokraten und Gelegenheits-Sozis gibt, die sich nur freuen, wenn friedliche Leute verhetzt werden. Dieser neuen Art Sozialdemokraten sollen die Aderstedter Herzjesenrieden und vaterländische Gesinnung bringen. Sehr vertrauensvoll blickten aber auch nach dieser Rede die guten Leute um Herrn Harnisch nicht in die Zukunft. Sie wanderten deswegen in Gedanken 200 Jahre in der Geschichte ihres Dorfes zurück. Freydem 1711 auch ein schlimmes Jahr genannt zu werden verdient, schlimmer als das rote Jahr 1913 war es nicht, dachte die treue Gemeinde und träumte von der guten, alten sozialistischen Zeit. Der Vorstand des Kriegerevangeliums geht mit ganz anderem Mut und Latendrang an die Sozialistenvertilgung. Verdächtigen Mitgliedern schickt er einen Brief folgenden Inhalts:

Da Sie sich mit den Zielen und Bestrebungen der Statuten des Deutschen Kriegerevangeliums in Widerstand gesetzt haben, so hat der Vorstand des Landwehrevangeliums Aderstedt beschlossen, laut des Ausschluß-Paragrafen Gebrauch zu machen. Und Sie vom heutigen Tage aus dem Landwehrevangelium Aderstedt ausgeschlossen.

Der Vorstand.  
(Ein halbes Duzend Unterschriften.)

Schrumm! Wer sich „in Widerstand setzt“, wird ausgeschlossen. Wenn die nationale Gesinnung des wohlwollenden Vorstandes ebenso fest auf dem Beinen steht wie seine Sprachkenntnis, dann kann das liebe Aderstedt ruhig sein, es wird von den Roten niemals umgeföhrt. Die Arbeiter sollten aber aus reiner Menschenliebe dem Vorstand die schwere Arbeit des Briefschreibens ersparen, indem sie diesem überflüssigen Verein weit aus dem Wege gehen.

Althaldensleben, 21. Februar. (Der Kampf um das Mandat.) Am 15. März 1910 war unser Genosse Handhuhmacher King mit 117 Stimmen gegen 100 Stimmen, die auf die beiden Gegenkandidaten fielen, als Gemeindevorsteher gewählt worden. Die Gemeindevorstellung erklärte auf einen Einspruch hin die Wahl für ungültig. Sie schloß sich dem Protest an, in dem unter anderem behauptet worden war, daß bei der Wahl des Wahlvorstandes beziehungsweise der Wähler etwa zehn Personen mitgewirkt hätten, welche nicht zu den eingeschriebenen Wählern gehörten. Ferner sei es so wohl im Saale gewesen, daß manche Wähler nicht hätten in den Saal gelangen können. Manche hätten aus dem Hause heraus den Kandidaten zugerufen. Auf die Klage Kings, der die Angaben des Protestes bestritt, erklärte der Kreisaußschuß seine Wahl für gültig. Der Kreisaußschuß führte aus, es habe sich um den größten Saal des Ortes gehandelt, der für alle Platz gehabt habe. Wenn einer wirklich nicht hineingekommen sei, dann würde dessen Stimme am Resultat nichts geändert haben. Der Bezirksauschuß Magdeburg erhob Beweis und erklärte unter Aufhebung des Urteils des Kreisaußschusses die Wahl Kings für ungültig. Er führte aus:

Der Zutritt zum Lokal sei durch die am Eingang herumsiehenden Leute außerordentlich erschwert gewesen. Das habe der Bezirksauschluß für erheblich gehalten. Die Aussagen der Zeugen wichen ja nun zum Teil voneinander ab. Das erklärte sich daraus, daß jeder zu einer andern Zeit das Wahllokal aufgesucht habe. So viel geht aber daraus hervor, daß der Zutritt zum Wahllokal nicht unerheblich erschwert gewesen sei. Das genüge, um das Endergebnis zu einem zweifelhaften



zu machen. Bimal wenn man erwäge, daß zahlreiche Leute bei einer Schwingung, ins Wahllokal zu gelangen, von der Wahl ganz absehen. Diese man in Betracht, daß die Majorität keine große gewesen sei und einige weggegangen seien, ohne zu wählen, dann müsse man dazu kommen, daß das Ergebnis nicht als der reine Ausdruck des Willens der Mehrheit gelten könne. Die Wahl müsse daher für ungültig erklärt werden.

Genosse Ring legte Revision ein, welche in der Verhandlung am 20. Februar der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenbergs vertret. Der Anwalt rügte nach verschiedenen Seiten das Urteil als durchaus unzulänglich. Unter anderem hob er auch hervor, daß der Vertreter der Gemeindevertretung in Abwesenheit des Klägers vor dem Bezirksauschuß behauptet habe, daß die Ungültigkeit im Lokal (er meint das Zusammenstehen der Wähler an der Tür) auf eine Absicht der Sozialdemokratie zurückzuführen sei, die Wahl zu stören. Wichtigerweise sei der Ausfall des Urteils der Vorinstanz darauf zurückzuführen. Eine solche Absicht habe aber nicht im mindesten bestanden. Die Sozialdemokraten hätten eher ein Interesse daran gehabt, daß noch mehr Wähler erschienen. Das Urteil sei übrigens schon rein rechtlich unhaltbar.

Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil des Bezirksauschusses auf und verwies die Sache an die erste Instanz, den Kreisauschuß zurück. Es wurde ausgeführt: Es sei ein Rechtsirrtum, wenn der Bezirksauschuß davon ausgehe, daß die Wahl ungültig sei, weil, wie er sage, die Wahlteilnahme nicht unerheblich erschwert gewesen sei. Das genüge nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts durchaus nicht. Nur eine tatsächliche Verkümmern der Wahl würde sie ungültig machen. Eine solche sei aber durch das Zusammenstehen an der Tür nicht herbeigeführt worden, wie bei freier Verteilung angenommen werden müsse. Der Kreisauschuß müsse sich aber deshalb nochmal mit der Sache befassen, weil in den Urteilen gar nicht der Einwand berücksichtigt worden sei, daß es bei der Wahl der Weisiger des Wahlvorstandes nicht richtig zugegangen sei. Der Wahlvorstand sei aber so wesentlich, daß Fehler bei seiner Wahl die Wahlhandlung ungültig machen.

Halberstadt, 21. Februar. (Ein bestraffter „Auskunftsersteiler“.) Die Kaiserliche, wenn sie sich an die jährliche Adresse wenden, nach allen Regeln der Kunst geschöpft werden können, zeigte eine Verhandlung vor dem Landgericht. Beim Kaiserneubau verunglückte ein Mann namens A. aus Wehrstedt. Kurz nach dem Unfall starb der Verletzte. Die Ärzte stellten fest, daß er nicht an den Folgen des Unfalls, sondern an Tuberkulose gestorben war. Die Frau versuchte jedoch eine Rente zu erlangen und holte sich zu dem Zwecke Auskunft in dem sogenannten Internationalen Detektivbureau Greiff in Halberstadt. Hier fiel sie dem Privatdetektiv Paul Marzok in die Hände, der sie als willkommenes Ausbrennungsobjekt betrachtete und ihr versprach, die Sache zu „bearbeiten“, damit sie in den Besitz der Rente gelange. Zur Kennzeichnung dieses jamaikanischen Bureaus sei erwähnt, daß der Kumpau Marzok, der Privatdetektiv Hagedorn, vor kurzer Zeit bereits vom Landgericht wegen eines ähnlichen Betrugs verurteilt worden war. Marzok, der früher in Hannover Schutzmann gewesen ist, hat nun der Frau nach und nach unter allerhand Vorwänden ihre gesamten Ersparnisse von 200 Mark abgeschwindelt. Daß es ihm nur auf das Geld der so schändlich betrogenen Witwe ankam, hat sich bei einer Untersuchung in Augsburg, wo der Herr Privatdetektiv ergriffen wurde, ergeben. Es hat sich dabei nämlich herausgestellt, daß er von dem Versicherungsgesetz auch nicht einen Schimmer hat. Nachdem er der Witwe das Geld abgeschwindelt hatte, kam er nicht wieder und hat eines Tages das Weite gesucht. Das Gericht verurteilte den Betrüger unter Hinzurechnung einer vom Schöffengericht Magdeburg wegen Betrugs erkannten Strafe von 4 Monaten zu einer Gesamtstrafe von 9 Monaten Gefängnis. Der Fall zeigt wieder, wo sich diejenigen, die Rat und Schutz bedürfen, nicht hinwenden sollen. Der Betrüger ist zwar bestraft, aber die Witwe ist leider ihr Geld los. Würde sie an die richtige Stelle gegangen sein, hätte sie sich vor Schaden und Bedrängnis schützen können.

(Gegen die Sozialdemokratie.) In der Eisenbahnwerkstätte prangt wieder einer von den bekannten Erlässen, durch die den Eisenbahnarbeitern von Zeit zu Zeit ins Gedächtnis gerufen wird, daß sie der preussische Staat nicht als Gleichberechtigte betrachten. Der Erlaß weist darauf hin, daß die Eisenbahnarbeiter weder sozialdemokratische Versammlungen besuchen noch sozialdemokratische Zeitungen lesen dürfen. Der Staat verlangt also von diesen Arbeitern, daß sie nicht nur ihre Arbeitskraft für einen miserablen Lohn verkaufen, sondern auch ihre Gefinnung verleugnen. Nur von Verleugern kann natürlich die Rede sein, denn ihre Überzeugung, die sozialdemokratische ist, werden die Eisenbahnarbeiter nimmer aufgeben. Am allerwenigsten wird das durch derartige Erlässe erreicht.

Neuhaldensleben, 21. Februar. (Der zweite Akt.) Die Verhandlung des hiesigen Schöffengerichts am Dienstag gegen die Streikenden der Firma Sauer u. Koloff endete wieder mit einer Niederlage der Polizei. Es standen acht Angeklagte vor dem Gericht. Vier Polizeibeamte, der Polizeikommissar und zwei Arbeitswillige waren als Zeugen geladen. Der Polizeikommissar Joh sagte aus, daß ein Tonlieferant von den Streikenden belästigt worden sei. Verschiedene Arbeitswillige hätten sich nicht getraut, an den Streikposten vorüberzugehen. Arbeitswillige hätten sich darum von der Polizei nach der Arbeitsstätte führen lassen. Auch die Bürgerwehr hätte sich beunruhigt gefühlt (doch wohl nur die Fabrikanten), deshalb glaubte der Herr Polizeikommissar, daß seine Maßnahmen, die Streikposten aufzugeben oder doch so weit von der Fabrik zu entfernen, daß sie als Streikposten nicht mehr zu erkennen waren, notwendig waren. Die Beamten sagten nur, daß sie die Weisung hatten, jeden Streikposten anzuhalten und von Dreytze, Kalbörder Straße und Fürstenwall wegzuwiesen. Nicht ein Zeuge konnte angeben, daß die Angeklagten sich in irgendeiner Weise besonders bemerkbar gemacht hätten oder daß das Publikum oder die Arbeitswilligen belästigt worden wären. Alle Streikposten befolgten die Weisung der Polizeibeamten ohne Zögern. Der Staatsanwalt führte an, daß der § 360 Nr. 11 hier in Betracht käme (grober Unfug), und daß eine bloße Aufstellung der Streikposten nach den gemachten Wahrnehmungen eine große Beunruhigung unter den Arbeitswilligen hervorgerufen habe. Deshalb beantragte er 3 Mark Geldstrafe oder 1 Tag Haft gegen jeden der Angeklagten. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Jahrig, gestand die Anklage und betonte, daß das Koalitionsrecht das Streikpostenstellen nicht verbietet. Das Gericht beschloß, sämtliche Angeklagten freizusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen.

Stahlfurt, 21. Februar. (Betrug.) Der Arbeiter Friedrich Hoffmann aus Leopoldshall hat im September in Bendorf und in noch einigen andern Orten Schwindeltricks verübt und sich dadurch Logis und Geld verschafft. In allen Fällen gab er an, Schachtmeister zu sein und die Ausführung größerer Arbeiten unter sich zu haben. Wegen Betrugs in vier Fällen, Betrugsversuchs in drei Fällen und Urkundenfälschung in einem Falle wurde er vom Landgericht in Halberstadt zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 17. Februar 1912.

Folgen des Alkohols. Der Arbeiter Julius Preuß aus Döbersleben hat in angetrunkenem Zustand im Verlauf eines Streites einen Arbeiter mit einem Messer in die Schulter gestochen. Der Verletzte war dadurch mehrere Wochen arbeitsunfähig. Der Angeklagte, dem seine Trunkenheit als Milderungsgrund angerechnet wurde, erhielt wegen schwerer Körperverletzung 6 Monate Gefängnis.

Lieber ins Buchhaus. Der vorbestrafte Arbeiter Otto Hoffmann aus Barsleben hat im August v. J. in der Uckerländer Feldflur 60 Hämmer entwendet, indem er sie aus den aufgestellten Fällen nahm. Die Hämmer der Tiere versuchte er vergeblich zu verkaufen. Als er dann am Tage darauf, vom Hunger getrieben, einem Kutscher das Fröhndahl stahl, wurde es ihm wieder abgenommen. Er beteiligte sich dann ferner an einem Einbruch in einem Zigarrenladen und ent-

wendete von einem Neubau mehrere Gegenstände. Der Bitte des Angeklagten, ihn lieber ins Buchhaus zu schicken, kam das Gericht nicht nach. Er wurde wegen Diebstahls im Rückfalle zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und wegen Minderbrauchs zu drei Wochen Haft verurteilt.

Körperverletzung. Die Arbeiter Otto Anton, August Kahlmeyer, Wilhelm Heinemann und Albert Wigt aus Oschersleben sind beschuldigt, einen Arbeitskollegen in der Nacht zum 6. November ohne jede Veranlassung schwer mißhandelt zu haben. Der betreffende Arbeiter wurde von den Angeklagten getreten und mit einem Stöckel verprügelt, so daß er mehrere Verletzungen erlitt. Die Angeklagten Anton, Kahlmeyer und Heinemann wurden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, Wigt dagegen freigesprochen.

Falsch eid. Das Zimmermädchen Marie Köhler aus Wendefurth hat in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Bernigerode unter Eid ausgesagt, daß sie in den Nächten vom 24. bis 26. September in Schierke gewesen sei. Das entsprach nicht den Tatsachen. Die Angeklagte wurde wegen fahrlässigen Falschheids zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

## Vereine und Versammlungen.

Gemeindefreier.

Eine gut besuchte Versammlung tagte am 17. d. M. bei Nichte, Knochenhauerufer. In die Bauarbeiterschuttkommission wurde Kollege Peters gewählt. Der Antrag des Hauptvorstandes auf Erhöhung der Beiträge wurde von sämtlichen Rednern bekämpft. Zur Gautonferenz wurden delegiert Förster, Götzner, Rieter und Wobewig; als Ersatzmann Peters. Kollege Peters forderte die Anwesenden auf, für guten Besuch der am 24. Februar stattfindenden Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen Sorge zu tragen.

Schneider.

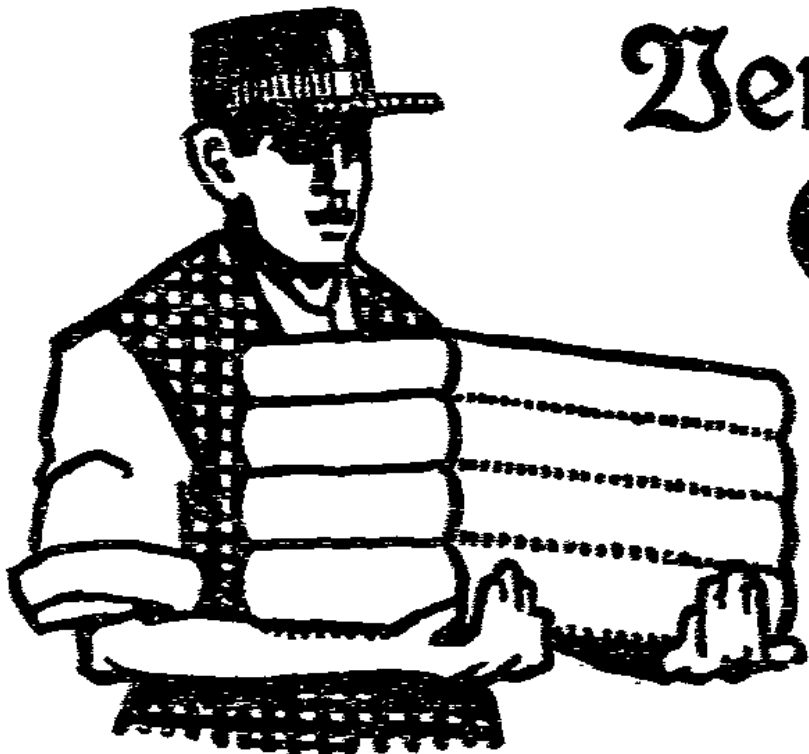
In einer stark besuchten Versammlung berichtete Kollege Müller über die Verhandlungen, welche mit dem Arbeitgeberverband geführt wurden. Da so gut wie keine Zugeständnisse erfolgten, werden sich am kommenden Donnerstag in Frankfurt die Hauptvorstände der in Betracht kommenden Organisationen und Vertreter der Gehilfen weiter mit dieser Angelegenheit befassen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob der Frieden im Schneidergewerbe erhalten bleibt. Die Magdeburger Gehilfen haben ihre Meinung in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

Die heute am 19. Februar tagende zahlreich besuchte Schneiderversammlung erklärt sich nach Anhören des Berichts über die Tarifverhandlungen mit den Maßnahmen der Tarifkommission einverstanden und beauftragt diese, alles zu tun, um die gestellten Forderungen zur Annahme zu bringen. Die Versammelten erklären weiter, daß sie für das herausfordernde Verhalten des Arbeitgeberverbandes zur rechten Zeit die gebührende Antwort geben werden. Sollten die Verhandlungen in Frankfurt nicht das gewünschte Resultat haben, so ist am 1. März die Arbeit niederzulegen.



**SULIMA**  
**Matrapas**  
Feinste Qualitäts-Cigarette  
zu 3 bis 5 Pfg. per Stück.

Gardinen, Rouleaux, Stores, in reichster Auswahl



Vertrieb von Erzeugnissen sächs.  
Gardinen-Fabriken

Georg Methner & Co.

Heute Eröffnung

unserer Einzelverkaufsstelle für Magdeburg  
Breite Weg 24, Ecke Berliner Str.

Schwesterfirmen in: Leipzig, Hamburg, Berlin, Dresden, Halle, Chemnitz



Nicht werden. Heute gilt in der Schweiz noch das System der privatrechtlichen Haftpflicht der Unternehmer. Diese Haftpflicht beschränkt sich deshalb auf die Betriebsunfälle und besteht nur dann, wenn der Unfall nicht auf ein unforsichtiges Verhalten des Verletzten zurückgeführt werden kann. Der Umfang der Haftpflicht ist aber auch in der Richtung eingeschränkt, daß der Unternehmer dem verletzten Arbeiter den Schaden nur bis zu dem Betrag von 6000 Kronen zu vergüten hat. Den Schaden, der diesen Betrag übersteigt, hat der Arbeiter an sich selbst zu tragen. Da aber das Gesetz den Unternehmer nicht etwa zwingt, sich gegen das Risiko der Haftpflicht zu versichern, ereignet es sich nicht selten, daß der Arbeiter einem mittellosen Unternehmer gegenübersteht und für seinen Haftpflichtanspruch keine Befriedigung findet. Allen diesen Mängeln wurde nun durch die Versicherung gründlich abgeholfen.

Die Versicherung erstreckt sich nach dem Gesetz auf alle Unfälle, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Arbeiter in der Fabrik oder außerhalb derselben zustoßen. Die Witwe, deren Mann beim Baden ertrunken ist, hat also den gleichen Anspruch, wie wenn er bei der Arbeit verunglückt wäre. Die Renten sind folgendermaßen festgesetzt: Im Falle gänzlicher Arbeitsunfähigkeit hat der Verunglückte Anspruch auf 70 Prozent seines effektiven Lohnes; ist er ganz hilflos, zum Beispiel infolge Erblindung, so kann die Invalidenrente auf 100 Prozent erhöht werden. Im Todesfall erhält die Witwe eine Rente von 80 Prozent, jedes Kind eine solche von 15 Prozent bis zum zurückgelegten 16. Lebensjahr; sind beide Eltern tot, so beträgt die Waisenrente 25 Prozent. Immerhin gilt die Beschränkung, daß die Hinterlassenenrenten 60 Prozent des Jahresverdienstes des Verunglückten nicht übersteigen dürfen.

Um die Kosten der Unfallversicherung leistet der Bund einen Beitrag in der Art, daß er die Hälfte der auf etwa 3 Millionen Frank veranschlagten Verwaltungskosten der Unfallversicherungsanstalt übernimmt. Im übrigen müssen die Kosten der Versicherung gegen Betriebsunfälle ausschließlich von den Unternehmern getragen werden. Die Kosten der Versicherung gegen Nichtbetriebsunfälle werden den Arbeitern zu drei Vierteln, dem Bund zu einem Viertel auferlegt. Die Prämie für die Nichtbetriebsunfälle ist auf etwa ein halbes Lohnprozent berechnet: für den mäßigen Betrag von 6 bis 7 Frank wäre also der Arbeiter gegen alle Nichtbetriebsunfälle versichert. Vorgesehen sind ferner Beiträge des Bundes an diejenigen, die sich freiwillig gegen Unfälle versichern. Die Kosten der gesamten Unfallversicherung würden sich insgesamt auf etwa 30 Millionen Frank belaufen. Davon hätten die Unternehmer 19 Millionen aufzubringen, die obligatorisch versicherten Arbeiter etwa 3 Millionen und die freiwillig Versicherten rund 5 1/2 Millionen. Der Rest von 3 Millionen Frank würde vom Bund aufgebracht. Die Auslagen, welche dem Bund aus der Unterstützung der Kranken- und Unfallversicherung erwachsen würden, belaufen sich also im ganzen auf 8 Millionen Frank.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Februar 1912.

### „Ich lasse die Sache weitergehen“.

Die verhältnismäßig oft in den Sitzungen des Gewerbegerichts wiederkehrende Aeußerung: „Ich lege Berufung ein“, oder „Ich gehe weiter“, macht es nötig, einmal die Rechtsmittel zu besprechen, die gegen die Urteile des Gewerbegerichts angewendet sind. Gegen sämtliche Endurteile ist eine Berufung an das Landgericht nur dann zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 100 Mark übersteigt. Alle Urteile, deren Streitwert nur 100 Mark oder weniger beträgt, sind unanfechtbar, also unabänderlich. Übersteigt die eingeklagte Summe 100 Mark und will man Berufung einlegen, dann muß dies innerhalb eines Monats von Tage der Zustellung des Urteils geschehen. Falls die Partei auf die Zustellung verzichtet hat, rechnet diese Frist von der Verurteilung der Entscheidung an. Die Berufung muß durch einen beim Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt eingelegt werden.

Mancher wird nun fragen: Warum schreibt man uns das, das wissen wir schon längst. Wer aber Gelegenheit hatte, Sitzungen des Gewerbegerichts beizuwohnen, der muß zugeben, daß es leider notwendig ist, dieses Kapitel immer wieder anzuschneiden. Nicht nur von unorganisierten Arbeitern hört man das „Weitergehen“, sondern auch von Organisierten, denen man manchmal die Unkenntnis nicht zutraut. Allerdings, das wollen wir einschalten, gibt es auch viele Arbeitgeber, die in diesen Zeiten verfallen sind. Durch die Unkenntnis in gewerbegerichtlichen Dingen sind aber schon viele Arbeiter zu Schaden gekommen, indem sie z. B. einen Vergleich in der Meinung, daß sie die Sache weiter verfolgen können, ausschlugen, dann aber mit ihrem Anspruch kostenpflichtig abgemessen wurden.

Nicht selten sind auch die Fälle, wo gewerbliche Angestellte zum Rechtsanwalt laufen und von diesem eine Klage beim Amtsgericht anstrengen lassen, obgleich die Sache vor das Gewerbegericht gehört. Was einmal vor das Gewerbegericht gehört, bleibt bei diesem und kann unter keinen Umständen beim Amts- oder Landgericht anhängig gemacht werden. Die Gerichte waren verpflichtet, ohne weiteres gewerbliche Streitigkeiten an das Gewerbegericht zu verweisen.

Auch über das Verzäumnisurteil herrscht noch große Unkenntnis. Erscheint eine Partei, die vorgeschrieben geladen ist, nicht im Termin, so kann die Gegenpartei ein Verzäumnisurteil beantragen. Innerhalb 3 Tagen nach der Zustellung kann gegen das Verzäumnisurteil Einspruch erhoben werden. Der erste Tag der Zustellung wird nicht mitgerechnet, und wenn der dritte Tag auf einen Sonntag fällt, endet die Frist erst mit Ablauf des darauffolgenden Werktags.

Erscheint und darauf ist besonders zu achten, eine Partei, die den Einspruch eingelegt hat, in dem nunmehr anberaumten zweiten Termin wieder nicht, so wird das Verzäumnisurteil rechtskräftig, das heißt die Partei ist rechtskräftig beurteilt, die Forderung anzuerkennen und kann nicht mehr Einspruch erheben.

Von der Straßenbahn. Bisher waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Streckenwärter bei der Straßenbahn so, daß sie als anspruchslose Menschen damit halbwegs zufrieden waren. Durch die in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen des als Bahameister fungierenden Assistenten Siegmund scheint dies Verhältnis ein andres werden zu sollen. Den Streckenwärtinnen ist von Herrn Siegmund jetzt eine neue Dienstvereinbarung zugegangen, die praktisch kaum durchzuführen sein dürfte. Danach wird der tägliche Dienst nicht nur um 2 Stunden verlängert, sondern auch die Ueberstunden sollen nicht mehr bezahlt werden. Durch den so in Bezug kommenden Verdienst werden die Streckenwärter um annähernd 20 Mark im Monat geschädigt. Rechnet man hinzu noch die Art und Weise, wie Herr

Siegmund mit dem Letzter umzugehen pflegt, dann bräuhelt man sich nicht zu wundern, wenn eine fleißigere Erhellung unter den Streckenwärtinnen eingetreten ist. Wenn Herr Siegmund nicht sich damit bei der Direktion in ein besseres Verhältnis bringen zu können, so tritt er doch wohl, jedenfalls werden die Streckenwärtinnen sich die Behandlung auf die Dauer nicht gefallen lassen.

Vom Elektrizitätswerk. Unter den erwerbenden Berufen der Stadt Magdeburg steht das alljährliche Ueberfließen des Elektrizitätswerks vor wie nach an erster Stelle. Nach dem Etat für 1912 steigt ein Ueberfließen von nicht weniger als 1.148.000 Mark in Aussicht. Im Jahre 1911 wurde ein solcher erzielt von 780.340 Mark. Nach dem Abschluß des Etats für 1912 sollen die Einnahmen betragen 2.753.475 Mark, die Ausgaben nur 1.605.475 Mark. Diese erfreulichen Ueberflüsse durch Verbilligung der Tarife ständig zu steigern, wird die nächste Aufgabe der Magdeburger Stadtverordneten sein.

Vom Gaswerk. Neben dem Elektrizitätswerk ist es das flüchtige Gaswerk, das alljährlich zu Ruhm und Frommen der Gesamtheit der Steuerzahler einen recht erheblichen Ueberfließen abwirft. Bei einem Soll-Einnahme von 3.604.000 Mark, die für das Jahr 1912 in den Etat eingestellt worden sind, besteht eine Ausgabe von 2.731.390 Mark. Mit hin ein Ueberfließen von 872.609 Mark; das ist ein Mehr gegen 1911 von 6094,22 Mark. Unter den Ausgaben nehmen die für Rohmaterial mit 1.016.710 Mark die erste Stelle ein. An Arbeitslöhnen sind verausgabt 136.300 Mark. Die öffentliche Straßenbeleuchtung verbraucht allein 168.615 Mark. Unter den Einnahmen steht an erster Stelle für die Abgabe von 7.887.000 Kubikmetern Heizgas an Private 946.440 Mark und für die Abgabe von 4.933.000 Kubikmetern Heizgas an Private 887.940 Mark. Auch hier kann noch durch eine Verbilligung des Tarifs die Einnahme gesteigert werden.

Es geht so, aber auch so. Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht im Jahre 1909 den Magdeburger Polizeipräsidenten ins Unrecht gesetzt, als er die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins hatte überwachen und schließlich auflösen lassen. Jetzt aber hat dasselbe Oberverwaltungsgericht in einer ganz gleichen Angelegenheit die gegenteilige Entscheidung gefällt.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Hannover-Linden hatte am 29. April 1911 nach dem „Ballhof“ in Hannover mit dem Thema „Politische Zeit- und Streitfragen“ eine Mitgliederversammlung einberufen und in der Einladung gleich bemerkt: „Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.“ Es wurde am Eingang eine strenge Kontrolle geübt. Etwa 300 Mitglieder waren erschienen. Als der Parteisekretär Schrader das Podium bestieg, folgten ihm zwei uniformierte Polizeibeamte, darunter der Kommissar Conradi. Dieser stellte sich vor als mit der Ueberwachung betraut und ersuchte um Zuweisung eines Platzes. Schrader verlangte zunächst einen schriftlichen Ausweis über den Ueberwachungsauftrag. Als er den nicht erhielt, forderte er den Beamten zum Verlassen des Saales auf, weil hier keine öffentliche, sondern eine geschlossene Mitgliederversammlung sei, die nicht dem Ueberwachungsrechte der Polizei unterliege. Kommissar Conradi löste darauf die Versammlung auf.

Der Polizeipräsident erklärte auf eine Vorstellung Schraders, die Verweigerung der Zulassung des Beamten (§ 14 Ziffer 3 des Vereinsgesetzes) sei der Grund der Auflösung der Versammlung, die als öffentliche politische (§ 5 und 13) anzusehen sei.

Beschwerden beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten zu Hannover hatten keinen Erfolg. In Bezug auf die Annahme des öffentlichen Charakters operierten sie — ganz wie in Magdeburg — mit dem Begriff des zu großen und zu lockeren Vereins, dessen Mitglieder keine innerliche Beziehungen miteinander verbänden und dessen Veranstaltungen auch dann als öffentliche anzusehen seien, wenn sie nur auf die Mitglieder beschränkt wären.

Schrader klagte gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, vor dem ihn am 16. Februar Rechtsanwalt Roth vertrat. Der Anwalt suchte in eingehenden Rechtsausführungen die Auflösungsverfügung als unrechtmäßig an, indem er verschiedene Gründe geltend machte. Sie ergeben sich aus dem folgenden Urteil.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage ab und führte aus: Es siehe fest, daß sich der Verein über die Stadt Hannover, den Landkreis Hannover und die Stadt Linden erstreckte und etwa 16.000 Mitglieder habe. Nach seiner ganzen Größe und nach dieser Ausdehnung über verschiedenartige Gebiete und verschiedenartige Bevölkerungskreise könne er nicht als nach außen abgeschlossener Kreis innerlich miteinander verbundener Personen angesehen werden. Namentlich das innere Band fehlte danach. Auch die Mitgliederversammlung eines solchen Vereins sei als öffentliche anzusehen. Nach dem Thema „Politische Zeit- und Streitfragen“ sei sie auch zur Erörterung politischer Angelegenheiten bestimmt gewesen. Sie habe überwacht werden können und den Abgeordneten der Polizeibehörde habe ein Platz zugewiesen werden müssen.

Und schließlich folge aus den Worten des Gesetzes (§ 14): „unter Angabe des Grundes“, durchaus nicht, daß eine Auflösung für ungültig zu erklären sei, weil der Beamte den Grund nicht angebe. Denn sonst müßten ja auch sachlich berechtigte Auflösungen für ungültig erklärt werden. Das habe der Gesetzgeber nicht gewollt. Jener gesetzliche Hinweis auf die Angabe des Grundes im § 14 sei nur instruktioneller Natur. Ebenso in § 7 wegen Nichtgenehmigung von Versammlungen unter freiem Himmel.

Für Magdeburg lautete die Entscheidung gerade entgegengesetzt. Nun mögen also die „Uebermachten“ suchen, was Rechts sei.

Arbeiterjugend. Für die Alte Neustadt findet am Donnerstag ein Feste- und Diskutierabend in der „Krone“, Wolkenstraße, statt. — Auf die Versammlungen für die Bezirke Neue Neustadt und Buchau, die ebenfalls am Donnerstag stattfinden, sei hingewiesen.

Auflösung des Winterhafens. Am Dienstag nachmittag hatten sich am fischläufigen Winterhafen und auf der Zollbrücke zahlreiche Menschen angeammelt, die den Versuchen eines kleinen Dampfes der Elbstrombauverwaltung zuzusehen, die dort noch vorhandene Eisbede aufzubrechen, um die eingeschlossenen Fahrzeuge freizubekommen. Der Dampfer fuhr dabei eine kleine Strecke rückwärts und dann mit voller Kraft gegen die Eisbede, die Stück um Stück zerbrochen wurde. Auch in der Zollebe sind die Mannschaften der Röhne eifrig dabei, das Fahrwasser nach der Stromelbe freizubekommen.

Kleinfeuer. Am Dienstag abend 10 1/2 Uhr rückte Schöpfung 1 auf eine Feuermeldung vom Melber Jakobstraße 8 nach Petersberg 4. Zu einer partiere gelegenen Wohnung war durch einen Kanonenofen eine Kiste mit Brennmaterial in Brand geraten. Beim Eintreffen der Feuerwehr war die Gefahr bereits beseitigt.

Ihren Brandverletzungen erliegen ist am Dienstag nachmittag im alljährlichen Krankenhaus das Dienstmädchen Franziska Klez, das am 10. Februar abends im Hause ihrer Herrschaft, als es im Begriffe war, zu einem Balle zu gehen, auf ihrer Kammer einen Krampfanfall bekam, dabei gegen die brennende Lampe fiel und sich schwere Brandwunden am ganzen Körper zuzog.

Gehtöhlen wurden aus einem Garten in der Grottenstraße von der Großenleine vier Oberhemden, ein Damennachtgarn und vier Damenhemden; aus einem unverschlossenen Zimmer in der Lindenstraße eine Hofe, eine Weste, eine goldene Herrenjacke mit Knöpfen, in dem sich die Photographie eines Herrn befindet und ein Spazierstock (der Täter ist ein Sattler Walter Wunter, der mit dem Beschlagnahmten zusammen wohnt); aus dem für den Grundstücke Alles freigelegten 30c ein kleiner Handkoffer. Einem Malergesellen wurde in der Werkstatt des Meisters aus einer Lohnkarte, die auf dem Fensterbrett lag, ein Zwanzigmarkstück gestohlen. Als Dieb ist der Malerlehrling Heinrich B. ermittelt, der den Betrag bis auf 3 Mark verausgabt hatte.

Unglückliche Wettere. Die an den 20. Februar in der Nacht und Morgen angehängen Eiskälte werden jetzt von der Lieben Jugend mit Vorliebe zu waghalsigen Kletterübungen benutzt. Am Dienstag nachmittag konnte man beobachten, wie größere und kleinere Truppen von Jungen, zumeist unter Leitung eines, besonders tüchtigen Führers, Glatteispartien in kleinen verankelten Eiskäse das mächtige Eis der Alten Elbe in der Nähe der Holzschilde wurde von einigen Waghalsen der sichern Passage über die Rinde vorgezogen und zum Ueberstreiten bemüht. Wir möchten an dieser Stelle auf die außerordentliche Gefährlichkeit solcher Exkursionen hinweisen. Durch die warme Witterung und den häufigen Regen in der letzten Zeit ist das Eis, selbst da, wo es es noch wie in der Alten Elbe eine zusammenhängende Masse bildet, mürbe und brüchig geworden.

Eine Logischschindlerin. Die bekannte gemeingefährliche Logischschindlerin Frieda Neusch hier hatte sich am Dienstag wieder einmal vor dem hiesigen Schöffengericht wegen verschiedener Unterschlagungen und Diebstähle zu verantworten. Die Angeklagte, ein mittelgroßes wohlgebildetes blondes Mädchen von 21 Jahren, leidet an hochgradiger Arbeitsfurcht und zieht es, wie ihre Vorstrafen beweisen, vor, sich durch Schwindelereien und andre strafwürdige Dinge zu ernähren, statt zu arbeiten. Sie geht in die Häuser, sucht überall Schlafstellen, macht sich Liebesnützlich, leiht sich für ganz kurze Zeit Handwerkerstücke, steht Geld und andre Sachen, soweit es möglich ist, ein, und verschwindet damit. Das Gericht erlachte auf 5 Monate Gefängnis, denn wenn es möglich sei, daß die Neusch noch arbeiten lerne, dann müsse sie längere Zeit dazu angehalten werden.

In Haft genommen wurden die wohnungslosen Arbeiter Gustav L. und Blechschmied Karl L., die in der Steitiner Straße durch ein offenes Fenster in einen verlassenen Raum eingestiegen waren und einem Kutscher einen Jagdsack mit Werten von 50 Mark gestohlen hatten. Beide wurden von einem Kriminalkommissar betroffen, als sie den Jagd verkaufen wollten, ehe der Diebstahl entdeckt war.

## Konzerte, Theater, Sport etc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

Stadttheater. Heute Donnerstag gastiert Herr Wilhelm Herold, königlich dänischer Kammeränger, als Don José in „Carmen“. Die Carmen gibt Frau Nimi Poensgen. Am Sonntag den 25. d. M. singt Wilhelm Herold den Hohenstein und Donnerstag den 29. d. M. den Pedro in „Liedland“.

Zentraltheater. Das Gastspiel Hartstein steht auch jetzt im Zeichen ausverkaufter Häuser. Lang anhaltende Zuschauersolgen jehem der zahlreichen Woge, denn wer könnte wohl ernst bleiben, wenn Hartstein mit seiner zweifacher Schütternden wirkenden Nimit die prächtigen Scherze begleitet. Hartstein als Dienstmann ist einzig.

## Letzte Nachrichten.

Vor dem Niesenstreit.

Wd. London, 21. Februar. Die Verhandlungen des englischen Einigungsamts zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in der Kohlenindustrie haben gestern ergebnislos geendet. Die Arbeitgeber hatten genau umschriebene Vorschläge gemacht über die Bedingungen, unter denen sie der Einführung von Minimallohnen zustimmen würden; aber ihre Vorschläge wurden von den Vertretern der Arbeiter abgelehnt. Nach der „Times“ glaubt man, daß diese Vorschläge die Grundlage für weitere Verhandlungen abgeben werden.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“ meldet aus bester Quelle, daß beide Parteien einer Verständigung bereits sehr nahe gekommen wären. Die Gewährung von Minimallohnen an den Stellen, an denen die Kohlenförderung unter abnormen Bedingungen vor sich geht, sei praktisch genau bestimmt worden. Die Grabenbesitzer beständen darauf, daß, wenn ein Abkommen geschlossen würde, dieses für eine Zeit von gewisser Länge in Geltung bleiben müsse.

Heute wird in London eine Sitzung des Spinnbau-Schusses des Internationalen Bergarbeiterverbandes abgehalten, auf dem England, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn und Belgien vertreten sind. Zur Erörterung steht die Frage eines gemeinsamen Vorgehens im Falle eines englischen Bergarbeiterausstandes.

Wd. London, 21. Februar. Der Direktor der Smith-Barth erklärte gestern, daß der bevorstehende Bergarbeiterstreik für England zu einer der größten Katastrophen werden könnte, die die Geschichte Englands kennt. Heute hatten verschiedene Großindustrielle eine eingehende Besprechung mit maßgebenden Finanzleuten, um über die sich bei Ausbruch des Streits ergebende Lage zu beraten und geeignete Maßnahmen zur Beilegung des Streits zu erwägen. Bisher haben die Verhandlungen jedoch noch kein Resultat erzielt.

Wd. Düsseldorf, 21. Februar. Die hiesige Polizei verhaftete gestern zwei Durschen, die in letzter Zeit eine Reihe von Raubankfällen in Postgebäuden ausgeführt haben, indem sie Personen, die an den Schaltern Geld einzahlten, die aufgeschriebenen Geldsummen mit sich nahmen und damit das Geld stahlen. Die beiden haben auf diese Weise in den letzten Wochen über tausend Mark erbeutet. Außerdem haben sie den Boten einer hiesigen Firma um fünf eines Hundes überfallen, mit einem Revolver niedergebunden und ihn so schwer verletzt, daß der Mann noch immer nicht vernehmungsfähig ist.

Wd. Jitta, 21. Februar. Die Ueberführung des Raubmörders Treiler vom Amtsgericht nach dem Gefängnis war in aller Stille geschehen, so daß niemand im Publikum eine Ahnung davon hatte. Die geschlossene Drohke war an den Schienenansatz des Güterbahnhoofs gefahren, wo unbemerkt der Eisenbahnwagen bestiegen wurde. Als dieser später im Zuge stand, wurden die Gardinen des Abteils heruntergelassen. So konnte niemand den an den Händen gefesselten Verbrecher beobachten, der heimlich und höflichartig zwischen zwei jüdischen Kriminalgebern lag. In dem gleichen D-Ragwagen, in dem Treiler mit seiner Begleitung sich befand, hatten auch Kriminalkommissar Hoppe und ein Berliner Beamter Platz genommen.

Wd. Löben, 21. Februar. In dem Bergwerk Bergentanz entstand infolge Explosion von Grubengasen ein Brand, wodurch zahlreiche Arbeiter betäubt wurden. Es gelang jedoch, alle lebend zu bergen. Der Brand mitet weiter fort.

Wd. Bern, 21. Februar. Heute morgen 5 Uhr 45 Min. erfolgte der Durchschlag des Jungfrau-Tunnels bei der hiesigen Station Jungfrauoch 3457 Meter über dem Meer.

Wd. London, 21. Februar. Die „Times“ meldet aus Peking von gestern: Nach längerer Unterbrechung ist die telegraphische Verbindung mit Schungking (Kwangtzing, Jehan) wieder hergestellt. Die Berichte über die Lage in den innern Provinzen lauten günstig; dagegen herrschen in der Mandchurie noch Unruhen, namentlich bei Chardin, wo gestern in der Chinesenstadt Fudschien ein Zusammenstoß der kaiserlichen und revolutionären Truppen erfolgte, die ansehend von der Einigung noch nichts gehört hatten. Auch aus Kuldja werden wiederholt Unruhen gemeldet.

Wd. Lyon, 21. Februar. Der Direktor der Schiffbau-Gesellschaft von Arves, Joffe, und seine Gattin Madame Joffe wurden von dem Kaufmann Dufour in einem Modellzimmer verhaftet und durch Revolvergeschüsse getötet. Dufour, der sich selbst der Polizei gestellt hat, gibt an, das Verbrechen aus Eifersucht begangen zu haben.

## Wettervorhersage.

Donnerstag den 22. Februar: Zeitweise auflockernd, etwas Regen, beweinzelte Niederschläge in Schauern.







# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 44.

Magdeburg, Donnerstag den 22. Februar 1912.

23. Jahrgang.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung.

Berlin, 20. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Von Schorlemer.

Das Haus fährt fort in der Beratung

### des Wassergesetzes.

Abg. Dr. Deumer (natl.) betont, daß dieses Gesetz nur auf der Parität zwischen Landwirtschaft und Industrie beruhen könne. Fürchte den Fiskus, auch wenn er Geschenke gibt. Die Privathäfen und -liegenschaften am Rheine werden im Gesetz gar nicht erwähnt, weil man ihre Entwicklung nicht gern sieht. Bei der Beratung des Gesetzes müssen wir auf der Hut sein. (Zustimmung v. d. Natl.)

Abg. Krause (Waldenburg, freikonf.) ist mit dem Gesetz im ganzen zufrieden.

Abg. Dr. Flesch (Fortfchr. Sp.): Das Gesetz gibt nicht die Hoffnung auf Lösung der Abwasserbeschwerden, sondern dürfte sie vielmehr nur vergrößern. Der Bureaufakt gibt das Gesetz zuviel, den Selbstverwaltungskörperschaften zuwenig. Es ist feinerlei Sicherheit gegeben, daß die großen Städte in den für die wichtigsten wasserrechtlichen Angelegenheiten gehört werden, sie sind im Strombeirat nicht vertreten und haben in der Polizeiverwaltung gar nicht mitzureden. (Hört, hört! v. d. Fortfchr. Sp.)

Landwirtschaftsminister Fehr v. Schorlemer: Der Entwurf hat eine im ganzen wohlwollende Beurteilung gefunden. Auf alle Bemängelungen eingegangen, wäre wohl Zeitverschwendung. (Ausrufe des Staunens.) Den Fiskus muß ich aber in Schutz nehmen, er leistet doch viel für die Schiffahrt usw. Zwangsgegenständlichkeiten sollen nicht ohne Not gebildet werden, das kann ich zusichern.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird ausreichend unterstützt.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) zur Geschäftsordnung: Die Herren von der Rechten wollen sich offenbar wieder einmal das in diesem Hause übliche

Vergnügen leisten, mir das Wort abzuschneiden.

Präs. Fehr v. Erffa: Wenn die Mehrheit des Hauses den Schluß der Besprechung wünschen würde, so hätten Sie nicht das Recht, eine solche unzulässige Kritik daran zu knüpfen. (Weifall rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich halte den Schluß der Besprechung in diesem Augenblick für unzulässig. (Sehr richtig! v. d. Soz.) Nachdem der Minister gesprochen hat, ist die Debatte zweifellos in einem Stadium, in dem es möglich sein muß, aus dem Hause heraus das Wort noch einmal zu ergreifen. Es widerspricht dem Geiste der Geschäftsordnung, daß mit dem letzten Worte des Ministers Schluß gemacht und dem Hause die Möglichkeit genommen wird, zu der Ministerrede Stellung zu nehmen. (Sehr richtig! links.)

Präs. Fehr v. Erffa: Es ist mal vorgekommen, daß nach den Worten eines Ministers Schluß gemacht wurde. (Lebhaftes Zust. rechts.) Abg. Fassmann (Soz.): Das ist eben eine kleine Debatte gegeben. Nach der Geschäftsordnung unterliegt es keinem Zweifel, daß jetzt die Möglichkeit besteht, Schluß zu machen. (Zust. v. d. Mehrheit.)

Der Schlußantrag wird angenommen.

Der Entwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern; die Denkschrift über die Hochwasserbeschwerden im Uhrgebiet wird debattellos zur Kenntnis genommen.

Es folgt die Beratung eines nationalliberalen Antrags betreffend die Maßnahmen gegen die Sturmflutschäden an der Westküste Schleswig-Holsteins.

Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Es folgt die Beratung eines Antrags Schmedding (Str.), wonach der § 1 des

### Fürsorgeerziehungsgesetzes

dahin abgeändert werden soll, daß ein Minderjähriger, welcher das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, der Fürsorgeerziehung überwiesen werden kann, wenn die Voraussetzungen des § 1686 oder des § 1888 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegen und die anderweitige Unterbringung zur Verhütung der Verwahrlosung erforderlich ist, aber nicht ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel erfolgen kann.

Abg. Schmedding (Str.) begründet den Antrag. Das Fürsorgeerziehungsgesetz hat die erhoffte Wirkung gegen die Verwahrlosung leider nicht gebracht. Die Fürsorgeerziehung muß gefährdete Kinder aus der bisherigen Umgebung entfernen. Das ist aber durch die Rechtsprechung des Kammergerichts unmöglich geworden. In den letzten Jahren hat die Zahl der Fürsorgeerzöglinge um 100 Prozent zugenommen. Bleibt das Gesetz in seiner jetzigen Fassung bestehen, dann ist zu befürchten, daß die Familienpflege immer mehr zurückgeht. Die Fürsorgeerziehung darf nur das letzte Mittel sein, wenn alle anderen erschöpft sind. (Zustimmung.)

### Abg. Pirich (Soz.):

Obgleich schon der Minister des Innern v. Moltke bei der Beratung eines Antrags Lentze im Herrenhaus sorgfältige Prüfung der Frage versprochen hat, ob das jetzige Fürsorgeerziehungsgesetz geändert werden sollte, und die Regierung scheint die Notwendigkeit einer Reform immer noch nicht einzusehen. Es kommt darauf an, die Divergenz zu beseitigen, die entstanden ist aus der verschiedenen Rechtsprechung des Kammergerichts und des Oberverwaltungsgerichts. Nach dem Kammergericht darf die Fürsorgeerziehung erst nach der Verwahrlosung eintreten und nur die dadurch entstehenden Kosten gelten als Armenlasten. Soll diese Entscheidung in der Praxis Geltung haben, dann ist das, was nach unserer Ansicht mit der Fürsorgeerziehung beabsichtigt werden soll, niemals zu erreichen. Uns scheint die vorbeugende Tätigkeit der Fürsorgeerziehung die Hauptsache zu sein und jeder, der gleicher Meinung ist, muß verlangen, daß nicht erst dann eingegriffen wird, wenn die Kinder bereits verwahrlost sind und wenn alle Versuche der Besserung schon als ausichtslos angesehen werden müssen. (Zust.) Ich freue mich, daß ich in bezug auf die vorbeugenden Maßnahmen mit dem Vorstand des Vereins für katholische Fürsorgetätigkeit übereinstimmen kann, der uns eine Resolution überreicht hat, worin die besondere Wichtigkeit vorbeugender Maßnahmen betont ist. Diese Resolution weist zutreffend darauf hin, daß es ein Fehler ist, Kinder, die noch nicht verwahrlost sind, sondern nur der Verwahrlosung anheimzufallen drohen, genau so zu behandeln wie bereits verwahrloste Kinder. Es ist unrichtig, alle diese Kinder in der gleichen Anstalt unterzubringen. (Sehr richtig! links.) Im Prinzip ziehen wir die Anstalts-erziehung der Familien-erziehung vor. Aber wir geben ohne weiteres zu, daß wir

### eine Reihe schlechter Anstalten

haben und wir haben auch wiederholt hier an den Vorgängen in gewissen Anstalten Kritik geübt. Es kommt darauf an, wie die Anstalten geleitet sind, und von welchem Geiste das Erziehungspersonal befeuert ist. Sonst besteht die große Gefahr, daß die Kinder, die aus einer verwahrlosten Familie genommen werden, um gebessert zu werden, in der Anstalt erst vollkommen sittlich verwahrlosen. Solche Fälle stehen keineswegs vereinzelt da. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Deshalb kann ich nicht dringend genug der Errichtung von besonderen Anstalten für noch nicht verorbene Kinder, ganz unbefürmert um die Kosten, das Wort reden. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Es wird nicht genügen, daß der § 1 des Fürsorgegesetzes abgeändert wird, sondern die Kommission muß auch ernstlich prüfen, ob nicht eine Reihe anderer Paragrafen des Gesetzes abzuändern sind. Bei eingehender Prüfung des ganzen Gesetzes wird die Kommission

sicherlich zu dieser Überzeugung kommen. Schon daß weite Kreise des Volkes die Fürsorgeerziehung fürchten, beweist, daß sie geändert werden muß. Zur Besprechung der einzelnen Punkte wird sich später noch einmal Gelegenheit geben. Ich möchte nur hervorheben, daß es darauf ankommt, die weitesten Kreise des Volkes ohne Unterschied der politischen Richtung und der Konfession zur Mitarbeit an dem Erziehungswert heranzuziehen. Wichtig ist auch, daß die Fürsorgeerziehung nicht als Strafe eingeführt wird, wie es heute in der Tat der Fall ist, obgleich nach dem Gesetz und seinen Grundrissen die Fürsorgeerziehung keine Strafe, sondern eine vorbeugende Maßregel sein soll. Jeder, der sich um diese Dinge gekümmert hat, wird mir zugeben, daß die Fürsorgeerziehung heute als Strafe gilt und das Kind, das sie durchgemacht hat,

fürs ganze Leben geächtet

bleibt und sein ganzes Leben darunter zu leiden hat. (Sehr richtig! v. d. Soz.) Gelingt es der Kommission, das Gesetz diesen Forderungen entsprechend umzugestalten, dann wird sie sagen dürfen, daß sie ein wirkliches Kulturwerk geleistet hat.

Wenn irgendwelche Kinder, so bedürfen gerade diejenigen, die der Verwahrlosung anheimzufallen drohen, einer liebevollen und individualisierenden Behandlung. Es muß der Charakter des Kindes genau geprüft und diesem Charakter sowie der Anlage des Kindes entsprechend die Behandlung gestaltet werden. Sonst laufen wir Gefahr, das Gegenteil von dem Zwecke zu erreichen, den das Gesetz erfüllen soll. Ganz besonders muß Rücksicht genommen werden auf die zahllosen geistig minderwertigen Kinder, die wir unter den Fürsorgeerzöglingen finden. (Zustimmung.) Große Gefahren sind ferner der Alkoholismus und die sittliche

Verwahrlosung infolge untrur jammervollen Wohnungsverhältnisse (Sehr wahr! links und rechts.) Wir haben niemals bestritten, sondern bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, wie jammervoll die Wohnungsverhältnisse in den Großstädten beschaffen sind, wir haben allerdings auch nicht verschwiegen, daß es auch in dem Lande ebenso schlechte Wohnungsverhältnisse gibt. Das Schlafstellenmangel in den Großstädten verschlechtert noch die kaum beschreiblichen Wohnungsverhältnisse; es bedeutet eine schwere sittliche Gefahr. Sehen Sie sich doch einmal die Zustände in den Familien an, die gezwungen sind, schlafgänger aufzunehmen. Mann und Frau, Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts finden Sie da in einem einzigen, zumeist sehr kleinen Raume miteinander hausend. Kein Wunder, wenn die Kinder sittlich verwahrlosen. (Zustimmung auf verschiedenen Seiten.) Es freut mich, daß mir einmal auch andere Parteien zu stimmen, aber wenn man das einseht, so muß man mit mir und meinen Freunden zu dem Schluß kommen, daß es höchste Zeit ist,

endlich etwas für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zu tun. (Sehr wahr! links.) Was könnte mit den für die Fürsorgeerziehung aufgewendeten Geldern zur Beseitigung des Wohnungsmangels geschehen, wenn sich die Regierung entschließen könnte, das längst angekündigte Wohnungsgesetz dem Landtag endlich vorzulegen. Wir haben das bei der Staatsberatung verlangt, die Regierung hat geschwiegen, genau so, wie auf frühere Anfragen, die wir über das Schicksal des Wohnungsgesetzes gestellt haben. Da können Sie es mir nicht verargen, wenn ich sage, daß in gewissem Sinne auch die Regierung mit schuldig ist an der Verwahrlosung dieser Kinder. (Sehr richtig! v. d. Soz.)

Weil wir die Erfolge der Fürsorgeerziehung verbessern wollen, nehmen wir den Antrag an. Wir sind bereit, mitzuarbeiten und für die Verweigerung des Antrags in die Kommission zu stimmen. Möge aber auch die Regierung bereit sein, nun endlich einmal zu zeigen, daß es ihr mit der Reform des Wohnungsgesetzes Ernst ist. (Weif. v. d. Soz.)

Die Abgeordneten Flesch (Fortfchr. Sp.), Lieber (natl.), Dr. Mizerski (Pole) und v. Kardorff (freikonf.) sprechen sich für den Antrag aus.

## Aus dem deutschen Theaterleben.

LXXXXVIII.

(Nachdruck verboten.)

Man hat den dänischen Novellendichter Peter Knafsen kürzlich in Berlin lebhaft gefeiert. Es war sein 50. Geburtstag und zu dieser Feier erschien sein nach der gleichnamigen erfolgreichen Novelle bearbeitetes Lustspiel „Eine glückliche Ehe in den Reinhardt'schen Kammertheatern. Diese Situationsbilder bürgerlich korrupter Gesellschafts- und Eheverhältnisse in ironischer, sanft lächelnder Behandlung erregten so sehr den Beifall eines sachverständigen Publikums von Berlin WW, das sich nicht getroffen, eher geschnitten fühlte, daß Herr Knafsen, der jetzt nicht mehr literarisch produziert, sondern in Kopenhagen, ein dänischer S. Fischer, Literatur verkauft, seine ebenso müde wie elegante Gestalt im Kreise seiner Darsteller zeigen und sich dann auch mit ihnen für die „Wode“ und den „Westspeigel“ fotografieren lassen konnte. Steht man über die Grenzen internationaler Höflichkeit hinaus, wird an dichterischen Werken nicht viel von dieser wortreichen Ehekomödie, in deren Mittelpunkt die sehr gefällige Frau Nancé, ein ins Heitere gebender Zulu-App, und ein lebenswürdig kontrastierender Sahne sind, übrigbleiben. Es sei denn die „Nancé-Moral“, daß eine Unmoral, bei der alle Teile, auch der Betroffene, nur gewinnen, am Ende doch gar nicht so unmoralisch sein könne. Regiert diese Nancé-Moral nicht in Wirklichkeit die auf Vernunft, Berechnung und Kaltblütigkeit basierende bürgerliche Geschäftsethik um so sicherer, je höher die betreffenden Gesellschaftsklassen auf der sozialen Stufenleiter stehen?

Ehe und Liebe in allen Tonarten bilden immer noch das Lieblings-thema der ersten und zweiten Theaterreihen. Auch Schnitzler, der in spielender Form immerhin tiefgründige Wiener Dichter-Hauptmann, kommt über das Thema nicht hinaus, wie Hermann Bahr bis ins Alter hinein nicht loskommt von seinem Thema Theater. Aber über den Viebelien seiner neuen Tragikomödie „Das weite Land“, die sich mit dem langsamen Pfeil der Schönheit allmählich die Bühnen zu erobern beginnt, liegt nicht mehr der Duft der Jugend und der Reife des Frühlings. Mittags-höhe des Lebens! Und ach, doch noch immer dieses ewige Begehren der Geschlechter, dieses Flattern der Gefühle, dieses Gegebenwerden ins uferlose Meer der Leidenschaft, dieses Sich-Verlieren an eine Sehnsucht, dieses hemmungslose Durchgehen des Herzens, wo der Verstand, der „kategorische Imperativ“ des Gewissens, die bürgerliche Weltordnung längst schon ihr Schuldig gesprochen haben! In dieser Tragikomödie sind es nun nicht die großen Gefühle, die zu Katastrophen reifen, es mehr jene Empfindungen, die ein witziger Kapf „Gefühle mit dem Zylinderhut“ genannt hat, Spielereien mißglückter Begehrte. Aber doch, wie aus diesen Viebelien und Spielereien Schicksale werden, das in verschlungenen Liebesreigen zu zeigen, ist das Grundthema Schnitzler'scher Dichtkunst. Es zeigt Schnitzler ganz besonders, zwischen dem weiten Lande des Erosischen oder der Seele, wie er es nennt, und dem vom Personlichen gestützten Lande der Legitimität die Verbindung zu suchen. Das weite Land der Seele verwandelt sich zum Lande des Außerbürgerlichen, darinnen die „Gebote der Väter“ pensionierte Begriffe werden und einzig das Verlangen Herrscher ist. Das ist der Unterschied dieses letzten Stückes von dem „Anatol“ und „Viebelien“.

Der feingeistige Wiener Aesthet und Genüßling Anatol hat sich in den Fabrikanten Hofreiter verwandelt, seine erotischen Abenteuerluste aber sind dieselben geblieben. Er brüchelt die Ehe zu sagen aus gedankloser Gewohnheit, denn im Grunde liebt er Genia, seine tugendhafte Frau. Mit dudender Verzweiflung sieht Frau Genia dem Spiele zu. Da ihr Hoffen auf Treue vergebens wird, auch sie eine untreue Frau. Sie handelt mit einem Marineleutnant an. Auch nicht aus unstillbarem Triebe, sondern aus Spiel, Langweile, Fatum. Und der ungetreue Gatte, obwohl eben erst frisch aus den Armen einer wurmfressigen Halbjudenfrau kommend und noch heiß von ihren Nüssen, knallt im „gedadelten Morde“ den ertappten jungen Eindringling in seine von ihm selbst am meisten besudelte Ehe nieder. Genia sagt sich mit Schauder von dem Mörder los. Menschenleben und Glück vernichtet durch nichts. Denn alles war ja nichts, war Spielerei und Liebeslei. Das Ehe war nur die verborgene Liebe Frau Genias zu ihrem Manne; war nur dessen heimliches Gingen an ihr, die er dennoch leichtsinnig betrog. Aber wie wissen die Bewohner dieses Landes der Seele, in das uns mittels seines Geistes, seiner Dichtkraft, seiner kulturgefährten feinen Kunst Schnitzler verjetzt hat, gar nichts von Charakterstärke, Willenszuht und Pflicht? Es wirt ja wie ein kalter Wasserstrahl, das harte Wort Pflicht in dieser weichen, parfumierten Welt egoistischer Lebensauslöser. Schnitzler sagt: Fatalismus, Vorherbestimmung, Willensfreiheit. Aber sollte dem gegenüber nicht das Wort Charakter stehen dürfen. Das ist das schlimmste Fragezeichen in allen Schnitzler'schen Stücken. Alle diese Menschen im Irgarten der Liebe sind schließlich blutete Wiener. Wissen Sie an nordischen nüchternen Elbebrand, was das heißt? Wiener Luft, Wiener Wald, Wiener Kaiser, Wiener Mädel. Wissen Sie, was das heißt? Man muß schon wirklich ein Feld mit ehernen Grundrissen sein, wenn man in solcher Atmosphäre nicht eine weiche, pärtliche, nach warmer Schönheit lechzende, im Genuß sich langsam vergebende Seele, eine Anatol-Seele bekommen soll.

Einen appetitlichen Titel hat der neue Erfolgsschwanz Karl Höflers, den sämtliche Theaterstädte mit harter jüdischer Bevölkerung mit Vorliebe spielen. Die fünf Frankfurter, neun Zürcher, neun doch Frankfurter. Ist das nicht ein geschnadholter Titel?! Herr Höfler meint nun allerdings keine Würstchen, sondern die fünf Frankfurter Rothschild'söhne. In der alten Judengasse, nicht gar so weit von dem stillen Goethe-Haus, stand ja auch die Wiege der Fürstentöchter, der Rothschild's, die vereint als „rafende Finanz“ Europa und seinen Herrschern von Gottes Gnaden mit dem glatten Lächeln überlegener Regner ihre Macht von Goldes Gnaden an die Seite setzten. Diese fünf Rothschild'söhne treffen wir zur Wiedermeierzeit versammelt im schlichten Vaterhaus in der schmutzigen Judengasse. Mutter Gudula, die Repräsentantin streng löcherer Tradition, schüttelt ihre grauen Locken über den „Modernismus“ ihrer Sprossen, deren von Spekulation und Geschäftigkeit gemähtes Eroberertalent soeben von dem österröichischen Kaiser durch den Baronitell belohnt wurde. Aber Salomon Rothschild will höher hinaus. Seine Tochter soll Herzogin werden. Der Geldbesitzer will dem Kronbesitzer die benötigten Millionen nur gegen Erhebung Lottchen zur Frau Herzogin aus-händigen. Der schwanzte Dallesbergog geht mit weltmännischer Resignation auf den Handel ein. Doch man hat die Rechnung ohne

Rottchen Rothschild gemacht. Lottchen ist ein kluges Judenmädel, sie liebt ihren sentimental den Onkel Jakob, der sich in Paris Jacques Rothschild nannte, und Lottchen schlägt den Dallesbergog tapfer aus. Da dieser aber schon die Millionen in der Tasche hat, sind ausnahmsweise einmal die Rothschild's die Geringefallenen. Der Jude wird vom Christen geganeßt. Trotzdem dies eigentlich der einzige Witz in Höflers Schwanz ist, werden Karl, Anselm, Nathan, Salomon und Jakob doch ihre tantienenschwere Rundreise über die halb- und vierteljüdischen, influitive arischen Bühnen machen.

Wird er nicht auch ein Stückchen von Holz und Gerstle, die Galgenstrick-Komödie Bügl. Der erste Akt, in dem dieser todestrotzige Delinquent dem korrekten Staatsanwalt, der ihn in der Ketzertelle schmüddrig auf sein letztes Stündlein vorbereitet, so hübsch treffende Sottisen an den Kopf wirft, weiß geschickt Spannung zu erzeugen und ist von ironischem Witz durchblüht. Wird Bügl seinen diden efsäßischen Schadel und seine Lebensüberzeit vor dem Fallbeil reiten und wird am Ende vielleicht gar der Herr Staatsanwalt und seine Geschäftsgenossen der Verurichtung anheimfallen? Doch nein, die konsequenter Unwahrscheinlichkeitsdramatiker plagen sich und uns nicht etwa mit juristischen Dineisen, mit ins Geistige oder Soziale hinüberpielender Satire, noch mit einem mühsamen Apparat von Entwicklungen. Parole ist: moderner Minimalismus. Und in der Pause vom ersten zum zweiten Akte ist Alois Bügl, der Vorgesetztenmörder, einfach aus dem Loch entwichen und Genier und Staatsanwalt haben das Nachsehen. Bügl, von der gutberzig-schlauen Gaunerart Robert und Vertrams, hat sich in der uneinnehmbaren Felsburg des Erbfürsten, Prinz Buzzi, einquartiert und bombardiert vor diesem hohen Versteck aus seine Säher mit intimen und intimen Gegenständen des damensfreundlichen Erlauchten. Um die Abenteuer-Romantik vollzumachen, entkommt der Schelm auch aus diesem Verberkles, und zwar per Auto, um im dritten Akte als ausgehaktener Liebling einer Pariser Lebendame in deren vornehm Salon aufzutreten. In französischen Landen ist er keines Verbrechens an dem Soldatenjünger freigesprochen worden und gilt obendrein noch als Held ob seiner kühnen Ausreiseraten, um dessen Bild und Memoiren sich Presse und Verleger reizen. Und diemell er im Schlosse Prinz Buzzi's kompromittierende Briefe einer Dame fand, bemühen sich beujs Bitte um Auslieferung der sichbaren Gegenstände einer Sünde der Herr Staatsanwalt wie der Erlauchte höchst persönlich in die Gölle des Löwen resp. in sein Liebesnest, und der ehemalige Sträfling hat Großmut und Takt genug, die kompromittierte Dame durch Herausgabe ihrer Briefe vor Skandal zu retten.

Daß besagte Sündlerin just die Frau des jüdischen Rechtsanwalts Oppenheim ist und dieser so fixe Junge die Börner nicht merkt, die ihm sein schlaves Weib aufseht, ist als Schlüsselpunkte gedacht. Diese abgedrochene Schwanzkomödie verpufft aber, wie überhaupt das ganze Intermezzo dieser Ehebruchsgeschichte die ursprüngliche Anlage des Stückes nach der platten Seite hin derbiegt. Immerhin, wie man einj sich an den Edelmentomanen als Gegengewicht der blutlosen Volkswohlenschemen in den jüdischen Edel- und Ritterromanen erwidert, findet man jetzt auch Gefallen an dem guttischen Spaf und der Käpenciade, mit der ein wagemütiger Glückspilz die feste Paragrafenwelt narri, (Natl.)



Ein Regierungskommissar erklärt, daß der Minister des Innern mit den dargelegten Zielen durchaus einverstanden sei und in Beratungen mit andern Ressorts stehe, ob und inwiefern die Erreichung dieser Ziele eine Veränderung des bestehenden Gesetzes notwendig mache. In der Kommission sollen weitere Mitteilungen gemacht werden.

Der Antrag Schmedding geht an die verstärkte Gemeindevorstandskommission. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Mittwoch 11 Uhr: Justiztag. Schluß 3 1/2 Uhr.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Ausperrung im Leipziger Steinseggewerbe.** Die Unternehmer im Leipziger Steinseggewerbe fordern die Steinsegger auf, aus der Organisation auszutreten. Da sich die Steinsegger selbstverständlich weigerten, dieser Forderung nachzukommen, erfolgte am Sonnabend die Ausperrung der Steinsegger zunächst bei zwei Firmen.

**Ausperrungsankündigung in der sächsischen Schuhindustrie.** Der Verband der Schuhfabrikanten trägt sich mit der Absicht, einen partiellen Streik zum Anlaß einer Ausperrung zu machen. Bei der Firma A. Heller in Rostwein befinden sich die Weberei seit längerer Zeit in Lohnkündigung. Die Arbeitsniederlegung der Abteilung Wendert erfolgte dann am 12. d. M. Zwei Tage darauf trat der Bezirksverband der Schuhfabrikanten Sachsens zu einer Sitzung zusammen. Soweit aus zuverlässiger Quelle zu erfahren war, ist dort der Beschluß gefaßt worden, die schwebende Sache zu einer Verbandsangelegenheit zu machen. Mit diesem Beschluß steuern die Herren auf eine Ausperrung für das Königreich Sachsen los. Zunächst wird die Schiedskommission des Verbandes in Tätigkeit treten. Am 17. Februar ist eine Verschärfung der Situation eingetreten. Da eine Einigung mit den Webereien nicht zu erzielen war, haben die übrigen Abteilungen die Kündigung eingereicht. Kommt die Firma in der Berechnung der Löhne nicht den Arbeitern entgegen, so werden am 2. März 300 Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Aufstand befinden. Die Firma scheint es auf einen Kampf ankommen lassen zu wollen. Im Annoncenenteil einer Rostweiner Tageszeitung werden Massenquartiere für 100 Arbeiter gesucht, für Arbeitszwecke, die die Firma jedenfalls hofft zu bekommen. — Die Arbeiter allerorten werden ermahnt, dafür zu sorgen, daß die Quartiere leer bleiben.

**Lohnbewegungen der Bildhauer.** In der Fürticher Spiegelindustrie versuchen die Kleinmeister, auf die Exporteure gestützt, die im Tarifvertrag der Holzarbeiter festgelegten Erhöhungen der Akkordpreise zu hinterziehen. Die Arbeiter wehren sich im Verein mit den Großfabrikanten dagegen. Die Holzbildhauer haben in den kleinen Betrieben die Arbeit verweigert, um die Absicht der Exporteure zu vereiteln. — In Darmstadt haben die bei der Firma Alter, Hof-Möbelfabrik, beschäftigten Bildhauer die Arbeit niedergelegt, weil ihnen jedes Zugeständnis verweigert wurde. Sie forderten die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden. Ferner verlangen sie die Befreiung eines Akkordhäftlings, das zu den unentbehrlichen Zuständen geführt hat. — In der Süddeutschen Möbelfabrik in Mannheim haben die Bildhauer einen gesonderten Tarifvertragsentwurf eingereicht. Danach soll die Arbeitszeit verkürzt werden auf 49 bzw. 48 Stunden. — Die Holzbildhauer in Rühlhausen i. Th. beabsichtigen, eine sehr notwendige Aufbesserung der Löhne bezw. Akkordsätze zu erkämpfen. — In Flörsbergeswalde bei der Firma Wundrad streiten die Holzbildhauer nun schon 13 Wochen und noch immer weigert sich die Firma, die Löhne aufzubessern. Sie sind bis zu 40 Prozent niedriger als in dem benachbarten Geringswalde. — In der Maschinenbauindustrie ist jetzt von der Rentalschiedskommission der Holzindustrie für Schönbuck ein Schiedsspruch gefällt worden, der auch für die Bildhauer Geltung haben soll, doch sind noch Schwierigkeiten von den dortigen Unternehmern zu erwarten. — In Driesen, Lauterbach und Kunnersdorf i. Sa., wo ebenfalls die Maschinenbauindustrie in Betracht kommt, dauert der Streit fort. — In Eilenburg haben die Holzbildhauer den Tarif genehmigt, es soll ein neuer Tarif mit 4-jähriger Vertragsdauer abgeschlossen werden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden pro Woche und entsprechendem Lohnzuwachs. — In Leipzig laufen die Tarife der Steinbildhauer und Modellisten im April ab; die Bildhauer-Jungung will der beschleunigten und notwendigen Tarifrevision Schwierigkeiten entgegenstellen.

**Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“** hat es wieder auf ihre organisierten Angehörigen abgesehen. Im Vorzimmer des Bezirks ist schon wieder eine Maßregelung vorgekommen. Der Vorsitzende des Vorzimmers Zweiggeschäfts will im Verlauf von 3 Monaten alle alten Einnehmer hinauswerfen und durch junge Leute ersetzen, die mehr

einbringen müßten. Die Gesellschaft vergißt immer wieder, daß sie auf die Arbeiter angewiesen ist. Und die Arbeiter lassen sich ein solches Vorgehen nicht gefallen.

**Die Schwerindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter.** Seit einer Reihe von Jahren ist der Deutsche Metallarbeiterverband bemüht, die Öffentlichkeit auf die Lage der in den Hütten- und Bergbauindustrien Beschäftigten aufmerksam zu machen, dieser Arbeiterschaft, die in den Hüttenwerken der Grobblechindustrie umlauert von zahlreicheren Gefahren ihr schweres Lagerwerk berichtigt. Im Verfolg dieser Bemühungen hat der Metallarbeiterverband soeben ein 664 Seiten starkes Buch herausgegeben, das in seinem ersten Teile die allgemeinen Verhältnisse der Hütten- und Bergwerke behandelt und im zweiten Teile die auf Grund einer im Jahre 1910 aufgenommenen Enquete ermittelten Arbeitsbedingungen der Hüttenarbeiter zur Darstellung bringt. Das Buch gewährt dem Uneingeweihten einen Einblick in die Produktionsweise der Hüttenwerke; es schildert die Entstehung des Eisens und zeigt die gigantischen Kräfte, die in den Werken der Grobblechindustrie beim Schmelzprozeß und der Weiterverarbeitung des Eisens zu Fertigprodukten unausgesetzt tätig sind. Besondere Aufmerksamkeit sind dem Wesen und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kartelle und der Aktiengesellschaften der Schwerindustrie gewidmet. Durch umfangreiches statistisches Material wird nachgewiesen, wie die Hüttenwerke einsteigen, die in den modernen Hüttenwerken jahraus, jahrein erzielt werden und wie wenig die Arbeiter an diesen Profitten teilgenommen haben. Weitere Kapitel behandeln die Weltproduktion der Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands in Hüttenprodukten. In der Mehrzahl der deutschen Hüttenwerke besteht noch der Zwölfschichtbetrieb, der Betrieb der Hochofen, Bessemer- und Thomaswerke, Martin-, Rubbel- und Walzwerke sowie der Flamm-, Schweiß- und Rollwerke erfordert ununterbrochene Anwesenheit von Arbeitern. Den Unfällen und der Unfallverhütung ist besondere Beachtung geschenkt worden, da in der Hüttenindustrie die Arbeitsmethoden überaus gefährlich sind und den Arbeitern mit jedem Schritte Verwundung und Tod bringen können. Aus den 220 Werken in Rheinland-Westfalen sind bei der zuständigen Berufsgenossenschaft im Zeitraum von 24 Jahren 455 195 Unfallanzeigen erstattet worden und 2878 Personen wurden auf diesen Werken getötet. Aus den süddeutschen Eisenwerken sind im Verlauf der letzten 25 Jahre 119 005 Unfälle zur öffentlichen Kenntnis gelangt. Von diesen Unfällen verliefen 1295 tödlich. Die Forderung eines besonderen Anfallschutzes für die Hüttenindustrie, die in dem Buch erhoben wird, erscheint hiernach ausreichend begründet. Auch hinsichtlich der hygienischen und sanitären Einrichtungen werden besondere Gesichtspunkte hervorgehoben. Die Wohnabteilung der Arbeiter ist unwürdig und empörend, Schimpfblätter sind an der Tagesordnung, dazu tritt Bestrafung beim kleinsten Versehen ein. Das Buch enthält durchweg ein recht trübes Bild von der Lage der deutschen Hüttenarbeiter, und es wäre dieser Arbeiterschaft zu gönnen, wenn Bundesrat, Reichstag und Berufsgenossenschaften den am Schluß des Buches gestellten Forderungen, die auch dem Bundesrat und Reichstag in einer Eingabe unterbreitet worden sind, Rechnung tragen würden, um damit das harte Los dieser für die Allgemeinheit so wichtigen Arbeiterschaft zu erleichtern. Das Werk bildet eine bedeutungsvolle Bereicherung der Gewerkschaftsliteratur. Wir wünschen ihm besten Erfolg und recht viele Leser. Es erscheint im Verlag Alexander Schöde u. Co. in Stuttgart und kostet im Buchhandel 7,50 Mark. Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhalten es durch die Verwaltungsstellen zum Vorzugspreis.

**Ein eigenartiger Unglücksfall.** In Maßhausen i. Th. Abte ein Lehrer mit seinen Schülern beim Turnunterricht Kopf- und Kumpfschuldbüchlein. Da er mit der Leistung eines 13jährigen Schülers unzufrieden war, bog er diesen so scharf rückwärts, daß dem Schüler der Magen platzte. Der Knabe starb nach kurzer Zeit.

**Ein „inniges“ Geschenk.** Mit einer originellen Stiftung wurden die Stadtväter in Dillenburg beglückt. In der letzten Stadtväterversammlung machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß der nach Mehlum bezogene Stadtrat Müller dem Kollegium eine — Schnupftabakdose gestiftet habe, damit der Stadtrat „ab und zu eine Priße nehmen“ könne, wenn er „verschmuffelt“ sei. Die Stadtväter wissen zu berichten, daß die Stadtväter von diesem Geschenk sofort Gebrauch machten, und daß ein allgemeines Niesen und Prostern zu hören gewesen sei.

**50 Personen ertranken.** Das Schleppschiff „Ginchow“ der Trarawally Frigate Company scheiterte einige Meilen von Rangoon. Ungefähr fünfzig Personen ertranken. Man glaubt, daß das Schiff in einen starken Strudel geraten ist.

**Selbstmord in der Kirche.** Ein fürchtbarer Selbstmord wurde in der St. Polykarpus-Kirche zu Lyon verübt. Eine etwa 30jährige Frau goß sich am Taufbecken am Eingang der Kirche eine Flasche Benzin über den Kopf und über die Kleider und zündete die Flüssigkeit an. Im Nu glück die Frau verschied nach wenigen Minuten. Nach den bisherigen Feststellungen glaubt man, daß die Selbstmörderin in einer Privatirrenanstalt in Villeurbanne in Pflege gewesen und von dort entflohen war.

**Sieben Jahre verschollen.** Zu Beginn des Jahres 1905 unternahm in Deutsch-Südwestafrika der Stabsveterinär Johannes Rogge einen Dienstreit von Lüderich nach Bethanien und zurück. Auf dem Rückwege ritt er mit dem Reiter Feibide am 10. Januar von Kubub weg und beachtete seinen Weg über die Wasserstelle Wama zu nehmen. Diese Wasserstelle hat er nicht erreicht, und trotz eifriger Nachforschungen war weder von ihm noch dem Reiter Feibide irgendeine Spur zu finden, so daß man annehmen mußte, daß beide, in der Wüste verirrt, verdurstet seien. Am 12. v. M. fand nun, wie die „Lüderichbühler Zeitung“ berichtet, eine von Ghamis ausgehende Patrouille nicht sehr weit von Kolmanstuppe die Leiche des Stabsveterinärs. Sie lag auf der halben Höhe einer Sanddüne und war, da sie wahrscheinlich die ganze 7 Jahre unter dem trocknen Sande gelegen hatte, gänzlich mumifiziert und gut erhalten. Außer eigenhändigen Aufzeichnungen des Verstorbenen fand man ein Paket Feldpostbriefe, zum Teil von seiner im Aufstand gefallenen Offiziers- und Angehörigen der Schutztruppe herkommend und eine größere Geldsumme. Aus den Aufzeichnungen und Postkarten an seine Angehörigen geht hervor, daß Rogge die Wasserstelle Wama verfehlt hat, und daß er seinen Tod durch Verdursten vor Augen sah. Um den schrecklichen Qualen zu entgehen, hat er sich schließlich durch einen Revolververstoß durch die Schläfe den Tod gegeben. Es ist eine eigenartige Schicksal, daß er genau 7 Jahre nach seinem Todestage aufgefunden wurde. Rechtwürdigerweise bejagen die hinterlassenen Schriftstücke Rogges nichts über den Verbleib des Reiters Feibide.

**Neine Chronik.** Vom elektrischen Strom geblödet. Zu Fürstentelbroad bei München streifte ein Zimmermannssohn, der mit seinem Vater am Straßenrand ging, mit dem Kopf an einen von der elektrischen Hochspannung herabhängenden feinen Flumendrad, der mutwilligerweise mit einem daranhängenden Stein herabgeworfen war. Der auf 10 000 Volt gespannte Strom schlug den Unglücklichen an der Seite seines entsetzten Vaters auf der Stelle tot.

**Des Nordes beschuldigt.** In Berlin wurde der Händler Böhring wegen Diebstahls, darunter im Reichstagspalast, zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Verkündung des Urteils erhob sich der mit angeklagte, aber freigeiprochene Arbeiter Eyzlinski und rief auf Böhring zehend: „Dieser Mann ist der Räuber der Witwe Hoffmann aus der Blumenstraße.“ Die Kriminalpolizei hat daraufhin sofort eine Untersuchung eingeleitet.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Versammlungen finden statt am Sonnabend den 24. Februar, abends 8 Uhr, für den Bezirk Bismarck für Julius Caesar; für den Bezirk Groß-Dittersleben bei Strumpf; für den Bezirk Klein-Dittersleben bei Schüze; für den Bezirk Niedernobeleben bei Fein. Am Sonntag den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, für den Bezirk Weyendorf-Sohlen bei E. Borge in Söhlen; morgens 10 1/2 Uhr für die Branche der Feilenhauer bei A. Buchlow. Näheres im Infertat der nächsten Nummer dieser Zeitung. Die Verwaltung.

**Männer-Gesangverein Vortwärts, Mit Neustadt.** Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Lindstedt, Moldenstraße Nr. 28.

**Irish-Radfahrerverein Magdeburg, Mt. Altkab.** Sonnabend den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft bei Kleine, Fabrikstraße.

**Alte Radfahrerverein Panzer.** Jeden Donnerstag Übungsstunde bei Winter.

**Schwimmverein Elbe.** Jeden Donnerstag abends von 8 bis 10 Uhr Übungsstunde im Annabod.

**Ostenstedt.** Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Masdorf. 287.

**Schönebeck.** Gewerkschaftskartell. Am Donnerstag den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Kartellversammlung im „Bürgerhaus“, Breiter Weg 57.

### Bereins-Kalender.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Versammlungen finden statt am Sonnabend den 24. Februar, abends 8 Uhr, für den Bezirk Bismarck für Julius Caesar; für den Bezirk Groß-Dittersleben bei Strumpf; für den Bezirk Klein-Dittersleben bei Schüze; für den Bezirk Niedernobeleben bei Fein. Am Sonntag den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, für den Bezirk Weyendorf-Sohlen bei E. Borge in Söhlen; morgens 10 1/2 Uhr für die Branche der Feilenhauer bei A. Buchlow. Näheres im Infertat der nächsten Nummer dieser Zeitung. Die Verwaltung.

**Männer-Gesangverein Vortwärts, Mit Neustadt.** Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Lindstedt, Moldenstraße Nr. 28.

**Irish-Radfahrerverein Magdeburg, Mt. Altkab.** Sonnabend den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft bei Kleine, Fabrikstraße.

**Alte Radfahrerverein Panzer.** Jeden Donnerstag Übungsstunde bei Winter.

**Schwimmverein Elbe.** Jeden Donnerstag abends von 8 bis 10 Uhr Übungsstunde im Annabod.

**Ostenstedt.** Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Masdorf. 287.

**Schönebeck.** Gewerkschaftskartell. Am Donnerstag den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Kartellversammlung im „Bürgerhaus“, Breiter Weg 57.

**Trischer Humor.** In einer Gesellschaft in Irland bringt ein Arzt, ein eifriger Unionist, die Rede auf sein Lieblingsthema, die Home Rule. „Ich kann es beweisen“, jagte er, „daß das irische Volk nicht reif für Home Rule ist, da seine Ehrenhaftigkeit zu wünschen übrigläßt.“ „Gut, beweisen Sie es“, riefen alle Anwesenden. „Schön, ich war früher in einem Arbeiterviertel tätig und hatte über hundert irische Patienten in meinen Büchern. Nun, und was glauben Sie, wie viele von diesen mir mein Honorar gefandt haben?“ „Das können wir nicht wissen, aber wir werden es Ihnen glauben, wenn Sie es uns sagen“, erwiderte man ihm. „Nur zehn!“ jagte der Doktor mit Betonung und sah sich triumphierend im Kreis um, „wollen Sie noch weitere Beweise? oder wie wollen Sie das erklären?“ „Ach, ganz einfach“, erwiderte der Mann, der dem Doktor am eifrigsten widersprach, „es waren nur zehn von all den hundert Patienten, die Sie behandelt hat an Leben geblieben!“ Er hatte die Lächer auf seiner Seite.

**Der hüßliche Berliner.** In einem Berliner Jugendhort ist während der Spielstunde eine Gönnerin dieses Hortes anwesend sitzend schaut sie den Kindern zu. Ein Junge tritt sie im Eifer des Umherstollens ganz gehörig auf ihre etwas vorgestreckten Füße. „Oskar, was sagst Du denn nun?“ mahnt aus erschütterten Gründen die Hortleiterin den kleinen Durchein. Da kommt die völlig unerwartete Antwort: „Aber Fräulein! Ziehen Sie doch die Beene weg!“

### Kunstverein.

Am Sonntag den 18. Februar hielt Professor Boffelt einen Vortrag über „Die Elemente der Plastik“. Er gab sehr klare und gute Definitionen, was Plastik sei. Man jubelte, daß ein echter Künstler, ein Bildhauer von seiner Kunst sprach. Plastik ist ja eben die Nachahmung der Natur als eine andere Kunst, sie projiziert Jünere, Erhabenes nach außen, und bemisst das Naturobjekt nur als Mittel. Ihr vornehmster Gegenstand ist der nackte, dann der bekleidete Mensch, endlich das Tier. Das eigentlich Schöpferische ist die Person des Künstlers. Die Kunstanschauung einer Zeit gibt ihm nur die Grundlage seines Schaffens. Zwei Epochen der Plastik stehen sich besonders gegenüber: die griechische und die christliche. Die griechische steht auf dem Boden unbedingter Lebensbejahung. Sie feiert daher die Schönheit des menschlichen Körpers. Die christliche Kultur wurzelt im Jenseits. Sie gibt daher auch in der Plastik zunächst nur Anzeichen der Auferstehung, dann betont sie das Geistliche durch Verhüllen des Körpers und partien Anstand des Gehäupts. In jenen Zeiten trat der Stil einer Epoche aus der schwächere Begabung. Der Karthagen ist eine Schöpfung des genialen Phidias, weil viele Skulpturen unter ihm nach seinen Ideen arbeiteten. Heute dagegen, seit der Renaissance, ist die Personalität entscheidend. — Als die drei Ausdrucksmittel der plastischen Anschauung bezeichnete der Redner: Das Ansehen der Massen, die Proportionen der Glieder (Anstand inner Körperlichkeit), Behandlung der Oberfläche. Ihre Wirkung und die dadurch erzielten Ausdrucksmöglichkeiten sind die Mittel, die künstlerische Anschauung wiederzugeben. Die Forderung muß nicht auf anatomische Wichtigkeit gehen, die gleichgültig ist, vielmehr auf die fühlbare Harmonie des Ganzen, die gesetzmäßige Einheit. — Zum Schluß zeigte Professor Boffelt an der Hand zahlreicher guter Skulpturen, wie im einzelnen die drei Elemente plastischer Anschauung wirken.

### Fastnacht im Volksmunde.

Nach der Fastnacht immer die Fasten, so jagt das Sprichwort. Die Fastnacht ist nicht allem, was drum und dran ist, hat vieljährig ihren Anstand im Volkssinn gefunden. In der Fastnacht ist alles erlaubt, damit Feingebiet z. B. das Sprichwort die ausgelassene Zeit der Fastnachtzeit; ähnliches bejagt ein Sprichwort, das sich auf die Fastnachtzeit bezieht: „In Fastnacht braucht jeder seine Kräfte selber“, und ganz ähnlich jagt ein alter Spruch, wie es zur Fastnacht zugeht: „Ein Fastnacht und ein Fastnachtstag ein jeder Weib und höchstes Leid durchsige Zeit und ganz Wein“ (jeder allezeit beieinander sein). Für die Beherrschung der Fastnachtzeit spricht das alte Wort: „Es ist gut, alle Tag Fastnacht haben“, welches bedeutet das Sprichwort: „Es ist nicht alle Tage Fastnacht“, und wie man zur Fastnacht lebt, jagt der Volksmund treffend in einem Vergleich mit der Fastnachtzeit, nämlich: „Jeder Fasttag hat drei Festtage“, jagt der Kasperloch. Das lustige Treiben der Fastnacht über hat das Sprichwort in dem Worte: „Reine Fastnacht ohne Karren“

### Kleines Feuilleton.

**Sächsischer Aberglaube.** Seit jeher sind die Theaterleute dieser Welt, in ihrem Herzen ganz abergläubischen Vorstellungen Raum zu gewähren. Bei Premieren, wenn die Herosfigur ihren Höhepunkt erreicht, wird jede Kleinigkeit zu einem unglücklichen oder glücklichen Omen, je sehr die Dramatiker sind in den Stunden heftiger Erwartung abergläubischen Ideen gegenüber nicht unempfindlich. Im Pariser Theater da Gamaße wird Bernsteins neues Stück „Der Kasper“ gegeben. „Laut Paris“ erzählt in „Gaulois“, daß Herr Bernsteins der ersten Ueberzeugung ist, daß der Erfolg seiner Werke vom Titel abhängig ist; wehe, wenn dieser Titel mehr oder weniger als sechs Buchstaben hätte. Und so haben in der Zeit auch alle Stücke Bernsteins Titel, deren Hauptwort genau aus sechs Buchstaben besteht, Le Début, Le Mariage, Samson, La rupture und jetzt Affaire. Denn eines seiner Werke wird dieser Buchstabenzahl unter: Apres-Moi; aber dieses Werk führte auch bei der Aufführung in der Comédie Française zu einem Theater-

### Kleines Feuilleton.

niedergelegt, aber auch an trüben Stunden auf die kommende Fastnachtzeit jagt es nicht unter den Fastnachtssprüchwortern. Da gibt es z. B. das sentimentale Sprichwort: „Fastnachtsliebe stirbt in den Fasten“, die Mahnung „Nach der Fastnacht immer die Fasten“ ist in ausführlicherer Form erhalten: „Nach der Fastnacht kommt alle Zeit die Fasten oder Martenwoche“, es gilt die Mahnung: „Kurze Fastnacht, lange Fasten“, und noch ausführlicher: „Mancher hält Fastnacht mit Freuden und muß zu Ostern Hunger leiden“. Sehr hübsch tönen dies die Worte aus, wenn sie sagen: „Das kam Sonntagabend eier Katedag“, was im Deutschen etwa lautete: „Es kommt Sonntag nach Kuchentag“. Dieses Sprichwort ist übrigens ziemlich international, denn es findet sich auch in der niederländischen, der englischen und der italienischen Sprache, in wenig veränderter Form. Fastnacht spielt auch in der Landwirtschaft und in der baufälligen Wetterkunde überaus in Form von Bauernregeln eine nicht unwichtige Rolle, ja in Belgien jagt das Volk ganz allgemein: „Was am Fastnacht begonnen wird, ist gut“. Gleichfalls in Belgien ist die Gesundheitsregel zu Hause, daß man „vom Fieber verschont bleibt, wenn man zur Fastnacht nicht zu üppig isst“, was zweifellos ein köstliches Wahrheitswort enthält. Nicht ganz unwahrscheinlich dagegen sind etwa die Wetterregeln: Grüne Fastnacht, weiße Ostern, oder „Wenn an der jungen Fastnacht die Sonne scheint, so geraten die Äpfel“, wie es in Luzern heißt. Eine Bauernregel, die genau so wie diese anfängt, findet sich in Sachsen, nämlich: „Wenn an der jungen Fastnacht die Sonne scheint, so kommt ein Winter nachgegrit“. Was in Luzern von den Äpfeln gesagt wird, jagt man in Belgien von den Erbsen, nämlich: „Wenn zu Fastnacht schon Wetter ist, gedeihen die Erbsen“. Eine Voraussetzung des Erntewetters enthält die deutsche Bauernregel: „Wenn die Fastnacht naß und dunkel, so wird eine naße Ernte“, und einen Zusammenhang des Fastnachtstropfes mit dem Gedeihen des Flachses jagt in den Worten der Bauernregel: „Wenn's nach Fastnacht lange Regen gibt, wird der Flachss schon lang“.

### Kleines Feuilleton.

stand und mußte abgesetzt werden. Aber die magische Sechse in der Buchstabenzahl des Titels genügt nicht; in jedem Stücke von Bernsteins muß wenigstens einmal das Wort „Jambo“ ausgesprochen werden. Das Wort hat durchaus keine Bedeutung, es ist ein Fetisch. Sogar Antoine, der berühmte Direktor des Odéon, hat seinen Übergläubigen und seinen Fetisch. Alle seine intimen Freunde wissen, daß er seit vielen Jahren stets ein recht dert gearbeitetes kleines Lebesportfeuille bei sich trägt, das er nie öffnet; in ihm liegt das Dekret vermahnt, das Antoine zum Direktor des Odéon ernannt. Und der berühmte Regisseur und Direktor wird me die Stätte seiner Wirksamkeit betreten, ohne sich vorher zu vergewissern, daß er seinen glückbringenden Fetisch in der Brusttasche bei sich trägt. Einer der populärsten Pariser Theaterleiter ist der Direktor des Théâtre des Variétés. Zu welcher Jahreszeit man dieses Theater auch betritt, ob der Herbstwind draußen tobt, der Regen prasselt oder Schnee die Straßen bedeckt und die Kälte die Seine zu Eis werden läßt; in den beglückten Räumen dieses Theaters begegnet man Mr. Direktor unfehlbar mit einem Strohhut auf dem Kopf. Er trägt diesen Strohhut zur Sommerzeit wie auch im Winter: der alte Hut ist sein Fetisch, der ihn gegen alle bösen Launen beschützen soll. Ein anderer Übergläubiger: seitdem die Leitung des Porte-Saint-Martin-Theaters in die Hände der Direktoren Gery und Coquelin übergegangen ist, wird man auf jedem Theaterzettel in der Liste der Mitwirkenden einen Mr. Lotah aufgeführt finden. Er spielt immer irgendeine Dienertolle. Aber dieser Mr. Lotah existiert überhaupt gar nicht, es gibt keinen Herrn Lotah im Theater, der Name ist ein Fetisch des Direktors, der keinen Preis der Welt einen Theaterzettel drucken lassen würde, auf dem der Name Lotah fehlt.

**Trischer Humor.** In einer Gesellschaft in Irland bringt ein Arzt, ein eifriger Unionist, die Rede auf sein Lieblingsthema, die Home Rule. „Ich kann es beweisen“, jagte er, „daß das irische Volk nicht reif für Home Rule ist, da seine Ehrenhaftigkeit zu wünschen übrigläßt.“ „Gut, beweisen Sie es“, riefen alle Anwesenden. „Schön, ich war früher in einem Arbeiterviertel tätig und hatte über hundert irische Patienten in meinen Büchern. Nun, und was glauben Sie, wie viele von diesen mir mein Honorar gefandt haben?“ „Das können wir nicht wissen, aber wir werden es Ihnen glauben, wenn Sie es uns sagen“, erwiderte man ihm. „Nur zehn!“ jagte der Doktor mit Betonung und sah sich triumphierend im Kreis um, „wollen Sie noch weitere Beweise? oder wie wollen Sie das erklären?“ „Ach, ganz einfach“, erwiderte der Mann, der dem Doktor am eifrigsten widersprach, „es waren nur zehn von all den hundert Patienten, die Sie behandelt hat an Leben geblieben!“ Er hatte die Lächer auf seiner Seite.

**Der hüßliche Berliner.** In einem Berliner Jugendhort ist während der Spielstunde eine Gönnerin dieses Hortes anwesend sitzend schaut sie den Kindern zu. Ein Junge tritt sie im Eifer des Umherstollens ganz gehörig auf ihre etwas vorgestreckten Füße. „Oskar, was sagst Du denn nun?“ mahnt aus erschütterten Gründen die Hortleiterin den kleinen Durchein. Da kommt die völlig unerwartete Antwort: „Aber Fräulein! Ziehen Sie doch die Beene weg!“



Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null.

Hfer, Eger und Malban.

Table with columns for location (e.g., Hungen, Eger, Malban) and water level changes for 18. Febr. and 19. Febr.

Unter und Canal.

Table with columns for location (e.g., Braubitz, Brandeis, Meinitz) and water level changes for 18. Febr. and 19. Febr.

Wuhle.

Table with columns for location (e.g., Dessau, Mühlendr.) and water level changes for 19. Febr.

Elbe.

Table with columns for location (e.g., Braubitz, Brandeis, Meinitz) and water level changes for 18. Febr. and 19. Febr.

\* Aufsig, 21. Februar. Pegelstand + 0,49 Meter. Vom Oberlauf werden 2 Zentimeter Wuchs gemeldet.

Biehmarkt.

Magdeburg, 20. Februar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof). Auftrieb: 340 Rinder, und zwar 54 Ochsen, 108 Bullen, 180 Kühen und 98 Kälber, 188 Schafvögel usw., 2180 Schweine. Verkauf für 100 Pf. Lebendgewicht: 1. Rinder: A. Ochsen: a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungefähr) 45-49 Mt., b) vollfleischige, ausgewässerte im Alter von 4 bis 7 Jahren 41-46 Mt., c) junge fleischige, nicht ausgewässerte und ältere ausgewässerte 35-40 Mt., d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere - Mt., B. Kühen: a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwerts 45-50 Mt., b) vollfleischige längere 39-44 Mt., c) mäßig genährte ältere 32-38 Mt., C. Kälber: a) vollfleischige ausgewässerte, Kälber höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 42-47 Mt., b) ausgewässerte Kälber bis zu 7 Jahren 37-42 Mt., c) mäßig genährte Kälber und Kälber 30-35 Mt., d) gering genährte Kälber 25-30 Mt., E. Rinder: D. Gering genährte Jungvieh (Kreuzer) 22-25 Mt., U. Kälber: a) Doppeltender feinsten Mast 82-90 Mt., b) feinste Mastlader 80-88 Mt., c) mittlere Mast- und beste Sauglader 52-59 Mt., d) geringere Mast- und gute Sauglader 43-50 Mt., e) geringe Sauglader 34-43 Mt., III. Schafe. Stallmastschafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 40-41 Mt., b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe 38-39 Mt., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschafe) bis - Mt., IV. Schweine. a) Festschweine über 3 Zentner Lebendgewicht 50-51 Mt., Schlachtgewicht 63-64 Mt., b) vollfleischige von 240 bis 300 Pf. Lebendgewicht 50 Mt., Schlachtgewicht 62-63 Mt., c) vollfleischige von 200 bis 240 Pf. Lebendgewicht 46-50 Mt., Schlachtgewicht 58-62 Mt., d) vollfleischige Schweine von 180 bis 200 Pf. Lebendgewicht 43-46 Mt., Schlachtgewicht 54-57 Mt., e) vollfleischige Schweine unter 180 Pf. Lebendgewicht 40-42 Mt., Schlachtgewicht 50-53 Mt., f) unteine Sauen Lebendgewicht 44-48 Mt., Schlachtgewicht 55-60 Mt., g) geschnittene Eber Lebendgewicht 41-44 Mt., Schlachtgewicht 51-55 Mt., Verkauf und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberhand: 60 Rinder, 4 Kälber, 21 Schafe, 160 Schweine.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 20. Februar.

Aufgebote: Schiffer Wilhelm Blumenthal in Havelberg mit Anna Treffhorn hier. Stud. med. Woldemar Lonnendorf in Leipzig mit Ilii Schneiderin hier. Arbeiter Paul Friebe mit Emma Gräbe. Silberarbeiter Walter Ganze mit Margarete Moischendorf. Gastwirt Albert Eigenwillig mit Therese Grabenhorst. Kaufmann Richard Cakenstein hier mit Margarete Köpfer in Harsleben. Musiker Bernhard Wilhelm Ferdinand Richard Wolf hier mit Elisabeth Jäger in Braunschweig. Hausdiener Willi Genfete mit Marie Wuhro. Arbeiter Paul Matthes mit Johanna Eckardt. Geburten: Eva, T. des Artisten Paul Brosch, Friß, S. des Schulfestlers Friedrich Schmidt. Edith, T. des Tischlers Otto Gach. Alfred, S. des Maurers Heinrich Pfeifer. Erna, T. des Glasers Friedrich Strosen. Hildegard, T. des Friseurs Heinrich Köhler. Charlotte, T. des Bauarbeiters Ernst Mendorf. Charlotte, T. des Technikers Max Müdenberger. Todesfälle: Witwe Friederike Wöhling geb. Dohmann, 75 J. 7 T. Späthilfshauerin Walde Otto Thilich, 48 J. 4 M. 11 T. Hausmädchen Franziska Alex, 18 J. 8 M. 23 T. Emma, T. des Schuhmachers Friedrich Keller, 27 T. Subenburger, 20. Februar. Aufgebote: Schlosser Hubert Johann Grunert mit Hildegard Daffy. Kaufmann Walter Gohberg mit Charlotte Luise Henriette Ernstding. Frietur Ernst Wilhelm Gahn mit Anna Elise Kaufholz. Fabrikarb. Friß Otto Karl Paul mit Martha Kätrig.

Briefkasten.

Drei Efel. Eichel ist tarifiren, Döllner nicht. Für die Parteikasse gingen ein: Freiwillige Beiträge: Meier 1,59, „Luisenpark“ 237,16. Prozente der Lagerhalter 42,95. 2. 31 3,05. 2. 852 1,20. 2. 857 0,50. 2. 722 3,85. 2. 723 5,40. 2. 724 2,80. 2. 725 1,45. 2. 728 1,10. 2. 49 1,60. - Vereinsbeiträge a 10 Pfg. 1528,80; a 5 Pfg. 132,10. Eintrittsmarken a 20 Pfg. 10,20; a 10 Pfg. 1,40 Mark. Summa 1872,50 Mark. S. Giesede, Kassierer. Quittung. Wahlkreis Wolmirsdorf-Kenhdensleben. Folgende Beiträge für den Reichstagswahlfonds gingen ein: Immenborn, Wahlbezirk 7,50. Dreileben, Wahlbezirk 15,26. Ausleben: S. 53 4,-; S. 51 3,80 Mark. Steph. Dörre.

Marktberichte.

Magdeburg, 20. Februar. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verließen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg zeigen englischer und Sommer stetig, gut 203-208. Kolben Sommer - Roggen inländischer flau, gut 184-188. - Gerste, flache Chevalier, gut 212-222, feinste über Notiz, do. Landgerste gut 207-212, ausländische Futtergerste gut 178-181. - Hafer inländischer gut 208-209. - Mais runder fest, gut 180-182, amerikanischer bunter gut 180-182.

Union-Theater: Magdeburg-Neustadt. Neues Programm! Die Todesflucht. packend, ergreifend. Kranke Seelen. Auf Wunsch verlängert!

Kaiser-Theater. Bis inkl. Freitag das große humoristische Karneval-Programm mit dem großen Sensations-schlager: Das Drama beim Karneval. Während dieser Tage halbe Preise oder zwei Personen auf ein Billett.

CLOU. Auf die ersten 3 Tage! Der größte aller Schlager: Erlebnisse eines armen Mädchens. Sittendrama in 4 Akten. Spielbauer ca. 1 1/2 Stunden. Vorführung desselben: 6 Uhr, 8 Uhr und 10 Uhr. Letzte Vorführung: Freitag abend 10 Uhr. - Ab - Asta Nielsen in ihrem Schlager ? ? ? ? ? ? ? 508

Möbel!! Brautausstattungen sowie Möbel und Polsterwaren in großer Auswahl bei billiger Preislage. Langst anerkannte reelle Arbeit. - Alles Geschäft am Plage. - Begründet 1878. Ad. Kurkowsky, Tischlermeister, Neuer Weg, Ecke Apfelstraße, beim Standesamt.

Stephanshallen. Dir. Rich. Frohitz. - Abends 8 Uhr 520 Varieté-Vorstellung. Streng dezentes Programm für Familien-Publikum. Vorzeiger dieser Amnace hat außer Sonntag und Sonntag freien Eintritt.

Fürstenthortheater. Dir. Müller-Lipart. Heute z. 1. M. d. m. f. Weis. aufg. Volksfr. i. 4. Akt. Jägerblut. 1. Jägerweihfest in Tirol. 2. Vater u. Sohn. 3. In d. Behau. d. Wilderers. 4. Zwölfen Tod und Leben. 5. Wiedersehen nach 20 Jahren. 6. Glück. Heren. Vorzugskarten gelten.

Berein für öffentliche Gesundheitspflege Ortsgruppe Magdeburg des Deutschen Vereins für Volkshygiene. Donnerstag den 22. Februar, abends 8 Uhr im Stadtmissonshaus, Gassebachstraße Nr. 1. Ueber Butter-Ersatzmittel. Vortragende: 1. Dr. Kappeller, Direktor des städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamts. 2. Dr. med. Berger, Spezialarzt für Herz- und Verdauungskrankheiten. Eintritt unentgeltlich.

Stadt-Theater. Donnerstag den 22. Februar 4. Abend (rote Karten). Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Erstes Gastspiel des Igl. Kammer-sängers W. Herold. Carmen. Freitag den 23. Februar König Heinrich 6. - 2. Teil.

ZENTRAL THEATER. Unwiderstehlich! Letzte 8 Tage! Hartstein in der tollen Post. Dienstmann Nr. 48. Der Gipfel der Komik!

Sozialdemokrat. Verein. Am 19. Februar verstarb unser Mitglied Franziska Alex im 19. Lebensjahr an den Folgen erlittener Brandwunden. Ihre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 1 Uhr auf dem Neustädter Friedhof statt. Der Vorstand.

Union-Theater. Salzer Straße 3. Heute wieder die Parodie. Heute Vorstellung der neuen wunderbaren Schlagsorgerie Emulation! Welt-schlager! Zapfenstreich. Vorgabe eines Schauspielers in 8 Akten. Filmlänge 1080 m. Als Darsteller wurden für diesen Film nur erste Schauspieler seiner Bühnen gewonnen. Dieses spannende Sujet, wie es sich gut erzieht, einfach zum Anschauen, wird auf jeder Mann einen tiefen Eindruck hinterlassen. Weiter Schlager: Sie hat nie erfahren. Einem der besten Sujets, was je erdacht ist. Eine Fierde des heutigen Programms. Das verheirte Paars, führen den besten Erfolg. Waifs-Journal, das Neueste aus aller Welt. Ein guter Trick, einfach zum Anschauen. Samstag des Weltens. Schreien des Betrugs. Proben. Sonntag. Die besten Einlagen wenn Bedarf. Einem recht zahlreichen Besuch ist freundlich entgegen. Gotth. Künzel.

Wilhelmstadt. 538 Annastraße 6. Saxonix-Kinematograph. Heute: Neues Programm! Einlage nur bis Freitag: Versengende Glut! Vorzugsbillett für Erwachsene im Weltspiegel. Kaiserstr., dicht a. Gassebachpl. 20 Pf., jed. Erwachs. 1 Kind frei. Das Neueste u. Beste m. geboten.

Bauarbeiter-Verband Neuhaldensleben. Sonnabend den 24. Februar, abends 8 Uhr in Herzogs Zeitsälen. Winter-Vergnügen. Die Gemeindefrauen sind hierdurch freundlich eingeladen. Das Verbandsbuch gilt als Legitimation. Ballgeld wird nicht erhoben. 513 Der Vorstand.

Wilhelm-Theater. Donnerstags und Sonntag Sensationelle Novität! Prachtvolle Ausstattung! Eva. Freitag Stürmischer Heiterkeitserfolg! Das Mädel von Montmartre. Sonnabend Das Marmortweib.

Walhalla-Theater. Parterresaal. Konzert u. Varieté-Vorstellung. 508. 2 Ensemble 2. Anfang 7 Uhr.

Waller. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Tochter und herzensgute Schwester am Dienstag den 20. Febr., früh 4 1/2 Uhr, nach kurzem, schwerem Krankenlager im 15. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bittet Gustav Raue nebst Frau u. Sohn. Die Beerdigung findet am Freitag den 23. Febr., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus in N.-Fermersleben, Ostersleben Weg 2, aus statt. 529

Union-Theater. Salzer Straße 3. Heute wieder die Parodie. Heute Vorstellung der neuen wunderbaren Schlagsorgerie Emulation! Welt-schlager! Zapfenstreich. Vorgabe eines Schauspielers in 8 Akten. Filmlänge 1080 m. Als Darsteller wurden für diesen Film nur erste Schauspieler seiner Bühnen gewonnen. Dieses spannende Sujet, wie es sich gut erzieht, einfach zum Anschauen, wird auf jeder Mann einen tiefen Eindruck hinterlassen. Weiter Schlager: Sie hat nie erfahren. Einem der besten Sujets, was je erdacht ist. Eine Fierde des heutigen Programms. Das verheirte Paars, führen den besten Erfolg. Waifs-Journal, das Neueste aus aller Welt. Ein guter Trick, einfach zum Anschauen. Samstag des Weltens. Schreien des Betrugs. Proben. Sonntag. Die besten Einlagen wenn Bedarf. Einem recht zahlreichen Besuch ist freundlich entgegen. Gotth. Künzel.

Wilhelmstadt. 538 Annastraße 6. Saxonix-Kinematograph. Heute: Neues Programm! Einlage nur bis Freitag: Versengende Glut! Vorzugsbillett für Erwachsene im Weltspiegel. Kaiserstr., dicht a. Gassebachpl. 20 Pf., jed. Erwachs. 1 Kind frei. Das Neueste u. Beste m. geboten.

Kino-Salon Quedlinburg. Jeden Dienstag und Sonnabend Programmwechsel! Nur das Beste! Erschließende Darbietungen! Ruchenzettel der Magdeburger Volksstücke. Große Marktstraße 12. Donnerstag: Singspiel mit Schwestern. Freitag: Singspiel parterre. 518. Stühle werden gestohlen 450 große Schächer, Warte 3. Künstler-Jadettanz, wie neu. Draßarb. f. form. mitt. Fig. paff. Preisw. z. d. Hofesportreife. 56. d. 1. l.

Walhalla-Theater. Parterresaal. Konzert u. Varieté-Vorstellung. 508. 2 Ensemble 2. Anfang 7 Uhr.



